



Zündeln	2
INITIATIVE 3,0	
Macht die Arbeit EUROFIT!	4
Auf dem Weg in die Währungsunion	
NEUE WELTMILITÄRORDNUNG	
Die Globalisierung des Militärs.	7
Verspielte Chancen für die Friedenspolitik	
GRENZWISSENSCHAFTEN	
Seltsame Phänomene	11
UFOs, Hochwasser und NATO-Osterweiterung	
NATO-OSTERWEITERUNG	
Die NATO nach Madrid	12
Fahrplan für die Reise ins dritte Jahrtausend	
ABOLITION 2000	
Netzwerk gegen Atomwaffen gegründet.	20
Nichtregierungsorganisationen fordern ein atomwaffenfreies Europa	
Die nukleare Zukunft der NATO	21
Aus dem Manifest von Schlaining	
NATIONALSOZIALISMUS	
Opfer der NS-Militärjustiz rehabilitiert	23
Urteil gegen Wehrdienstverweigerer Anton Uran aufgehoben	
WIESO BÜCHER?	
Warum Lesen?	26
ein bericht von der Mainzer MiniPressenMesse 1997	
SCHENGENLAND	
Eine Festung für die Polizei.	30
Polizeiwünsche werden Wirklichkeit	
Vom Rechtsstaat zum Sicherheitsstaat?	36
Was ist so schlimm an den neuen Polizeibefugnissen	
BRASILien	
Movimento Sem Terra	38
Die Bewegung der Landlosen	
ISRAEL	
Naher Osten	41
John Bunzl über das Verhältnis Israel-Türkei	
Rezensionen	44
Maßnahmen bei Liebestollwut	47
Impressum	3

ALS NÄCHSTES
ZÜNDEN WIR
BULGARIEN ☐
KOSOVO ☐
MAKEDONIEN ☐
RUMÄNIEN ☐
DEN REST DER WELT ☐
AN !



Liebe Leserin, lieber Leser!

Statt eines langen Editorials unsererseits diesmal eine Kritik und ein Anfrage zweier Leser. Wir wünschen noch einen sonnigen Sommer und die nötige Ausdauer bei der Lektüre der umfangreichen Artikel.

DIE ZOOM-REDAKTION

Liebe FreundInnen,

als langjähriger EKG und jetziger ZOOM-Leser schätze ich Eure Zeitschrift sehr und hoffe, daß es Euch trotz bzw. ohne Publizistikförderung noch längere Zeit geben wird. Gerade im Bereich des Antimilitarismus habt Ihr immer eine äußerst reflektierte Haltung und viel Sachkenntnis bewiesen. Umsomehr wundert es mich, daß Ihr den Artikel von Robert Pichler über Albanien unkommentiert bringt. Also sehe ich mich gezwungen meinerseits ein paar kleine Anmerkung anzubringen.

Zunächst finde ich die historisch soziale Analyse der albanischen Gesellschaft und die Hintergründe, welche zum Volksaufstand im Frühjahr führten, sehr informativ und aufschlußreich dargestellt. Es wird klar verständlich, welche Kräfte in Europa ein Interesse an einer Stabilisierung der politischen Lage unter einem Staatschef Berisha haben, der ja alles andere als ein demokratisch legitimierter Repräsentant ist, nicht einmal in einem bürgerlich-kapitalistischen Sinn. Sehr klar wird dabei, daß es lediglich um die Inszenierung einer kapitalistischen Marktwirtschaft geht und nicht etwa um Demokratie und Pluralismus geschweige denn um das Wohl der albanischen Bevölkerung. Hier werden die Bruchlinien einer bürgerlich demokratischen Kultur sehr deutlich, gerade aber daß Profitinteressen immer noch über die Menschenrechte gehen. In unseren bürgerlichen Medien geht es ja in Bezug auf Albanien auch immer nur um die Scheingefechte und Schattenboxen zwischen der demokratischen Partei und der sogenannten sozialistischen Opposition. In Wahrheit soll dabei nur das System stabilisiert werden. Welche Machtklügel sich dabei am Staat bereichern dürfen, ist ja im Grunde unerheblich (man erinnere sich an Tuscholskys Aussage bezüglich eines sozialistischen Wahlsiegs in Deutschland: sie glaubten sie wären an der Macht, dabei durften sie nur regieren). Auch die sogenannten Sozialisten, die aus der stalinistischen Bürokratie hervorgingen, ebenso wie die Demo-

kraten unter Berisha, der ja übrigens Leibarzt von Enver Hoxa war. Insofern verwundert mich der Schluß des Autors, der da meint, „daß dieses fatale Szenario eine massive Intervention des Westens erfordern wird, (...) will man Albanien nicht dem inneren Zerfall preisgeben“.

Welche Macht soll dabei stabilisiert werden und in welchem Interesse? Warum wird die Tatsache verschwiegen, daß sich in weiten Teilen des Landes Bürgerkomitees gebildet haben. Warum kommt von diesen Bürgerkomitees bisher niemand zu Wort. Ist es wirklich für Journalisten so schwierig, mit ihnen Kontakt zu nehmen oder liegt dabei ein Gesamtplan zu Grunde, nämlich diese unisono als Mafiosi und kriminelle Banden zu diffamieren, um die ach so demokratische bürgerliche Ordnung und Marktwirtschaft wieder herzustellen. Selbst Franz Vranitzky mußte sich dem beugen, als er wie auch immer um objektive Ausgewogenheit bemüht, ursprünglich auch mit VertreterInnen der Bürgerkomitees im Süden des Landes sprechen wollte. Wer hat ihn dabei zurückgepfiffen? Sicher wohl nicht Berisha selber, sonst würde sich ja seine Vermittlerrolle ad absurdum führen. Eine Information am Rande, die zur Lösung des Rätsels beitragen könnte: Berisha ist mit seiner Partei Mitglied der EDU und Du-Freund Alois Mocks.

Um mich nicht falsch zu verstehen, ich finde es notwendig, daß eine linke Zeitschrift unterschiedliche Positionen und Meinungen bringen soll, ja ich glaube, dies ist eine Grunderfordernis für eine gelebte partizipative Demokratie. Diskussionen sind, auf einem logisch reflektiertem Niveau ausgetragen, immer befruchtend und ermöglichen erst die Hinterfragung eigener Positionen. In diesem Sinn sei auch meine Kritik zu verstehen.

Mit solidarischen Grüßen,

Euer Georg Wiesinger

Liebe Freunde,

ich entdeckte als Internet-Neuling eure sympathische Adresse. Als ehemaliger Widerständler und Deserteur im 2. Weltkrieg bin ich ab und zu aktiv. Ich suche in Zusammenarbeit mit dem holländischen Journalisten Willem de Haan, Groningen, (erster Totalverweigerer der Niederlande) Kontakte bzw. Adressen von ehemaligen Deserteuren, die wie ich in schweizer Militärinterniertenlagern (Witzwil, Stalden, Murimoo) interniert waren. Könnt Ihr mir helfen?

Herzliche Grüße,

Peter Schilling



Ein Unternehmen der
Arbeitsgemeinschaft für
Wehrdienstverweigerung,
Gewaltfreiheit und
Flüchtlingsbetreuung
(Medieninhaberin)

Schottengasse 3A/1/59,
A-1010 Wien,
Tel. ++43-1-535 11 06,
Fax: ++43-1-532 74 16,
E-mail: zoom@thing.at

Redaktion: Ludwig Csépai,
diE nOt, Manfred Gmeiner,
Julia Hošek, Elfriede Hufnagl,
Markus Kemmerling,
Ilse Kilic, Alexander Lehar,
Peter Steyrer und Robert Zöchling

AutorInnen dieser Ausgabe:
Angelika Beer, Christian Butcher,
Christian Cwik, Helmut Hugler,
Otfried Nassauer, Raimund Reisinger,
Christoph Riedl, Monika Vana und Fritz Widhalm

Layout: Robert Zöchling und
Markus Kemmerling

Hersteller: resch & vana,
Lichtgasse 10, 1150 Wien

Abo: 250,-/Jahr; Förderabo:
700,-; Ausland: 350,-/Jahr
(50,- DM; 45,- SFr), bitte
bar zusenden.

Mitgliedschaft Arge WDV:
500,-/Jahr; ermäßigt: 350,-
(inkl. ZOOM-Abo).

Konto: 10010 670 573 bei
BAWAG, BLZ 14000

Die ZOOM ist Mitglied der
VAZ – Vereinigung alternativer
Zeitungen und Zeitschriften.

Flugblätter etc. werden als
Dokumente aufgenommen
und sind Bestandteil der
ZOOM. Soweit diese
Impressi tragen, haben sie
keine Gültigkeit, es gilt
lediglich das Impressum der
ZOOM.

Macht die Arbeit EUROFIT!

So lautet die Devise in EUropa. Doch was passiert danach?

Knapp zwei Jahre brauchten die EU-Staats- und Regierungschefs (man beachte: seit dem Labour-Sieg in Großbritannien ist die Runde der 15 sozialdemokratisch dominiert!), um unter der blauen Goldsternfahne nicht nur gewaltige Sozialabbaumaßnahmen in ihren Ländern durchzusetzen, sondern den – in einigen Ländern zumindest in der Theorie noch existierenden – Wohlfahrtsstaatsgedanken zu zerschlagen.

VON MONIKA VANA

Wir ...



Der soziale Kahlschlag innerhalb Europas ist beachtlich: Sparpakete in Österreich, Deutschland, Frankreich (hier zumindest ein Stolperstein für die Regierung), Schweden, Dänemark, Belgien (die der belgische Regierungschef Dehaene sogar mit drei „Ermächtigungsgesetzen“ durchsetzte), Niederlande, Spanien, Portugal, Griechenland, Italien.

Zerschlagung des Wohlfahrtsstaates

Da werden nicht nur Steuern erhöht und Staatsausgaben gesenkt (z. B. staatliche Investitions- und Förderprogramme gestrichen und Sozialtransfers eingestellt), sondern auch in großem Stil und unter von Reagonomics und Thatcheristen entlehnten „Rezepten“ unternehmerfreundliche Politik gemacht: „Flexibilität, Teilzeit- und befristete Arbeitsverträge, Reallohnstop“ heißen die neuen/alten Schlagwörter der Clintons, Blairs und Klimas, mit denen die Bekämpfung der Rekordarbeitslosigkeit gelingen soll. Was hingegen damit tatsächlich gelingt, ist eine rapide Zunahme von Armut und Armutsgefährdung in Europa. Die konservative EU-Reichshälfte nennt die Dinge dagegen schon eher

beim Namen: EUROFIT, sollen sie werden, die Arbeiter Europas!

Arbeiter aller Länder: Werdet EUROFIT!

Aber was heißt EUROFIT? In Zahlen ist das leicht zu erklären: 3 % Neuverschuldung pro Jahr und pro Mitgliedstaat, gemessen am BIP 1997, sowie radikaler Staatsschuldenabbau in Richtung 60 %. So wurde es im Maastricht-Vertrag zur Einführung der gemeinsamen Währung EURO im Jahr 1999 vereinbart und auf diversen EU-Gipfeltreffen der letzten Monate bestätigt. Um diese (selbstauferlegten und ökonomisch ziemlich unsinnigen) Vorgaben zu erreichen, wird herumgetrickst: Da wird nicht nur mit Privatisierungen der Schuldenstand heruntergedrückt (in Österreich z. B. werden Forderungen der Republik verkauft, die Gebührenhaushalte ausgliedert und Banken sowie Großunternehmen – Creditanstalt, ASFINAG, ÖSAG, PSK, Post-Telekom, ATW – privatisiert). Belgien verkauft

gleich einen Großteil seiner Goldreserven, Frankreich zapft Pensionsrückstellungen an und „trickst“ durch außerordentliche Gewinnabführungen. Der deutsche Finanzminister Waigel startete gleich drei kreative Versuche, um die Budgetzahlen auf Maastricht-Stand zu bringen: die Goldreserven aufzuwerten, die Schattenwirtschaft ins BIP einzurechnen und den jährlichen EU-Mitgliedsbeitrag vom Defizit abzuziehen. Soweit so gut: die Rückführung des Schuldenstandes „in Richtung“ des Zielwertes (60 %) wäre damit auch durch Länder mit sehr hohem Schuldenstand geschafft (Österreich z. B. kann seinen Schuldenstand durch die oben beschriebenen Maßnahmen „am Papier“ von 71 % auf ca. 69 % zurückführen).

Budgettricks für den EURO

Die Sache hat jedoch gleich zwei Haken: Erstens ist die Möglichkeit zur Veräußerung des Familiensilbers begrenzt und eine einmalige Angelegenheit, zweitens zählen Pri-



vatisierungen nur zum Abbau des Schuldenstandes, nicht jedoch des Defizites. Dieses ist es aber, das den Regierungschefs, den Notenbanken und nicht zuletzt den Finanzanlegern – vor allem längerfristig – Kopfzerbrechen bereitet. Zwar ging die Europäische Kommission in ihrer Frühjahrsprognose davon aus, daß heuer lediglich Griechenland und Italien den Konvergenzwert von 3 % des BIP-Defizits nicht erreichen würden, aber die Budgetpraxis sieht mittlerweile (Ende Juli 1997 und nach einem Sieg der französischen Sozialdemokraten) doch etwas anders aus. Sowohl im Fall Deutschlands als auch Frankreichs ist die Erreichung des Defizitkriteriums keinesfalls gesichert.

EURO-Stabilitätspakt: Sparen ohne Ende ...

Doch das ist nicht das einzige Problem, das sich im Zusammenhang mit dem Defizitkriterium stellt. Der im Dezember am EU-Gipfeltreffen in Madrid festgelegte und bei der Regierungskonferenz in Amsterdam bekräftigte EURO-Stabilitätspakt sieht nämlich vor, daß die EU-Mitgliedstaaten nach Inkrafttreten der Währungsunion 1999 ihr Defizit mittelfristig auf 0 % zurückführen sollen (sprich Budgetüberschüsse anstreben sollen) bzw. bei Überschreiten der 3%-Grenze Bußgelder zu zahlen sind. Bezeichnenderweise gelten diese Auflagen selbst für die Nichtteilnehmer an der Währungsunion.

Strafe für die Unfolgsamen

Eine doppelte Bestrafung also: Einerseits werden die „Unfolgsamen“ (z. B. Grie-

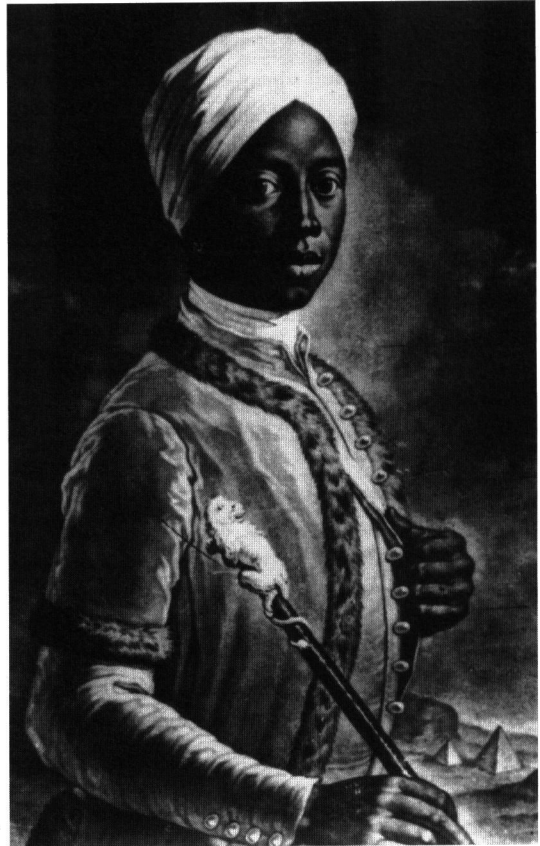
chenland) oder „Unbeugsamen“ (z. B. Schweden, das aus freien Stücken nicht an der WWU teilnehmen möchte) per Ministerratsbeschluß nicht in die WWU aufgenommen und die betreffenden Währungen auch nicht weiter (wie bisher im Europäischen Währungssystem der Fall) per Intervention im Krisenfall gestützt, andererseits werden ihnen für die Nichteinhaltung der WWU-Kriterien zusätzlich Strafgelder auferlegt. Ein wahrlich überzeugender Beweis für den europäischen Einigungsgedanken! Und eine Festbeschreibung der Sparmaßnahmen der EU-Länder auf Jahre hinaus ...

Aufgabe wirtschafts- politischer Steuerungs- instrumente

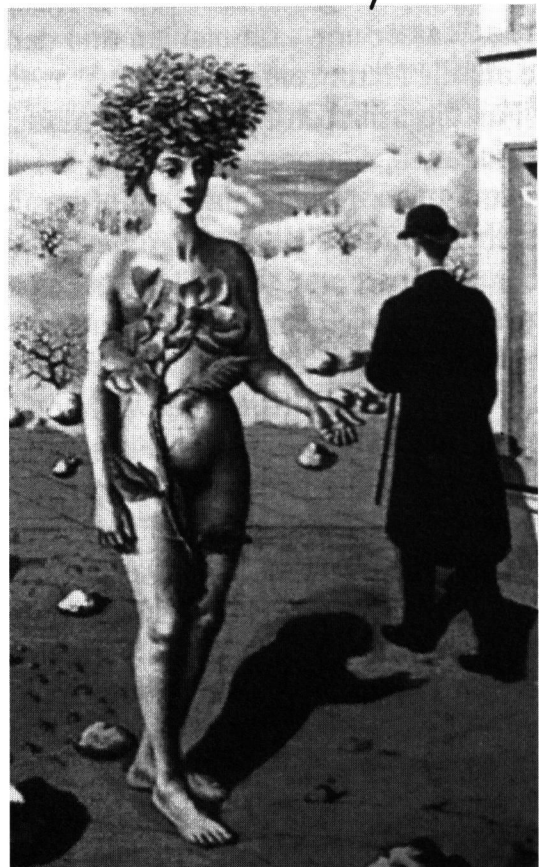
Doch die bedingungslose Aufgabe nationaler Souveränität im Bereich der Wirtschafts-, Währungs- und Budgetpolitik zugunsten monetärer Konvergenzkriterien ist nicht das einzige, was an der Ausgestaltung der Währungsunion irritiert. Diese könnte nämlich trotz ökonomischer und sozialer Unvernunft damit erklärt werden, daß sie ein bequemes Vehikel der Politik zur Durchsetzung bestimmter politischer Ziele darstellt: ökonomisch begründet, aber politisch gewollt werden Sparzwang, Sozialabbau und Flexibilisierung der Arbeitsmärkte. Doch was passiert danach?

Die Demokratie ist die Verliererin der Währungsunion

Ganz einfach: Die Politik verliert mit dem EURO ihre Macht. Nicht die wirkliche Politik natürlich, sondern ei-



... sind Europa.



gentlich nur die Demokratie. Die Demokratie ist die große Verliererin dieser Währungsunion.

Und damit sind weit mehr als die „üblichen“ Kritikpunkte (fehlende Volksabstimmungen über den EURO, das bekannte EU-Demokratiedefizit, die fehlenden Rechte des Europäischen Parlamentes) gemeint. Vielmehr verschiebt sich das Machtpotential Europas nach Inkrafttreten der Währungsunion von EU-Ministerrat und Kommission zur Europäischen Zentralbank (EZB), die nach dem Muster der „unabhängigen“ Deutschen Bundesbank ausgestaltet wurde und als oberste Währungshüterin die Geldpolitik Europas bestimmen wird. Freilich nicht nach verfassungsmäßigen Grundsätzen oder mit Bedacht auf das soziale Wohlergehen ihrer Bürger (wobei ein solches Vorgehen auch den EU-Regierungschefs bisher keinesfalls unterstellt werden kann), sondern mit einem einzigen – rein ökonomischen – Ziel: jenem der Währungs- und

Preisstabilität. Gewinnerin der Währungsunion ist also das Finanzkapital.

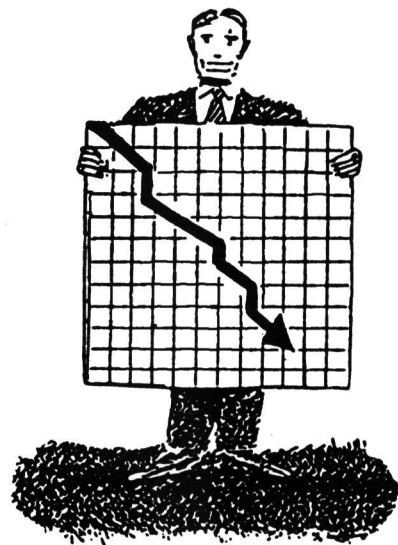
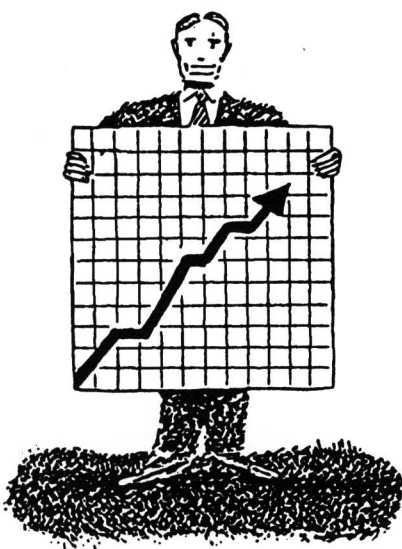
Das Finanzkapital ist der Gewinner der Währungsunion

Die einzigen, die bei der Festlegung der Allmacht der EZB ein wenig aufmuckten, waren die Franzosen. Die Grande Nation wollte als politisches Gegengewicht zur mächtigen „unabhängigen“ Zentralbank ein politisches Gremium auf EU-Ebene einsetzen, das die wirtschaftspolitischen Leitlinien, nach denen Europa zu funktionieren hat, festlegen sollte. Doch mit der Verabschiedung eines – rechtlich weitgehend unverbindlichen – Protokolls zum EURO-Stabilitätspakt, das beschäftigungspolitische Ziele als Ergänzung zu den rein ökonomischen Zielen der EZB festlegt, haben sich auf der EU-Regierungskonferenz zumindest diese Wogen geglättet, und auch Frankreich ist nun ganz eitel Wonne: Der EURO soll nur kommen.

Beschäftigungspolitik auf EU-Regierungskonferenz elegant entsorgt

Aber wird er auch wirklich kommen? Allem Anschein nach, ja. Die Budgets der Mitgliedstaaten sind – zumindest optisch, und das genügt vorläufig – auf Vordermann gebracht. Fürs Weitersparen sorgt der Stabilitätspakt, für die Verhinderung ungewollter Störungen durch die Politik die auf Preisstabilität fixierte EZB. Der letzte öffentliche Stolperstein auf dem Weg zum EURO, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, wurde auf der Regierungskonferenz in Form der Verabschiedung eines völlig zahnlosen „Beschäftigungskapitels“ im Maastricht-Vertrag elegant entsorgt, von europäischer Sozialpolitik war ohnehin noch nie die Rede gewesen. Die EU nennt das „Subsidiaritätsprinzip“.

Und wem das nicht gefällt, der/die kann ja den Europäischen Ombudsmann anrufen. Das ist Demokratie im Zeichen des EURO.



Arbeitsplätze-Prognose für EU-Anschluß – richtig berechnet, aber falsch in die Kamera gehalten (links), rechts: richtig.

Aus: FEHN 23 und 24.

Die Globalisierung des Militärs

Verspielte Chancen für die Friedenspolitik

Die Debatte um die „Globalisierung“ ist nicht vom Himmel gefallen. So wie sie in der Öffentlichkeit geführt wird, hat sie eine reale und eine ideologische Komponente mit politischen und ökonomischen Implikationen. Auch wenn das Thema Globalisierung des Militärs auf den ersten Blick mit der ökonomischen Dimension nicht sehr viel zu tun hat, halten wir es für notwendig, sich diese Zusammenhänge vor Augen zu führen.

VON ANGELIKA BEER
UND HELMUT HUGLER*

Die Globalisierungsdebatte ist insbesondere im Zusammenhang mit der „Standort-Debatte“ zu bewerten. Die „Standort-Diskussion“ basiert auf einem allgemeinen Trend der neoliberal ausgerichteten Modernisierung der kapitalistischen Gesellschaft, die in Deutschland über die konservativen Kräfte hinaus auch von der SPD und im Kern auch von den Grünen mitgetragen wird. Konkret geht es vor allem den konservativeren Kräften des „Modernisierungslagers“ um eine Zurückdrängung und Delegitimierung des Sozialstaates, um die Schwächung der Arbeiterbewegung sowie neuer sozialer Bewegungen wie z. B. der Frauenbewegung. Die Debatte ist Bestandteil des aktuellen „Klassenkampfes von oben“, der die gegenwärtigen Umstrukturierungen und Umwälzungen in den ökonomischen Strukturen zuungunsten der – inzwischen zu einem Großteil nur noch potentiellen – Lohnabhängigen durchführen soll.

Trotz der ideologischen Anteile spricht die Globalisierungs-Debatte viele Aspekte der gegenwärtigen Entwicklungen im weltweiten Maßstab an und weist auf reale Phänomene hin. Von daher hat sie ihre Berechtigung und Erklärung. Da auch die Ebene der Sicherheitspolitik mit den Folgen der „Globalisierung“ zu tun hat, werden wir diese Problematik debattieren.

Was ist unter „Globalisierung“ zu verstehen?

Wenn heute in der Öffentlichkeit über „Globalisierung“ gesprochen wird, hat der Begriff eine seltsam unklare Bedeutung. Unter „Globalisierung“ werden unterschiedliche, wenn nicht gar gegensätzliche Entwicklungen gefaßt. Zum einen werden ökonomische Entwicklungen wie die Ablösung der Finanzmärkte von der realökonomischen Sphäre, die zunehmende Internationalisierung der Produktion und die wachsende Zahl von global weltmarktorientierten Unternehmen damit beschrieben.

Zum andern sind politische Erscheinungen wie die wachsende Zahl von „Regimen“ und die Notwendigkeiten multilateraler Abstimmung zwischen den National- und Territorialstaaten darunter gefaßt. Die These der herrschenden, neoliberalen Ideologie ist, daß die Einzelstaaten immer mehr an Handlungsmöglichkeiten verlieren und gezwungen seien, in einen globalen Wettbewerb mit anderen Staaten zu treten, um Wohlstand beziehungsweise Arbeitsplätze zu sichern. Das Ergebnis ist der „Wettbewerbsstaat“ (Joachim Hirsch), dessen Funktion es ist, Kapital anzuziehen.

Darüberhinaus werden unter dem Begriff der Globalisierung Tendenzen im ideologischen Bereich wie die staaten- und regionenübergreifende Medienwelt und die Herausbildung eines Weltbewußtseins ggf. in

Form oder in Richtung einer Weltgesellschaft subsumiert. Als weiterer Trend wird der Zwang zur globalen Risikogesellschaft – begründet mit den ökologischen Bedrohungen – der Globalisierung zugerechnet, denn die anstehenden Umweltprobleme könnten nicht mehr von den einzelnen Staaten, sondern nur noch auf globalem Niveau bewältigt werden.

In der herrschenden Debatte wird allerdings kaum thematisiert, daß es sich bei der „Globalisierung“ keineswegs um einen harmonischen Prozeß handelt, sondern daß es ein in sich widersprüchlicher und konfliktreicher Prozeß ist, in dem die zukünftige innerstaatliche wie internationale Ordnung hart umkämpft ist. Globalisierung und Regionalisierung sind zwei Seiten einer Medaille. Die zunehmende Verelendung in den Metropolen, das Nebeneinander von Reichtum und Armut schaffen gesellschaftliche Situationen, die Berlin und Rio vergleichbar erscheinen lassen.

In der Folge dieser Trends verändert sich das Verhältnis von Ökonomie, Staat und Politik. Erstens wird die global orientierte ökonomische Sphäre gegenüber der „territorial“ gebundenen Politik autonomer. Dies liegt an der Bedeutung der Kapital- und Finanzmärkte im „Casino“-Kapitalismus, deren Akteure in freien Spekulationsräumen agieren. Der Staat ist nicht mehr in der Lage, die monetären Kreisläufe zu kontrollieren, und hat somit ei-

* Angelika Beer ist verdingungspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag.

Helmut Hugler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter von Bündnis 90/Die Grünen und Mitglied des Instituts für Internationale Politik.

nen Teil an politischer Souveränität verloren. Dieser Verlust vollzog sich nicht „naturwüchsig“, sondern ist das Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen, die innerhalb der jeweiligen Staaten stattgefunden haben.

Der National- und Territorialstaat bleibt weiterhin der politische Ort der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Der These von der Ohnmacht des Staates möchten wir somit widersprechen.

In der internationalen Politik artikulieren sich die aktuellen Trends auf unterschiedliche Weise. Im reichen Norden führen sie zu einer spannungsreichen Kombination von multilateraler Politik und Renationalisierungstendenzen, die im Rahmen von Verhandlungen (GATT, WTO) und internationalen Regimen, wenn auch äußerst konfliktreich, reguliert werden. In den peripheren Regionen zerfallen die politischen Strukturen. Ein bekanntes Beispiel dafür ist Somalia, dessen lokale Strukturen über Jahrzehnte durch den Ost-West-Konflikt und die externen ökonomischen Bedingungen überformt wurden, und im Anschluß daran nicht mehr autonom lebensfähig waren, als ihnen die ökonomische Basis entzogen wurde.

Nicht zufällig ist daher mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes die Debatte um das „Regieren ohne Regierung“ auf internationaler Ebene intensiviert worden. Die neue internationale Situation, der (noch) eine kontrollierbare Grundordnung fehlt, und die daher von den Eliten der Industriegesellschaften als unsicher und „turbulent“, wenn nicht gar als „chaotisch“ empfunden wird, soll durch eine

koordinierte Ordnungspolitik reguliert werden. Es ist eine Zunahme von multilateralen Verhandlungen und Arrangements festzustellen. An den „harten“ Verhandlungen sitzen als vollwertige Partner nur die Industriestaaten am Tisch, bei anderen Verhandlungen versuchen sie sich im Vorfeld abzustimmen. Die politischen Strukturen zwischen den Industriestaaten werden enger, sie verflechten sich und grenzen andere aus.

Die Europäische Union kann dafür aufgrund ihrer geographischen Beschränkung zwar nicht unbedingt als Vorbild, wohl aber als Anschauungsmodell in dem Sinn dienen, als sie zeigt, wie sich das Spannungsverhältnis von gemeinsamer Politik und einzelstaatlichen Interessen unter den Bedingungen verlorengegangenen Handlungsspielraums artikulieren kann. Mittels der Entwicklung eines Verhandlungssystems von vergemeinschafteten und intergouvernementalen Politikbereichen ist es den in der EU führenden Staaten möglich, ihre Interessen im (west-) europäischen Raum umzusetzen.

Ordnungspolitische Folgen für die Sicherheits- und Militärpolitik

Eine der indirekten Folgen dieser Entwicklungen in der Ökonomie ist die Veränderung der Rolle des Militärs. In der Sicherheits- und Militärpolitik ist ebenso eine „Globalisierung“ zu beobachten. Während in den Zeiten des Ost-West-Konfliktes die „globale“ Sicherheitspolitik in den Kontext des System-Antagonismus eingebunden war und die Verfahrensweisen via Rüstungskontrollgremien oder Dialogforen wie der KSZE

routinisiert waren, sind die militärischen Strukturen inzwischen „entfesselt“ und von der Disziplinierung durch den Ost-West-Konflikt entbunden. Hinter den seit 1989 durch die NATO entdeckten Risiken und Unsicherheiten verbirgt sich der Anspruch einer globalen und ggf. auch militärisch durchgesetzten Ordnungspolitik, die an den Interessen der Industriestaaten ausgerichtet ist.

Das Militär spielt in der Praxis, d. h. bei der Organisation globaler Probleme und Abläufe eine nicht zu unterschätzende Rolle. Denn je nachdem, wer gerade die Macht hat und diese Position verteidigen oder ausbauen will, wird ggf. auch Gewalt einsetzen, um seine Ordnung durchzusetzen. Daher werden Ansätze einer aktiven Konversionspolitik sowie Anstöße für eine Zivilisierung der Außenpolitik mit dem Ziel, die Welt demokratischer, sozial gerechter und ökologisch verträglicher zu organisieren, blockiert. Das Politikmodell bleibt im Grundsatz konfrontativ statt kooperativ angelegt.

Um die Gefahren deutlich zu machen, die von Seiten militärischer Politik heute drohen, ist es notwendig, die gegenwärtige sicherheitspolitische Agenda zu diskutieren.

Die klassischen Aufgaben des Militärs treten heute, zumindest was die OECD-Welt betrifft, in den Hintergrund. Das Verständnis von Sicherheit wurde entterritorialisiert und im Gegenzug funktionalisiert. Das Militär der Industriestaaten dient weniger der klassischen Kriegsführung; da sich die Politik geändert hat, ändert sich auch die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Das heißt nicht, daß

es Gewalt als Mittel der Politik nicht mehr geben wird, sondern daß sich die Zielrichtung und die Kriterien für den Einsatz gewandelt haben. Der kooperative Aspekt der neuen Weltmilitärordnung bezieht sich auf die militärische Zusammenarbeit zwischen den Industriestaaten. Bewaffnete Konflikte zwischen den Staaten der OECD-Welt sind nicht zu erwarten. Das Militär der OECD-Welt mutiert von der Armee der Landesverteidigung zum Ordnungsfaktor für die neue Weltordnung.

Es gibt aufgrund der Implosion der realsozialistischen Staaten keine strategische Bedrohung mehr. An deren Stelle wurden, zum Teil als Legitimierungsstrategie für die alten Militärinstitutionen aus dem Blockantagonismus, Risiken definiert. Diese Risiken umfassen nicht nur herkömmliche militärische Gefahren, sondern auch „zivile“ Probleme wie Drogenhandel und Migration. Damit wird faktisch der Einzugsbereich militärischen Handelns ausgeweitet. Das hängt zusammen mit den neuen Kriegen und dem neuen Kriegsbild.

Und hier kommen wir auf die Folgen für die peripheren Regionen zu sprechen. Die Mehrzahl der heutigen Kriege sind nicht mehr zwischenstaatlicher Natur und finden nicht im „Norden“ statt. Nach einer Übersicht, die von Jens Siegelberg erstellt wurde, gab es vom Juli 1995 bis Juni 1996 weltweit 34 Kriege. Zwei davon waren direkt in Europa (der kroatisch-serbische Krieg und der Krieg in Bosnien-Herzegowina) zwei im europäischen Umfeld (Tschetschenien und der türkische Krieg gegen die Kurden)¹, die restlichen Kriege wurden außerhalb Europas

geführt. Es handelt sich dabei in erster Linie um innergesellschaftliche Kriege, die in der Regel mit Kleinwaffen ausgetragen werden. Aufgrund der unklaren Frontlinien und des oft bandenartigen Charakters der gegnerischen Parteien sind die Abläufe der Konflikte von außen kaum beeinflussbar.

Die relative Untätigkeit des „Nordens“ gegenüber der Mehrzahl dieser Konflikte, inklusive derer, die nicht in einen gewaltförmigen Austrag umgeschlagen sind, hat jedoch einen anderen Grund. Sie zeigt vielmehr, daß Konflikte von Seiten der OECD-Staaten eher als ordnungs-, kontroll- und interessensdenn als friedenspolitische Probleme betrachtet werden. Es geht der „Realpolitik“ eben nicht um die Zivilisierung der internationalen Beziehungen, sondern um deren Beherrschbarkeit. Dementsprechend werden die neuen Kriege, ungeachtet aller humanitären Rhetorik, ignoriert, solange sie die Funktionsweise der „neuen Weltordnung“ nicht berühren. In diesem Sinn ist der Satz von Volker Rühle zu verstehen, daß der heutige Feind die Instabilität sei. Die neuen Kriege bleiben in der Regel lokal ausgetragene Konflikte. Sobald sie als „Stabilitätsprobleme“ wahrgenommen werden, sind sie „globalisiert“, oder um mit den Worten von Zygmunt Baumann zu sprechen, „globalisiert“.² Die Eroberung Kuweits durch den Irak hat aus Sicht der USA zwei ordnungspolitische Faktoren getroffen: zum einen die Frage des Gleichgewichts in einer strategisch wichtigen Region, zum andern den Ölpreis. In Somalia handelt es sich in erster Linie um die ordnungspolitische Glaubwürdigkeit.

Dabei darf in jedem Einzelfall die Rolle der Öffentlichkeit nicht unterschätzt werden, denn ein Militäreinsatz in Somalia wäre ohne die Diskussion in der US-amerikanischen Presse nicht in Erwägung gezogen worden. Auch die traditionellen Instrumente der Rüstungskontrolle greifen in dieser Art von Konflikten nicht.

Die Diskussion um die sog. „ethnischen“ Kriege lenkt ein Stück weit von der grundsätzlichen Problematik ab, auch wenn die „Ethnisierung“ von Konflikten politische Bedeutung hat. Die längerfristigen Ursachen, auch von innergesellschaftlichen Konflikten, sind interessenpolitischer Natur. Es mag sich dabei vor allem um ökonomische oder politische Interessen handeln. Die Ethnisierung ist eher Ergebnis von andauernden Konflikten als deren Ursache, hat aber natürlich Auswirkungen auf den konkreten Konfliktaustrag. Das heißt, daß die Frage der Ethnien in der Frühphase eines Konfliktes häufig noch entschärft werden könnte. Am Beispiel Ex-Jugoslawien läßt sich besonders gut verdeutlichen, daß sowohl „Überzeugungstäter“ als auch eine Instrumentalisierung ethnischer Politik konfliktverschärfend wirken können. Während der Nationalist Tudjman – mit deutscher Unterstützung – seine kompromißlose Strategie umsetzte, spielte der von Frankreich gestützte Milosevic die ethnische Karte aus machstrategischen Gründen.

Eine neue Rolle für das Militär und die neuen Sicherheitsstrukturen

Das Problem, das sich für die herrschende Ordnungspolitik aus dieser „chaotischen“ Si-

tuation ergibt, ist, daß es zwar noch das generelle gemeinsame Interesse an der Stabilisierung der globalen Politik gibt, aber in konkreten Situationen die Interessen sich tendenziell auseinanderentwickeln und regionalspezifische Differenzen zum Tragen kommen können. Die unterschiedlichen Politikstrategien, die die EU-Mitglieder in Ex-Jugoslawien verfolgten und die in differierenden Interessen begründet waren, machen diese Problematik deutlich. Die offizielle Politik der EU und der OSZE wurden dadurch unterkariert. Mit nur einer Organisation, die zudem nicht über eine flexible Instrumentierung verfügt, war keine Weltordnung zu schaffen. Aus diesem Grund mußten Strukturen geschaffen werden, die ein Auseinanderdriften des ehemaligen Westens verhindern und einen Grundkonsens sichern können, gleichzeitig aber flexible Reaktionen ermöglichen, auch wenn nicht alle OECD-Staaten betroffen sind, beziehungsweise wenn ihre Interessen sogar differieren.

Die Industriestaaten haben auf die neuen „Herausforderungen“ schnell reagiert. Das Konzept der „interlocking institutions“ (NATO, EU, GASP, WEU, OSZE, UNO) stellt eine Arbeitsteilung dar, die die militärischen Optionen für die aus Sicht der herrschenden Politik flexiblen und schwer vorhersehbaren Einsatznotwendigkeiten schaffen. Das Konzept vereint die Möglichkeit nationalstaatlicher Interessenvertretung und gemeinsamer militärischer Handlungen durch ein System des flexiblen militärischen Multilateralismus. Auch Ad-hoc-Koalitionen, das heißt bi- oder multilaterale militärische

1 Jens Siegelberg: *Im Überblick: Kriege und bewaffnete Konflikte Juli 1995 bis Juni 1996*, S. 113ff. *Die bewaffneten Kriege haben wir nicht mitgezählt, dadurch würde das Verhältnis noch mehr zuungunsten der außereuropäischen Konflikte ausfallen.*

2 vgl. Zygmunt Baumann: *Glokalisierung oder: Was für die einen Globalisierung ist, ist für die anderen Lokalisierung*, in: *Das Argument* 217/1996, S. 653–664; außerdem: Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf: *Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*. Münster 1996.

Maßnahmen, sind in diesem Rahmen möglich. Das Konzept der interlocking institutions steht so für das Festhalten an national orientierter, multilateral organisierter Macht- und Interessenspolitik.

Für die Neuorientierung der transatlantischen Arbeitsteilung wurde zwischen der NATO und der WEU das Konzept der Combined Joint Task Force (CFJT) geschaffen, das Bestandteil der Kommandostrukturreform der NATO ist. Es soll ermöglichen, daß WEU-Mitglieder im Fall von militärischen Aktionen auf die NATO-Kommando-Strukturen, die Logistik und die Infrastruktur zurückgreifen können. Trotz aller Umsetzungsschwierigkeiten bedeutet es einen qualitativ neuen Schritt in Richtung flexiblere Einsatzfähigkeit von Militär.

In diesen Kontext gehört auch die Militarisierung der Europäischen Union. Bei der gegenwärtig stattfindenden Regierungskonferenz geht es vor allem um das Verhältnis von WEU und der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union. Dabei ist die wichtige Frage die der pragmatischen Schritte. Mit einer integrierten Anbindung der WEU an die EU ist aufgrund der Divergenzen zwischen EU- und WEU-Mitgliedschaften nicht zu rechnen. Die zu erwartenden Ergebnisse werden auf eine demokratisch nicht zu kontrollierende Entscheidungsstruktur hinauslaufen, die an das Konzept der interlocking institutions angebunden sein wird und umsetzbar ist. Es wird keine homogene europäische Armee geschaffen, sondern eine den einzelnen nationalstaatlichen Interes-

senpolitiken angemessene offene Struktur weiterentwickelt. Auf den Begriff gebracht könnte man das als eine pragmatische Militarisierung der europäischen Integration bezeichnen.

Gleichzeitig sichern sich die NATO-Staaten die Dominanz und Letztentscheidung gegenüber der UNO und der OSZE. Sie marginalisieren beide Organisationen, wie sich konkret am Beispiel Ex-Jugoslawien aufzeigen läßt. Denn es waren im Grunde dieselben politischen Akteure, die der UNO zunächst nicht ausreichend Ressourcen zur Verfügung stellten, und als die NATO auf den Plan trat, die Mittel sofort zur Verfügung stellten. Durch die Aufwertung der NATO wird ein Militärbündnis zur federführenden Organisation für Ordnungsaufgaben. Die UNO und die OSZE werden auf die Bereiche der „weichen“ Politik zurückgedrängt beziehungsweise auf die Beschaffung der Legitimation reduziert. Die Bundesrepublik und die Vereinigten Staaten sind mitverantwortlich für die Marginalisierung der UNO. Denn sie weigern sich, auf die Vorschläge von Boutros-Ghali's Agenda für den Frieden einzugehen. Darüber hinaus hat insbesondere Verteidigungsminister Rühe deutlich gemacht, daß er die NATO höher bewertet als die UNO, und keine Bundeswehreinätze im Rahmen von friedenserhaltenden Maßnahmen unter UNO-Führung akzeptiert.

Entsprechend den neuen Anforderungen wird das Militär der NATO-Staaten umstrukturiert. Im Personalbericht findet eine weitere Professionalisierung des Militärs statt. Da kein NATO-Mit-

glied erwartet, auf absehbare Zeit einen größeren Landkrieg führen zu müssen, können die Armeen problemlos reduziert und die Wehrpflicht abgeschafft werden. Die Landesverteidigung gilt zwar in der Bundesrepublik noch als die Hauptaufgabe der Bundeswehr. An der Priorisierung der Krisenreaktionskräfte bei den Beschaffungsaufgaben kann man jedoch sehen, daß die faktische Priorität dort liegt.

Dieser Reduzierungsprozeß der westeuropäischen Armeen darf jedoch nicht mit Abrüstung verwechselt werden, sondern ist im Kontext der strategischen Umorientierung und der veränderten Aufgabenstellung der jeweiligen Armeen zu verorten. Es geht, das zeigt insbesondere das französische Beispiel der Abschaffung der Wehrpflicht, um die Effektivierung des Militärs im Sinne der neuen Interventionsstrategien und nicht zuletzt um Kosteneinsparungen. Für die neuen Einsatzarten sind Wehrpflichtige in der Regel nicht genügend ausgebildet und auch schwerer zu motivieren. Die Bundesregierung hält zwar noch offiziell an der Wehrpflicht fest, es stellt sich aber die Frage, wie lange diese finanziell noch haltbar ist.

Die politischen Umorientierungen spiegeln sich in den konkreten Militärplanungen wider. Die Kriterien dabei sind Mobilität, Flexibilität, Reaktionsfähigkeit und Multinationalität.

Die Bundesrepublik nimmt in dem Prozeß eine Sonderrolle ein. Im Gegensatz zu den ehemaligen Kolonialmächten Frankreich und Großbritannien und den Vereinigten Staaten, mußte sie sich in der Zeit des Ost-West-Konfliktes in

militärischer Zurückhaltung üben. Seit der Erlangung der Souveränität wird umgesetzt, was vorher hinter den verschlossenen Türen des Bundesverteidigungsministeriums diskutiert wurde: der Aufbau von weltweit einsetzbaren Interventionsstreitkräften. Da Militär in der „Staatenwelt“ nicht nur reale Macht bedeutet, sondern auch einen hohen Symbolwert hat, wird unter den Stichworten „Normalisierung“ und „Gleichberechtigung“ eine Umorientierung der deutschen Außenpolitik vorgenommen. Die Bundesregierung ist aktiv an der Reform der NATO und am neuen militärischen Multilateralismus beteiligt. Der angestrebte ständige Sitz im Sicherheitsrat ist nur ein Ausdruck der neuen deutschen Großmachtspolitik.

Materielle Grundlage für die neue Weltmilitärordnung ist die Politik der Rüstungsbeschaffung und damit die Rüstungsindustrie. Auch hier sind neue Entwicklungen zu verzeichnen. Aufgrund der hohen Kosten neuer Technologien ist der Wettbewerbsdruck auf die nationalen Rüstungsindustrien und die einzelnen Rüstungsbetriebe immens gestiegen. Das hat zwei Folgen. Erstens internationalisiert sich gegenwärtig auch der Rüstungsmarkt über Fusionen und Rüstungsk Kooperationen. Auf der anderen Seite steigt der Druck zu exportieren. Die Harmonisierung der Rüstungsexportregelungen im Rahmen der westeuropäischen Integration sind, insbesondere im Fall der Bundesrepublik, als nationale Strategien zu verstehen, die Exportrestriktionen zu lockern und die Position auf den Rüstungsmärkten zu verbessern.

Seltsame Phänomene

Sie tauchen immer im Sommer auf; in den vergangenen Jahren zumeist in Form konzentrischer Kreise in Getreidefeldern, angelegt ohne jede ersichtliche Spur menschlichen Zutuns. Aufmerksame ZOOM-LeserInnen werden sich an die von uns schon letzten Sommer vorgelegten Indizien erinnern, daß sich hinter diesen Erscheinungen eine militärische Konspiration verbirgt. Das Zeichen, welches auf dem in der ZOOM veröffentlichten und – heute können wir es aussprechen – östlich unserer Landesgrenzen aufgenommenen Foto zu erkennen ist, läßt sich unschwer als überdimensionale Reproduktion jenes Emblems entschlüsseln, welches gemeinhin und ganz offiziell für die Nordatlantische Allianz steht (siehe Abb.).

Die Vorstellung, es handle sich bei diesen Kreisen um UFO-Landeplätze ist natürlich vollkommener Blödsinn. Der F&E-Abteilung der ZOOM liegt eine zur Veröffentlichung in den *Physical Review Letters* vorgesehene Arbeit vor, aus der ersichtlich ist, daß wir es vielmehr mit den ersten praktischen Ergebnissen jahrelanger Forschung auf dem Gebiet der Fernwirkung zu tun haben. Das Umknicken der Weizenhalme – erste Versuche mit Roggen und Hafer sind vielversprechend – ist nichts anderes als der makroskopisch sichtbare Effekt eines synchronisierten Umklappens der Spins einer immens großen Anzahl von Getreideatomen, eine Weiterentwicklung der von Einstein, Podolsky und Rosen entwickelten Versuchsanordnung. Die symmetrische Kreisform der Gebilde spiegelt den spezifischen Aufbau der Versuchsanlage im *Warrior Preparation Center* (WPC) im deutschen Ramstein (sic!) wieder. Mit dem von der ZOOM veröffentlichten Muster gelang erstmals neben dem tangentialen auch ein radiales, genauer: annähernd radiales Knicken der Halme, welches durch eine Ablenkvorrichtung auf der Königswarte nahe Hainburg erzielt wurde. Das WPC ist Teil des STOW-Programms, des *Synthetic Theater of War*, dessen Kommando trotz deutscher Begehrlichkeiten nach wie vor fest in US-amerikanischer Hand ist.

Eine ähnliche militärische Verschwörung hatte bereits in den 50er und 60er Jahren dazu geführt, daß überall in den USA beobachtete merkwürdige Himmelserscheinungen als Vorboten einer Invasion von UFOs gedeutet wur-

den. Diese waren mutmaßlich von den Russen ausgeschildet worden, um die US-AmerikanerInnen in Panik zu versetzen. Um die Bevölkerung zu beruhigen, ließ der Geheimdienst damals Artikel veröffentlichen in denen die Erscheinungen als atmosphärische Phänomene gedeutet wurden, ausgelöst durch Eiskristalle oder Temperaturumkehrung. In Wahrheit handelte es sich natürlich weder um einen Trick der Natur noch von Außerirdischen, sondern, wie die CIA in der jüngsten Ausgabe von *Studies in Intelligence* eingesteht, um Lichtreflexionen von in großer Höhe fliegenden Spionageflugzeugen des Typs U 2 und SR 71. Von diesen aus fotografierte die Air Force sowjetische Militäreinrichtungen und zeichnete Radio- und Radarsignale auf – solange, bis die Sowjets eine U 2 abschossen.

Bei all dem kann nicht verwundern, daß auch die Ursache für das diessommerliche Hochwasser konsequent verschwiegen wird. Dabei liegen die Indizien so klar auf der Hand: Wo sind denn die Flüsse über die Ufer getreten? In Polen, Tschechien und – als verspätete Rache – der ehemaligen DDR. (Selbst in Ungarn ist das Wetter diesen Sommer schlechter als gewohnt.) Und regnete es nicht schon Anfang Juli in Madrid, als die NATO die Aufnahme der drei osteuropäischen Länder ins Bündnis beschloß? Kein Zweifel, der Grund für die massiven Regenfälle liegt in der NATO-Osterweiterung. Einzig und allein der Chef des geopolitischen Ausschusses der russischen Staatsduma, Alexej Mitrofanow, getraute sich, die Wahrheit auszusprechen: „Die Beschlüsse von Madrid haben den Geist Stalins verstört. Das wird zweifellos zu neuen Entwicklungen führen.“

Aber verfallen Sie jetzt nicht in Panik! Die Behauptung, auch das jüngste Auftauchen von U 2 am Wiener Neustädter Flugfeld sei eine verdeckte CIA-Operation, ist nicht mehr als die Ausgeburt einer abstrusen Weltverschwörungstheorie – völlig unhaltbar und ohne jeden wissenschaftlichen Beleg. Hegen Sie dennoch Zweifel, so besorgen Sie sich das Buch *Friedenskrieg – Die Errichtung des geheimen Weltreichs*, ab August um wohlfeile 292 Schilling im Buchhandel. Dort erfahren Sie, welche Gegenden im Fall des Ausbrechens des III. Weltkriegs als „Landquartier“ für Sie und Ihre Familie zu empfehlen sind.

VON R2-D2



Und so sind auch Sie dabei: Kopieren Sie diesen Text, streichen Sie alle Stellen an, die der Autor dieses Textes erfunden hat, – oder auch jene, die er nicht erfunden hat (es sind weniger) – schicken Sie ihn uns und gewinnen Sie eine CD Maxi der Extended Versions.

Die NATO nach Madrid

Madrid, 9. Juli 1997: Die Weichen sind gestellt; die Signale zeigen grün. Der Lokführer wartet auf das Abfahrtszeichen. Gleich mehrere Schaffner drängen zum Aufbruch. Auf dem Bahnsteig Prominenz aus Politik und ganz Europa. Aus dem Lautsprecher quellen Ansagen: „Auf Gleis 16 steht erstmals zur Abfahrt bereit der Trans-Europa-Express „OTAN“ über Barcelona, Paris und Brüssel; Kurswagen nach Prag, Budapest und Warschau befinden sich in der Mitte des Zuges; Kurswagen nach Bukarest, Ljubljana, Riga, Vilnius, Tallin und Kiew befinden sich möglicherweise im hinteren Teil des Zuges. Fahrgäste mit Reiseziel Wien werden gebeten, sich rechtzeitig beim Zugpersonal zu erkundigen, ob ein Kurswagen für sie unterwegs eingestellt wird. Der Kurswagen Moskau befindet sich am Ende des Zuges, gleich vor der mitlaufenden zweiten Lokomotive. Die Zugbegleiter werden Sie informieren, falls dieser Kurswagen abgekoppelt werden muß. Bitte einsteigen, zurücktreten bitte, Vorsicht bei der Abfahrt des Zuges!“ Bahntypische Tücke beim Aufbruch zu einer gesamteuropäischen Reise? Kaum. – Jedoch: Der Zuglaufplan aus dem Madrider Bahnhofslautsprecher erinnert beileibe nicht nur von Ferne an jenen ambitionierten und komplexen Plan, den sich die Nordatlantische Allianz, kurz NATO, im Frühsommer 1997 für die Reise ins dritte Jahrtausend zusammengestellt hat.

VON OTFRIED NASSAUER*

* Otfried Nassauer, geb. 1956 in Siegen/Westfalen, ist freier Journalist und leitet das Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS). Zur Zeit arbeitet er an einem Projekt zum NATO-Rußland-Verhältnis, das von der Ford-Stiftung getragen wird.

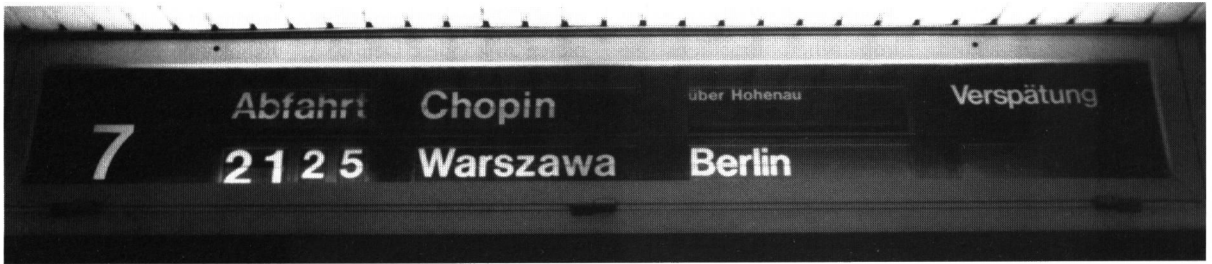
Wandel durch Annäherung?

Gipfel werfen gewöhnlich lange Schatten. So auch der Madrider NATO-Gipfel 1997. Die Erwartungen waren hochgesteckt und die Ereignisse überschlugen sich bereits im Vorfeld.

Am 21. März 1997 vereinbarten die Präsidenten der USA und Rußlands anlässlich eines Gipfels in Helsinki eine ganze Reihe gemeinsamer Erklärungen, darunter zu den Themen „Europäische Sicherheit“ und „Nukleare Abrüstung“. Am 27. Mai 1997 unterzeichnen die Staats- und Regierungschefs der NATO und Rußlands die „Grundlagenakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der NATO und der Russischen Föderation“, am 29. Mai wird im portugiesischen Sintra der Entwurf einer Charta zwischen der Ukraine und der NATO paraphiert. Ebenfalls in Sintra wird der Nordatlantische Kooperationsrat am 30. Mai in den Euro-Atlantischen Kooperationsrat umgewandelt. Das Programm „Partnerschaft für den Frieden“ wird erweitert und intensiviert. Tags darauf, am 31. Mai unterzeichnen Rußland und die Ukraine einen „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft“, einschließlich einer (weiteren) endgültigen Vereinbarung über die seit Jahren umstrittene Schwarzmeerflotte. Wenige Wochen später öffnen im amerikanischen Denver die Staaten der G-7-Gruppe ihre Tagungen

für die regelmäßige Beteiligung Rußlands. Der NATO-Gipfel am 8. und 9. Juli in Madrid lädt nach heftigem NATO-internen Streit Polen, Ungarn und die Tschechische Republik zu Verhandlungen über einen NATO-Beitritt rechtzeitig zum 50. Geburtstag der Allianz im April 1999 ein. Slowenien, Rumänien und den baltischen Republiken wird signalisiert, daß die NATO für künftige Erweiterungen offen bleibt. Die Charta zwischen der NATO und der Ukraine wird unterzeichnet. Sie betont das Recht der Ukraine, für eine Bündnismitgliedschaft zu optieren. Am 17. Juli legt Rußland den OSZE-Staaten das Konzept einer „Charta über Europäische Sicherheit“ vor. Und schließlich kurz vor der Sommerpause: Die gemeinsame Beratungsgruppe der Mitgliedsstaaten des Vertrages über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) präsentiert am 23. Juli ihre Einigung auf „Bestimmte grundlegende Elemente einer Anpassung des Vertrages“. Eine rekordträchtige Dichte relevanter Entscheidungen.

Europäische Sicherheit im Wandel durch Annäherung? Europa auf bestem Wege zu einer stabilen und auf Kooperation basierenden Sicherheitsarchitektur für das 21. Jahrhundert? Der russische Widerstand gegen die Osterweiterung der NATO letztendlich doch überwunden oder zumindest besänftigt? Die „neue NATO“ im Werden? Zweifel auf breiter Front sind angebracht. Europas Staaten stehen in der Sicherheitspolitik vor Wegscheiden.



Rußland und die NATO – Zwischen Kooperation und Konfrontation

Das Signal aus Moskau an die in Madrid versammelten Staats- und Regierungschefs war eindeutig: Weder Präsident Boris Jelzin, noch Außenminister Primakow als Unterhändler der Gründungsakte NATO-Rußland, noch Regierungschef Tschernomyrdin reisten an. Rußland ließ sich nachgeordnet vertreten. Ebenso deutlich waren die Kommentare aus Moskau: Dort betonte die erste Mannschaft des Kreml, sie lehne das Vorhaben einer NATO-Osterweiterung weiter ab.

Die NATO reist auf riskantem Kurs Richtung Moskau. Die Erweiterung des Bündnisses ist ein gewichtiges Beispiel, aber nicht das einzige. Die politische Elite Rußlands, auch deren pro-westlichste Exponenten, steht der Erweiterung und der Entwicklung der NATO vorsichtig, skeptisch oder gar feindselig gegenüber.

Wichtige Duma-Abgeordnete, hochrangige Militärs und Mitglieder der Administration hatten sich in der russischen Diskussion über die geplante NATO-Erweiterung gegenseitig an Schärfe überboten. Diese stelle für Rußland eine Bedrohung dar und beweise, daß die Allianz nicht Kooperation, sondern Konfrontation wolle. Rußland müsse darauf mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln reagieren. Die Vor-

schläge dafür reichten vom politischen Protest, über wirtschaftliche Sanktionen, wie z. B. Sanktionen gegen in Rußland tätige westliche Firmen oder eine Beendigung der Rohstoff- und Energielieferungen nach Westen, bis hin zu sicherheitspolitischen Maßnahmen. Selbst Boris Jelzin nutzte zeitweise scharfes Geschütz und bot Weißrußland eine Neuvereinigung beider Staaten an. Er drohte mit der Möglichkeit, die militärische Kooperation zwischen den Staaten der GUS zu intensivieren.

Doch war und ist der russischen außen- und sicherheitspolitischen Elite zu jedem Zeitpunkt des Prozesses bewußt: Rußland verfügt gegenwärtig nicht über die erforderlichen Ressourcen und Mittel, die Osterweiterung der NATO zu verhindern. Rußland kann sie verzögern, verkomplizieren oder gar ein wenig behindern. Jeder weitergehende Schritt aber würde russische Interessen mehr schädigen als jene der alten oder neuen Mitgliedsstaaten der NATO. Also bleibt, durch geschicktes Verhandeln die russischen Sicherheitsinteressen bestmöglich zu wahren. Die Grundlagenakte zwischen NATO und Rußland ist das vorläufig letzte Ergebnis.

Die von Rußland geäußerten Sicherheitsbedenken werden immer wieder aus ein und derselben Grundüberlegung gespeist. Rußland erwartet von den USA und der NATO die Einlösung des

Versprechens auf strategische Partnerschaft. Rußland will weiterhin als Supermacht behandelt werden und bei der Gestaltung einer europäischen Sicherheitsarchitektur für das Europa des 21. Jahrhunderts deshalb eine gleichgewichtige Rolle spielen.

Russische Politiker und Sicherheitsexperten kritisieren, die praktische Politik des Westens laufe auf das glatte Gegenteil des Versprechens strategischer Partnerschaft hinaus: die Ausnutzung der gegenwärtigen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Schwäche Rußlands zum einseitigen Vorteil des Westens. Sicherheitspolitik, NATO-Erweiterung und selbst Rüstungskontrollvorschläge und -maßnahmen des Westens orientieren sich einseitig an den nationalen Interessen der NATO-Staaten, nicht aber an den legitimen Sicherheitsbedürfnissen Rußlands. Rußland solle, so der zumeist unausgesprochene Vorwurf, auf

Fotos: Alexander Lehar



Dauer in die Rolle eines europäischen Brasiliens gedrängt werden: ein großer, potentiell reicher und mächtiger Lieferant von Rohstoffen, gefangen in Rahmenbedingungen, die den (Wieder-)Aufstieg zu einer führenden Industriemacht mit weltweiten Einflußmöglichkeiten strukturell verhindern.

Die russischen Bedenken manifestieren sich in verschiedenen Bereichen, die jeweils für sich genommen, entscheidende Auswirkungen auf die Zukunft europäischer Sicherheit haben.

1. Die Zukunft der nuklearen Abrüstung

Die außen- und sicherheitspolitische Elite Rußlands zeigt – auch nach Helsinki und trotz Gründungsakte NATO-Rußland – zur Zeit keine große Neigung, den START-II-Vertrag zu ratifizieren. Aus russischer Sicht ist der Vertrag zum einseitigen Nachteil Rußlands. Rußland müsse unsinnigerweise erhebliche Geldmittel aufwenden, um die vertraglich erlaubten Zahlen atomarer Sprengköpfe mittelfristig auf den zugelas-

senen Trägersystemen stationieren zu können. Den USA erlaube der Vertrag ungleich günstigere Voraussetzungen, aus START-II wieder auszubrechen.

Für Rußland sei ein Vertrag akzeptabel, wenn die USA sich an die traditionelle, enge Auslegung des ABM-Vertrages halten und die zuvor genannten Probleme, z. B. im Rahmen deutlich niedrigerer Obergrenzen (z. B. 1.800–2.000 oder noch weniger Sprengköpfe) für Rußland zufriedenstellend gelöst würden. Andernfalls sei es günstiger, den Vertrag erst gar nicht zu ratifizieren und die vorhandenen Atomwaffen weiter in Dienst zu halten.

Zudem: Die Erweiterung der NATO nach Osten werde der westlichen Militäralianz die Möglichkeit geben, zumindest in Krise oder Krieg ihre taktischen Atomwaffen so nahe an die russischen Westgrenzen zu verlegen, daß aus diesen im Prinzip Waffen mit für Rußland strategischem Bedrohungspotential würden.

Die beim russisch-amerikanischen Gipfel in Helsinki getroffenen Grundsatzverein-

barungen, nach der russischen Ratifikation von START II sofort einen START-III-Vertrag auszuhandeln, der die Potentiale der USA und Rußlands auf je 2.000–2.500 Sprengköpfe begrenzen soll, und zudem über die Einbeziehung sowohl inaktiver Sprengkopfpotentiale als auch gegebenenfalls taktisch nuklearer Waffen zu diskutieren, werden vielfach in der russischen Diskussion als unzulänglich erachtet. Die politisch bindende, einseitige Erklärung der NATO in der Grundakte, die Allianz beabsichtige unter den gegebenen Umständen keine Stationierung von Nuklearwaffen sowie auch keinen Bau und keine Nutzung von nuklearfähiger Infrastruktur in den neu hinzukommenden Mitgliedsstaaten, trifft ebenfalls auf Skepsis. Diese Zusage sei weder rechtlich bindend noch verhindere sie eine Ausbildung von Piloten aus diesen Staaten im Einsatz nuklearer Waffen schon zu Friedenszeiten.

2. Die Zukunft der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa

Der KSE-Vertrag gilt als letztes Kind des kalten Krieges. Unterzeichnet im Juli 1990 legt er gleiche zahlenmäßige Obergrenzen für konventionelle Großwaffensysteme in Ost und West fest. Heute existiert der Warschauer Pakt nicht mehr; die Sowjetunion ist aufgelöst; die ehemaligen Bündnispartner der Sowjetunion wollen der NATO beitreten. – Eine deutlich veränderte politisch-geographische Landkarte.

Aus russischer Sicht bedarf der KSE-Vertrag deshalb einer grundsätzlichen Überarbeitung, damit er den veränderten Realitäten nach dem

Der Kurswagen Moskau ...



Ende des kalten Krieges angepaßt werden kann. Die NATO bekomme durch eine Erweiterung – so befürchten russische Generalstäbler und Politiker – einen Stärkevorteil, der für einen erfolgversprechenden konventionellen Angriff hinreiche. Werde hier keine tragfähige Lösung gefunden, so werde Rußland gezwungen, taktischen Nuklearwaffen – analog zu den NATO-Vorstellungen der siebziger und achtziger Jahre – eine erheblich größere Bedeutung für die Kriegführung beizumessen. Eine neue Generation taktischer Atomwaffen müsse dann die konventionelle Überlegenheit des Westens ausgleichen.

Die NATO hat sich zu einer Überarbeitung des KSE-Vertrages bereiterklärt. Die bislang erreichten Übereinkünfte sind aber nicht geeignet, die russischen Befürchtungen grundsätzlich auszuräumen. Zwar wird die Bereitschaft der NATO-Staaten begrüßt, die Obergrenzen für die Zahl künftig zulässiger Waffensysteme weiter abzusenken.

Doch stehen zentrale Fragen auch weiter ungelöst im Raum: Rußland möchte die Möglichkeiten der westlichen Militäralianz begrenzen, nahe den Außengrenzen der GUS oder Rußlands flexibel militärische Kräfte zu konzentrieren. Vor allem die USA wünschen aber eine hohe Flexibilität, Kräfte überall im Bündnisgebiet konzentrieren zu können, wo dies erforderlich erscheinen könnte. Diese grundsätzliche Frage wurde bislang nur angerissen. Sie ist ein wesentlicher Grund dafür, daß das zum NATO-Gipfel geplante Rahmenabkommen über eine Anpassung des KSE-Vertrages nicht rechtzeitig fertigge-

stellt werden konnte. Lediglich eine Einigung über weniger zentrale Teilaspekte konnte kurz vor der Sommerpause erzielt werden.

Sie läßt erahnen, daß es möglicherweise nicht gelingen wird, die künftig erlaubten Obergrenzen konventioneller Rüstung in Europa soweit abzusenken, daß sie sich an den heute noch vorhandenen Beständen orientieren. Die Chance zu weiteren Schritten realer konventioneller Abrüstung in Europa könnte so verpaßt werden.

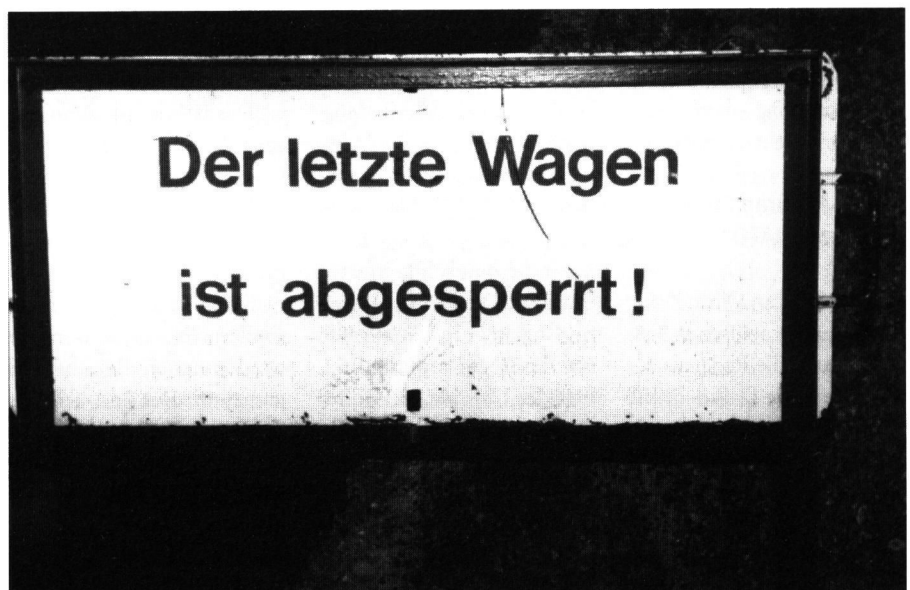
3. Das NATO-Rußland-Verhältnis und die Europäische Sicherheitsarchitektur

Immer wieder hat die NATO Rußland strategische Partnerschaft und damit ein Sonderverhältnis angeboten. Doch in der Praxis kam man lange kaum weiter. Immer wieder verzögerte sich der russische Beitritt zum Programm „Partnerschaft für den Frieden“; die Gespräche über das NATO-Rußland-Verhältnis verharrten lange auf dem Niveau von Tagesordnungsdebatten. Die Ursache: Die Prioritäten

werden unterschiedlich gesetzt. Während Rußland zunächst die Konturen einer Sicherheitsarchitektur für das Europa des 21. Jahrhunderts konzipieren wollte und dabei die Rolle der NATO deutlich zu reduzieren suchte, wollten die NATO-Staaten unter Führung der USA ihre Allianz Schritt für Schritt zum Kernelement eben dieser Sicherheitsordnung ausgestalten. Rußland sollte konsultiert werden, aber kein echtes Mitbestimmungsrecht erhalten. Dies schließe Kooperation mit Rußland – wie im Falle Bosniens – nicht aus, mache sie aber weder zur Regel, geschweige denn zur Pflicht.

Mit der Grundlagenakte zwischen NATO und Rußland ist nunmehr ein ambivalentes, interpretationsfähiges Zwischenergebnis erzielt worden. Die Akte betont den Willen beider Seiten, die OSZE zu stärken und zu einem wichtigen Instrument europäischer Sicherheit auszubauen. Sie schafft mit dem „Permanent Joint Council“ genannten NATO-Rußland-Rat und der diesem zugeordneten Arbeitsebene die Option auf Gremien und ar-

... befindet sich am Ende des Zuges.



beitsfähige Strukturen, in denen die große Mehrzahl der künftig relevanten sicherheitspolitischen Fragen Europas kooperativ und gemeinsam behandelt, wenn nicht gelöst werden könnten.

Und doch: Der Wert der Akte wird einzig und allein durch die Art ihrer künftigen Implementierung bestimmt. Sie ist ein politisches Dokument, kein rechtlich bindendes. Es kommt auf den politischen Willen der Beteiligten – und dieser wird nicht zuletzt durch das politisch-psychologische Umgebungsklima bestimmt – an, die Akte mit Leben und praktischer Kooperation zu erfüllen, den institutionellen Unterbau für die Gestaltung von Kooperation zu schaffen und die erforderlichen auch materiellen und finanziellen Voraussetzungen zu ihrer Umsetzung zu schaffen. Ob aus der theoretischen Möglichkeit gelebte Praxis wird, bleibt abzuwarten.

Auf NATO-Seite ist nicht erkenntlich, daß dem Ausbau der Beziehungen der Allianz zu Rußland gleiche Aufmerksamkeit und Ressourcen zuteil werden sollen wie der Erweiterung des Bündnisses. Und die russische Regierung hat sich – mit dem Gang in die Duma zwecks unilateraler Ratifizierung – bereits eine Tür zum Rückzug eröffnet.

Die USA, Europa und die „Neue NATO“

Vom „American Dictate“ war unter den europäischen NATO-Staaten die Rede, als der amerikanische Präsident Bill Clinton abrupt die gerade aufkeimende Debatte um die Zahl der Kandidaten für eine NATO-Mitgliedschaft sofort wieder beendete und seine Kandidaten benannte: Po-

len, Ungarn und die Tschechische Republik. Clintons Verdikt traf den Versuch des französischen Präsidenten Jaques Chirac, mithilfe vor allem der europäischen NATO-Mitglieder fünf statt nur drei neuen Staaten den Weg in die NATO zu ebnen.

„Keep the Russians out, the Americans in and the Germans down“, lautete seit ihrer Gründung ein immer wieder gerne zitiertes Gründungsväter-Rational für die Existenz der Nordatlantischen Allianz. In Madrid könnte den USA ein wesentlicher Schritt gelungen sein, diese Formel auf eine neue NATO umzuschreiben: „Keep the Russians out, the French down and the Americans in the lead“ – so könnte das neuformulierte Rational lauten. Zur Begründung:

„Keep the Russians out“

Rußland muß aufgrund der Ergebnisse von Madrid nicht nur mit weiteren „Öffnung“ genannten Schritten zur Ausdehnung der NATO nach Osten rechnen. Es muß auch davon ausgehen, daß diese Schritte in Zukunft möglicherweise nicht vor den territorialen Toren der ehemaligen Sowjetunion Halt machen. Das Communiqué des NATO-Gipfels hält die Möglichkeit offen, daß künftig weitere Staaten dem Bündnis beitreten. Neben Slowenien und Rumänien werden explizit die baltischen Staaten erwähnt. Die NATO-Ukraine-Charta verweist explizit auf das Recht und die Freiheit der Ukraine, sich künftig militärischen Bündnissen anzuschließen. Dieses Recht soll auch in einer quadrolateralen Charta Erwähnung finden, die die USA im September mit den baltischen

Staaten abschließen wollen und deren Entwurf am 26. Juli den baltischen Partnern vorgelegt wurde. Diese enthält zudem eine Formel, in der die USA die Absicht der Balten, NATO- und EU-Mitglieder zu werden, explizit begrüßen.

Russische Befürchtungen über die Absichten der NATO werden damit bewußt virulent gehalten. Die Entscheidung, jetzt nur drei Staaten zur NATO-Mitgliedschaft einzuladen, verstärkt den Ruf und die politische Notwendigkeit, schon relativ bald eine zweite Erweiterungsrunde in Angriff zu nehmen. Dafür spricht auch die Wahl Ungarns, einer territorialen Exklave, die nur durch den Beitritt eines weiteren Staates an das NATO-Gebiet angekoppelt werden kann. Die NATO-Erweiterungsdebatte wird auf Jahre weiter das Klima zwischen NATO und Rußland bestimmen und – aus russischer Sicht – unter Spannung halten. Dies gilt umsomehr, als daß die NATO darauf verzichtet hat, ihrer Ostausdehnung erkennbare geographische Grenzen zu setzen. Offen bleibt die NATO auch für jene Staaten der GUS, die Rußland als „nahes Ausland“ betrachtet.

Das politisch-psychologische Klima für die in der Gründungsakte zwischen NATO und Rußland zumindest angedachten Kooperationsmöglichkeiten ist damit nicht nur negativ vorbelastet, sondern voraussehbar immer wieder neuen Belastungen ausgesetzt. Rußland steht vor der Wahl, die dort angelegten Kooperationsmöglichkeiten auszuschlagen, um gegen weitere Schritte der NATO-Ausdehnung zu protestieren oder aber diese hinzunehmen.

„Keep the French down“

Geradezu brüskiert wurde auch Frankreich durch die jüngsten Entscheidungen zur Transformation der NATO. Die Entscheidungen der Clinton-Administration haben nach Form und Inhalt der Politik des französischen Präsidenten Chirac gleich in mehreren entscheidenden Punkten Niederlagen zugefügt.

Als Chirac kurz vor Beginn des NATO-Einsatzes im ehemaligen Jugoslawien erste Schritte zu einer Rückkehr Frankreichs in die militärische Integration der Allianz ankündigte, verfolgte der französische Präsident vor allem folgende Ziele:

1. Frankreich sollte auch nach dem Ende der europäisch geführten UNPROFOR-Operation politisch wie militärisch in die Entscheidungen über das ehemalige Jugoslawien eingebunden bleiben.

2. Frankreich sollte die geplante Transformation der NATO von innen heraus besser mitgestalten können. Dazu gehörte vor allem das französische Ziel einer stärkeren und gleichberechtigteren Rolle der europäischen NATO-Staaten im Bündnis. Für diese wollte Paris – im Gespann mit Bonn – eine Führungsrolle im Bündnis übernehmen.

3. Europa sollte nach dem Willen Frankreichs „eigenständig handlungsfähig“ werden. Bei Desinteresse der USA sollten militärische Einsätze der europäischen NATO-Staaten unter Rückgriff auf die materiellen Ressourcen des Bündnisses, aber unter politischer Führung Europas ermöglicht werden. Frankreich versprach sich dabei den Anspruch auf eine führende Rolle.

4. Die verstärkte europäische Kooperation in der NATO sollte zugleich der Herausbildung einer europäischen Verteidigungspolitik und schließlich einer europäischen Verteidigung, unabhängig von den USA und im Rahmen der Weiterentwicklung der Europäischen Union, dienlich gemacht werden. Die Westeuropäische Union geht dabei in der EU auf.

Aus Sicht der USA steht das Ziel der Herausbildung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität dagegen unter dem Vorzeichen, daß es im Rahmen der NATO und damit unter Mitwirkung der USA erreicht werden soll. Eine Stärkung Europas mit dem Ziel einer von den USA unabhängigen Handlungsfähigkeit ist nicht im Sinne Washingtons.

Auf diese Sichtweise verwies zunächst die Haltung der USA in der Diskussion über die Combined Joint Task Forces (CJTF) im Rahmen der NATO. Solche sollten unter Rückgriff auf Ressourcen der NATO auch unter WEU-Oberbefehl einsetzbar sein. Zugleich aber sollte den USA bei allen wichtigen Fragen ein Mitentscheidungsrecht erhalten bleiben.

Mit ihrer Weigerung, Frankreich bei einer vollständigen Rückkehr in die militärische Struktur der Allianz den Oberbefehl über das NATO-Oberkommando Süd des Bündnisses zu überlassen, verwehrte Washington Paris in der Folge, was es Bonn über Jahrzehnte gewährte – den Oberbefehl über eines der Regionalkommanden der Allianz.

Schließlich entschied die Clinton-Administration ohne

Abstimmung mit Paris, die NATO-Erweiterung gegen den erklärten Willen Frankreichs auf die drei mittelost-europäischen Länder zu beschränken. Torpediert wurde damit Frankreichs Versuch, die Osterweiterung der NATO zugleich zu einer Südosterweiterung zu machen. Torpediert wurde die französische Intention, den Einfluß der Südflanke der NATO zu stärken. Torpediert wurde Frankreichs relativ weit gediehener diplomatischer Versuch, Europa im Vorfeld des Gipfels politisch auf eine gemeinsame Position zur Erweiterung des Bündnisses zu einigen. Persönlich düpiert fühlte sich der französische Präsident, als er anlässlich des Treffens der G-8-Staaten in Denver vergeblich versuchte, die Diskussion im Gespräch mit US-Präsident Clinton erneut zu öffnen. „Wir vergeuden hier unsere Zeit“, zitierte ihn nach dem Gespräch eine französische Zeitung. „Wir sind nicht mehr als die Staffage in Clinton's Marketing-Strategie. Die Amerikaner haben bereits entschieden, dies alles ohne uns zu machen.“

Die politischen Ziele, die Frankreich mit seiner partiellen Rückkehr in die militärische Struktur der NATO anstrebte, werden über die Einzelniederlagen gegen die USA hinaus beschädigt. Washingtons Entscheidungen haben Bonn und andere europäische Staaten an einer entschiedeneren Befürwortung der französischen Pläne zur Erlangung von mehr europäischer Eigenständigkeit gehindert. Der ohnehin schwierige Prozeß der Vertiefung der europäischen Integration auf sicherheitspolitischem und militärischem Gebiet wurde weiter ver-

langsamt. Das Ziel eines echten europäischen Gegengewichtes zu den USA rückte damit innerhalb wie außerhalb der NATO in größere Ferne. Paris hat erste Konsequenzen gezogen. Es hat seine weitere Rückkehr in die NATO-Strukturen zunächst gestoppt. Es hat angekündigt, sich nicht an der ungelösten Frage der Finanzierung der Osterweiterung zu beteiligen. Es wird weiter im Bündnis mitentscheiden, jedoch sein Engagement vorläufig nicht vertiefen.

„Keep America in the Lead“

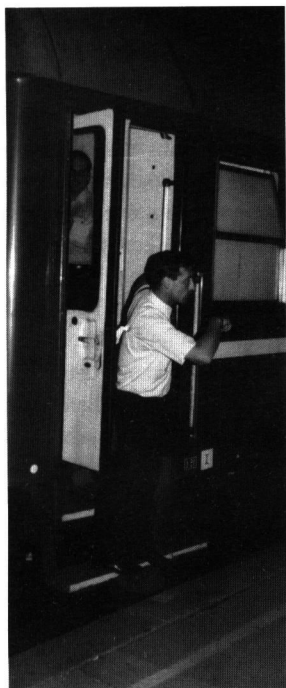
Die in Madrid beschlossene Erweiterung der NATO um lediglich drei Länder ist aus Sicht der USA dagegen gleich mit mehreren Vorteilen behaftet und sichert die Führungsrolle der USA im Hinblick auf die Sicherheitspolitik in Europa auf mittlere bis längere Frist ab.

1. Rußland mit der Möglichkeit eines oder mehrerer weiterer Ausdehnungsschritte der NATO „unter Risiko“ zu halten, impliziert gute Voraussetzungen dafür, eine Mindestspannung im NATO-Rußland-Verhältnis aufrechtzuerhalten. Die NATO und Rußland werden so kaum zu primär strategisch kooperierenden Partnern; sie bleiben zumindest partiell, wenn nicht vom Grundsatz her Konkurrenten. Dies vergrößert das Bedürfnis nach und legitimiert die Europapräsenz der USA, einschließlich des damit verbundenen politischen Führungsanspruches. Gesichert wird zudem die Rolle der NATO als zentrale Institution jeder kurz- oder mittelfristig möglichen Sicherheitsordnung in Europa.

2. Frankreich den Weg zurück in die Vollmitgliedschaft der NATO zu erschweren, führt ebenfalls zu Vorteilen aus Washingtoner Sicht: Die Spannungen zwischen jenen europäischen Staaten, die europäische Sicherheit unter Führung der USA und der NATO gestalten wollen und jenen, die auf eine Ausgestaltung der EU zu einem Europäischen Staat zielen, bleiben aufrechterhalten. Europas Weg zu einem global handlungsfähigen Akteur verzögert sich. Ausgehend von der Außen- und Sicherheitspolitik hat dies Auswirkungen auf andere Politikbereiche, z. B. die Weltwirtschaftspolitik oder die Rohstoffpolitik.

3. Die aus Sicht mancher europäischer Staaten – zum Beispiel Frankreichs – durchaus mögliche Politik, „punktuelle strategische Allianzen“ zwischen Europa und Rußland anzustreben, bleibt aus amerikanischer Sicht ungefährlich, da solche Optionen angesichts der Führungsrolle der USA in Europa und weiterhin uneinheitlicher europäischer Positionen „mangels Masse“ keinen entscheidenden Einfluß ausüben können. Die Führungsposition der USA bleibt unangefochten.

Selbst innenpolitisch nutzt der Clinton-Administration ihr unilaterales Vorgehen, auch wenn es Freund wie Feind im Ausland zeitweilig irritieren sollte. Die Clinton-Administration besetzt in der Außenpolitik erfolgreich alle rationalen Positionen bis rechts der Mitte der amerikanischen öffentlichen Meinung. Zurecht fragt der bekannte Kolumnist Thomas L. Freedman in der New York Times kürzlich unter der süffisanten Überschrift



„Bitte einsteigen, Vorsicht bei der Abfahrt des Zuges!“

„G.O.P.: M.I.A.“¹: Gibt es überhaupt noch eine republikanische Außenpolitik? Besser als der Demokrat Clinton könnte auch ein Republikaner die Interessen der USA und ihren weltpolitischen Führungs- und Gestaltungsanspruch als alleinig verbliebene Supermacht nicht durchsetzen.

In Sicherung der eigenen Führungsrolle könnten die USA deshalb künftig versucht sein, erneut das Rational für die NATO punktuell umzuformulieren: „Keep the Russians out, the Europeans splitted and the Americans in the lead“, könnte die neue Formel lauten.

Optionen für eine konstruktive Wendung

Im Frühsommer 1993 lancierte der deutsche Verteidigungsminister Volker Rühle erstmalig die Idee der NATO-Osterweiterung. Kurz darauf warnte US-Präsident Clinton noch: „Warum sollen wir jetzt eine neue Trennlinie durch Europa ziehen, halt nur ein wenig weiter östlich? Warum sollten wir jetzt etwas tun, das die bestmögliche Zukunft Europas verbauen könnte?“ Solche Fragen gehören heute der Vergangenheit an. Schnell hat sich in den USA die Auffassung durchgesetzt, daß die Osterweiterung der NATO nicht nur dazu beitragen kann, die Führungsrolle der USA in Europa abzusichern. Sie hilft auch, die Existenz der NATO selbst abzusichern.

Dies ist mit einem wesentlichen Risiko verbunden: Die NATO ist ein System Kollektiver Verteidigung. Als solches gewährt sie einer per ressourcenbedingter Notwendigkeit begrenzten Zahl von Staaten Schutz gegen die Bedrohung von Territorium oder Inter-

essen von außen. Als System Kollektiver Sicherheit braucht sie ein Gegenüber, außer ihrer selbst liegende Risiken, Bedrohungen bzw. „Feinde“. Als Militärbündnis – es war der Sozialdemokrat Tony Blair, der auf seiner Pressekonferenz in Madrid festhielt: „Die NATO ist kein politischer Club, sondern eine Militärallianz“ – wird sie Sicherheit vorrangig militärisch zu gewährleisten suchen.

Bedeutet diese Konstellation das vorläufige Aus für Konzeptionen gesamteuropäischer Sicherheit, für Konzeptionen kollektiver Sicherheit für Europa, für eine Stärkung der OSZE und für die Stärkung nichtmilitärischer Elemente von Sicherheitspolitik? Ist die Entwicklung irreversibel?

Mitnichten. Der Fahrplan für die Gestaltung europäischer Sicherheit „um den harten Kern NATO“ ist alles andere als widerspruchsfrei. Selbst das Reiseziel bleibt weiter umstritten. Die Interessen in der Allianz divergieren. Als Militärallianz ist die NATO für viele der anstehenden sicherheitspolitischen Herausforderungen vergleichsweise schlecht gerüstet. Sie wird sich schnell anpassen müssen oder zum unbeweglichen Koloss erstarren.

Die Option für kooperative und kollektive Sicherheit in Europa offen zu halten, erfordert ein zweigleisiges Vorgehen. Zum einen bedarf es weiter des Versuchs einer systematischen Stärkung der OSZE. Diese muß gerade wegen ihrer vielfach erfolgversprechenden Arbeit trotz nur minimaler Ressourcen aus der Verbannung zur Arbeit an ausschließlich „weichen“ sicherheitspolitischen Fragen wieder herausgeholt und zur substantiellen Mitarbeit an

den Kernfragen einer europäischen Sicherheitsstruktur für das nächste Jahrtausend befähigt werden. Zugleich gilt es, die NATO durch konkrete Vorschläge mit ihrer Verpflichtung zu kooperativer Politik und zur Stärkung kollektiver Sicherheitsstrukturen für ganz Europa immer wieder zu konfrontieren. Dazu könnten verschiedene Elemente beitragen:

1. Die NATO-Staaten können und sollten die Initiative ergreifen, um im Kontext der Wiener Verhandlungen über eine Anpassung des KSE-Vertrages zu einer substantiellen Reduzierung der gegenwärtig noch vorhandenen konventionellen Rüstungspotentiale zu kommen. Eine solche Initiative gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen dafür, daß Rußland seine Sicherheitsinteressen gewahrt sieht, und Befürchtungen zerstreut werden können, der Westen könne eine zum Angriff taugliche konventionelle Überlegenheit erlangen.

2. Von der Europäischen Union sollte im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik die Initiative zur Gründung eines EU-Rußland-Rates ausgehen. Neben sicherheitspolitischen, rüstungskontrollpolitischen, vertrauensbildenden sowie konfliktpräventiven Aufgaben, sollte dieser Rat insbesondere der technologischen und wirtschaftlichen Kooperation dienen und dazu beitragen, substantielle Elemente einer dauerhaften nicht-militärischen Kooperation zu gestalten, die direkt einer primär militärisch ausgerichteten Sicherheitspolitik entgegenwirken.

3. Die USA sollten ihre Bereitschaft erklären, die nukleare Rüstungskontrolle dadurch voranzubringen, daß ein – auch von Rußland als

1 G.O.P. = Grand Old Party, = Republikanische Partei; M.I.A. = Missed in Action = militärischer Terminus technicus für im Einsatz verschollene Soldaten.

fair wahrgenommener – START-III-Vertrag ausgehandelt wird – unabhängig von einer vorherigen russischen Ratifikation von START II. Ein solcher Vertrag sollte gemeinsame Obergrenzen für die Zahl aktiver und inaktiver Nuklearsprengköpfe enthalten; er sollte strategische und substrategische Nuklearwaffen unter einem gemeinsamen Dach begrenzen. Und er sollte die Eliminierung der substrategischen Nuklearwaffen beider Nuklearmächte in Europa festschreiben.

Im Interesse Rußlands wäre ein solcher Vertrag, da Rußland sich die teure Modernisierung seiner strategischen Nuklearwaffen ersparen könnte. Im Interesse der USA könnte ein solches Vorgehen liegen, da Rußland sich vertraglich binden würde, seine weit höhere Zahl taktischer Nuklearwaffen abzurüsten. Die europäischen NATO-Staaten können zum Gelingen eines solchen Vorhabens wesentlich beitragen, indem sie nicht länger auf der Stationierung US-amerikanischer Nuklearwaffen auf europäischem Territorium beharren.

4. Die von der NATO angekündigte Revision des „Neuen Strategischen Konzeptes der Allianz“ aus dem Jahre 1991 sollte genutzt werden, wesentliche Selbstverpflichtungen der Allianz zu einer Politik der kooperativen und kollektiven Sicherheit festzuschreiben. Elementen nicht-militärischer Sicherheit sollte hier ein erheblich größeres Gewicht verliehen werden.

5. Alle westlichen Staaten gemeinsam sollten zudem überprüfen, ob sachliche Notwendigkeit oder eher eine „Politik der Symboliken“ dazu zwingt, den ersten Schritt der Erweiterung der NATO „um jeden Preis“ bis zum 50.

Geburtstag des Bündnisses zu vollziehen. Liegt die Kernfrage europäischer Sicherheit in einer konstruktiven Gestaltung des Verhältnisses zwischen den NATO-Mitgliedern und Rußland und nicht in einer Erweiterung der NATO, so kommt der konstruktiven Ausgestaltung des NATO-Rußland-Rates und der OSZE zumindest vorläufig Priorität gegenüber einer Erweiterung der NATO zu.

6. Und schließlich kann auch Rußland weit mehr zu einer kooperationsorientierten Entwicklung beitragen als bislang in Rußland in der Diskussion. Die Entscheidungsträger in Rußland wissen, daß Rußland nicht wirklich über die erforderlichen Ressourcen verfügt, um eine neuerliche kalte, lauwarne oder gar heiße politisch-militärische Konfrontationspolitik gegenüber der NATO zu praktizieren. Weder eine vollständige Modernisierung der konventionellen noch der nuklearen Streitkräfte ist finanzierbar. Ja selbst die Aufrechterhaltung der Rußland unter den heute gültigen Rüstungskontrollverträgen zugestandenen Rüstungspotentiale steht unter finanziellen Gesichtspunkten nicht als realistisch zur Debatte. Zudem liegen die russischen Sicherheitsprobleme der nahen und mittleren Zukunft vorrangig an den südlichen Grenzen des Landes und bei der für Rußland entscheidenden Möglichkeit der Mitbestimmung in Fragen der Rohstoffpolitiken der südlichen Mitglieder der GUS. Rußland muß deshalb daran interessiert sein, mit den großen Machtblöcken an seinen Grenzen, China im Osten und der NATO im Westen, in zumindest lesidlich kooperativer Atmosphäre zu koexistieren.



Regionalzug, hält nicht in allen Bahnhöfen.

Gegenüber der NATO und deren Mitgliedsstaaten bietet sich deshalb für die russische Seite eine Politik des „constructive engagements“² an. Sie verspricht, der effektivste, ressourcenschonendste und politisch produktivste Weg zu sein, mit den russischen Sicherheitsbedenken in Europa umzugehen. Hier kommt den russischen Initiativen zu einer konstruktiven Implementierung der NATO-Rußland-Akte und des NATO-Rußland-Rates eine immense Bedeutung zu. Investiert Rußland erhebliche personelle und finanzielle Ressourcen in einen substantiellen und kooperationsorientierten Dialog mit der NATO, so kommt dies billiger und ist effektiver als der Versuch, Optionen militärischer Konfrontation und Kooperation gleichzeitig aufrechtzuerhalten. Zudem entgeht Rußland durch ein solches Vorgehen der Gefahr, in die Rolle des notorischen „Nein-Sagers“ oder gar jener Nation gedrängt zu werden, die „neue Trennlinien durch Europa“ zieht. Vielmehr kann Rußland so erreichen, daß die NATO-Staaten ihrerseits die russischen Initiativen konstruktiv aufnehmen oder aber zugeben müssten, daß sie „soviel Kooperation“ mit der Russischen Föderation denn nun auch wieder nicht wollten.

2 Der in den USA häufig verwendete Begriff des *constructive engagement* meint mehr als der deutsche Begriff des „konstruktiven Dialogs“. Er zielt auf eine kontinuierliche Verwicklung, Einbeziehung in und Beeinflussung durch Konsultation und Kooperation.

Europäisches Netzwerk gegen Atomwaffen gegründet

Nichtregierungsorganisationen fordern ein atomwaffenfreies Europa

Vertreter von Nichtregierungsorganisationen aus 15 europäischen Ländern haben am 15. Juni 1997 im österreichischen Schlaining ein europäisches Netzwerk zur Abschaffung der Atomwaffen gegründet. Zum Abschluß einer internationalen Konferenz stellten die Veranstalter das „Schlaininger Manifest“ vor, das sich kritisch mit der NATO-Osterweiterung auseinandersetzt und ein politisches Programm zur atomaren Abrüstung enthält.

VON TOBIAS DAMJANOV

Zum ersten Mal seit Auflösung des Warschauer Vertrages haben sich Atomwaffengeegner aus West- und Osteuropa auf eine gemeinsame europäische Handlungsstrategie geeinigt, die, so der Untertitel des Schlaininger Manifestes, auf „Schritte für eine nicht-nukleare europäische Sicherheit“ abzielt. Einer der Anknüpfungspunkte hierfür ist die Lissabonner Erklärung der OSZE von 1996, in der unter anderem die Bedeutung unterstrichen wird, atomwaffenfreie Zonen in der OSZE-Region auf dem Wege zu völliger nuklearer Abrüstung zu schaffen. Zur Präzisierung wird im „Schlaininger Manifest“ gefordert, daß die USA ihre Atomwaffen aus Europa umgehend abziehen sollen, die Alarmbereitschaft für Atomwaffen aufzuheben ist, und alle Staaten in Europa, in denen sich jetzt schon keine Atomwaffen befinden, zur atomwaffenfreien Zone erklärt werden. Zur bevorstehenden NATO-Erweiterung wird in dem Dokument analysiert, daß damit die Sicherheitslage eher verschlechtert würde, weil unterschiedliche Bedrohungsängste verstärkt werden könnten und nicht auszuschließen sei, daß „Europa von neuen Trennungslinien“ durchzogen würde. Angesichts der Bemühungen der USA und einiger eu-

ropäischer Länder, an potentielle NATO-Mitgliedsstaaten Kampfflugzeuge zu verkaufen, zeige sich die wahre Motivation der NATO.

Mit dem neuen Netzwerk, das sich als Teil der über 750 Organisationen umfassenden internationalen Koalition „Abolition 2000“ versteht, soll mit europaweit abgestimmten Kampagnen für Verhandlungen über eine Nuklearwaffenkonvention geworben werden. Der Konferenz lag ein Modellentwurf einer solchen Konvention vor, der von einer internationalen Expertengruppe erarbeitet und bereits beim letzten Vorbereitungstreffen für die nächste Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages vorgestellt worden war. Ähnlich den Konventionen zur Ächtung biologischer und chemischer Waffen zielt die Vertragskonzeption darauf ab, in einem schrittweisen Prozeß Atomwaffen abzubauen, Forschung und Produktion einzustellen und existierende Sprengköpfe unschädlich zu machen, um schließlich ein unumkehrbares Verbot dieser Waffengattung durchzusetzen. In Ergänzung wird dazu ein Verhandlungspaket vorgeschlagen, mit dem die Verwendung und Herstellung atomwaffenfähigen Materials verboten und Trägersysteme abgeschafft werden sollen. Die Teilnehmer wa-

ren sich gleichzeitig darin einig, daß atomare Abrüstung nur Sinn macht, wenn parallel auch konventionelle Waffenpotentiale drastisch gekürzt und auf ein für reine Selbstverteidigung bestimmtes absolutes Minimum beschränkt werden. Auf diese Weise hofft man, zu einem Modell gemeinsamer Sicherheit in Europa für das 21. Jahrhundert, wie es der letztjährige OSZE-Gipfel vorschlug, beitragen zu können. Der gegründete Verbund europäischer Atomwaffengeegner hat sich zum Ziel gesetzt, mit Lobbyarbeit gegenüber den Europaabgeordneten und den Vertretern nationaler Parlamente für die Schaffung atomwaffenfreier Zonen und Korridore in Mittel- und Osteuropa einzutreten. Wie in jüngster Zeit schon in den USA und Australien will man sich gleichzeitig an Städte und Gemeinden wenden, damit diese offizielle Unterstützungserklärungen für atomwaffenfreie Zonen und eine Nuklearwaffenkonvention beschließen. Davon versprechen sich die europäischen Kampagnenträger eine neue Bewegung von unten, mit der ein günstiges politisches Klima geschaffen werden soll. Als positiv wurde in diesem Zusammenhang der Ausgang der Wahlen in Frankreich und Großbritannien, den einzigen

westeuropäischen Nuklearmächten, gewertet: Mit den Regierungswechseln, so betonten Vertreter von Friedensorganisationen dieser Länder, habe sich die Ausgangslage wesentlich verbessert. Russische und ungarische Teilnehmer unterstrichen, daß die Bildung atomwaffenfreier Zonen in ihrer Region politisch sinnvoller erscheine als Annäherungen an oder eine Mitgliedschaft in der NATO.

Eine erste Bewährungsprobe für die europäischen Nichtregierungsorganisationen wird die zweite Vorbereitungskonferenz zur Überprüfung des Atomwaffen-sperrvertrages sein, die im April nächsten Jahres in Genf stattfindet: Zu diesem Anlaß will man nicht nur eine gemeinsame Aktionswoche durchführen, sondern auch in Konsultationen mit den offiziellen Regierungsvertretern treten, um so, wie es hieß, dem eigenen Forderungskatalog nach einem atomwaffenfreien Europa den größtmöglichen Nachdruck zu verleihen.

Ansprechpartner des Netzwerkes

In Österreich:

Klaus Reinolnder
c/o OMEGA
Philippovichgasse 16
1190 Wien
Tel./Fax: 01-347 556

International:

Xanthe Hall
c/o IPPNW-Deutsche
Sektion
Körtestr. 10
D-10967 Berlin
Tel.: +49-30-693-0244
Fax: +49-30-693 8166
Email: ippnw@oln.com-
link.de

Die nukleare Zukunft der NATO

Die NATO hält nach wie vor an ihrer Fähigkeit zur nuklearen Kriegsführung fest und besteht darauf, Atomwaffen zu behalten. In sieben europäischen NATO-Staaten sind immer noch ca. 200 US-amerikanische Atomwaffen stationiert. Frankreich und Großbritannien bestehen darauf, ihre nationalen Atomwaffenpotentiale zu behalten. Die NATO lehnt es ab, die Ersteininsatzdoktrin aufzugeben. Damit setzt sich die NATO klar in Widerspruch zu dem Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) vom 8. Juli 1996, das erklärt, die Androhung des Einsatzes und der Einsatz von Atomwaffen verstößen generell gegen das Völkerrecht.

Hervorgehoben werden muß, daß der IGH die Androhung und den Einsatz von Atomwaffen für grundsätzlich rechtswidrig erklärt hat. Der IGH hat den Atomwaffenstaaten auch für Ausnahmesituationen kein „Recht“ zur Androhung oder zum Einsatz von Atomwaffen zugebilligt; er hat allerdings erklärt, er könne zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht definitiv entscheiden, ob die Bedrohung durch oder die Anwendung von Atomwaffen „in einer extremen Notwehrsituation, in der das reine Überleben eines Staates auf dem Spiel stehen würde“, rechtmäßig oder rechtswidrig sein würde. Die gegenwärtige Nuklearstrategie der NATO wird von dieser zweifelhaften und in ihren Konturen unscharfen

Formel keineswegs gedeckt. Dies ergibt sich schon daraus, daß die NATO in ihrer Doktrin den angedrohten Einsatz von Atomwaffen eben nicht auf den Fall begrenzt, daß in einer extremen Notwehrsituation das reine Überleben eines ihrer Mitgliedstaaten auf dem Spiel steht.

Die Nuklearstreitkräfte der NATO haben eine viel umfassendere politische Zielrichtung: „Nukleare Streitkräfte werden weiterhin eine wesentliche Rolle spielen. (...) Ein glaubwürdiges nukleares Streitkräftedispositiv des Bündnisses und Demonstration von Bündnissolidarität und gemeinsames Bekenntnis zur Kriegsverhinderung erfordern auch in Zukunft breite Teilhabe in die kollektive Verteidigungsplanung involvierter europäischer Bündnispartner an nuklearen Aufgaben, der Stationierung von Nuklearstreitkräften auf ihrem Hoheitsgebiet im Frieden und an Führungs-, Überwachungs- und Konsultationsvorkehrungen.“ (NATO: Das strategische Konzept des Bündnisses, Rom, 1991) Die Nuklearstrategie der NATO wurde seit dem Rechtsgutachten des IGH nicht geändert.

Durch die NATO-Osterweiterung wird die Anzahl der Länder, die sich zu einer solchen Politik verpflichten, steigen. Beim nächsten NATO-Gipfel am 8. und 9. Juli in Madrid werden voraussichtlich Ungarn, Polen, die Tschechische Republik und eventuell weitere Staaten dazu eingeladen, 1999 der

Ausschnitt aus dem „Manifest von Schlaining“ zu „NATO-Osterweiterung und Atomwaffen in Europa – Schritte zur europäischen Sicherheit ohne Atomwaffen“ vom 15. Juni 1997. Die Erklärung wurde unterzeichnet von: Internationale Juristen gegen Atomwaffen, Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs, Internationale Naturwissenschaftler und Ingenieure für globale Verantwortung, Friedenszentrum Schlaining, Internationales Friedensbüro, Mouvement de la Paix sowie der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit.

NATO beizutreten. Unabhängig davon, ob die NATO tatsächlich Atomwaffen auf den Gebieten der neuen Mitgliedstaaten stationiert, wächst damit die Zahl der Länder, die sich auf Atomwaffen und die atomare Abschreckung stützen. Und das NATO-System der „nuklearen Teilhabe“ wird dadurch ausgeweitet.

In der Grundakte zwischen der NATO und Rußland erklärt die NATO: „Die Mitgliedstaaten der NATO wiederholen, daß sie nicht die Absicht, keine Pläne und auch keinen Anlaß haben, nukleare Waffen im Hoheitsgebiet neuer Mitglieder zu stationieren, noch die Notwendigkeit sehen, das Nukleardispositiv oder die Nuklearpolitik der NATO in irgendeinem Punkt zu verändern – und dazu auch

in Zukunft keinerlei Notwendigkeit sehen.“ Die NATO erklärt darüber hinaus, daß sie nicht beabsichtige, auf dem Gebiet der neuen Mitgliedstaaten eine nukleare Infrastruktur aufzubauen oder zu nutzen. (Grundakte über gegenseitige Beziehungen. Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der NATO und der Russischen Föderation vom 27. Mai 1997)

Allerdings enthält die Grundakte keinerlei völkerrechtlich bindende Garantie, daß die NATO in diesen Ländern keine Atomwaffen stationieren wird. Im Gegenteil behält sich die NATO einseitig das Recht vor, die von ihr erklärte Politik der Nicht-Stationierung von Atomwaffen in den neuen Mitgliedstaaten zu ändern. Diese sollen vollwertige und gleichberechtigte Mitglieder werden, d. h. sie sind auch berechtigt, sich in vollem Umfang an der nuklearen Teilhabe der NATO sowie an

diesbezüglichen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Der vollwertige Mitgliedstatus beinhaltet das Recht, die Stationierung US-amerikanischer Atomwaffen einzufordern, sowie die Pflicht, der Stationierung US-amerikanischer Atomwaffen zumindest während eines Krieges zuzustimmen (Dänemark, Norwegen).

Die „nukleare Teilhabe“ der Nicht-Atomwaffenstaaten in der NATO schließt auch die Möglichkeit ein, daß die Verfügungsgewalt über Atomwaffen im Kriegsfall auf die Streitkräfte von Nicht-Atomwaffenstaaten übergeht. Die Lagerung von Atomwaffen auf dem Gebiet eines neuen Mitgliedstaates sowie die Schulung im Umgang mit Atomwaffen in Friedenszeiten sind möglich, und von dieser Möglichkeit wird in bezug auf die bisherigen Nicht-Atomwaffenstaaten in der NATO auch bereits Gebrauch gemacht.



**Nr. 2 mit Schwerpunkt
Frieden und Sicherheit
ab 24. September in Umlauf.**

Ich interessiere mich für die neue Grüne Zeitung.
Bitte schickt mir die nächste **planet**-Ausgabe kostenlos und unverbindlich.

NAME

ADRESSE

PLZ ORT

Ausfüllen, in ein Kuvert stecken und schicken an:
Grüne Bildungswerkstatt, Lindengasse 40, 1070 Wien.

AKTIONSKATALOG

Nach der symbolischen Erklärung zahlreicher Städte und Gemeinden zur atomwaffenfreien Zone in den 80er Jahren will das Europäische Netzwerk zur Abschaffung der Atomwaffen in den nächsten Jahren in einer Kampagne nun offiziell die Trennung der Atomsprengköpfe von ihren Trägersystemen und die sofortige Aufnahme von Verhandlungen der Regierungen der Nuklearmächte über eine Atomwaffenkonvention zum Verbot aller Atomwaffen ab dem Jahr 2000 fordern.

Parallel dazu will man im Rahmen parlamentarischer Lobbyarbeit Regierungen direkt auffordern, über die Errichtung atomwaffenfreier Zonen in Europa zu verhandeln. Die Europäische Union sollte in einem eigenen Artikel des Unionsvertrages auf die Produktion, den Besitz und jegliche Form der Verfügung über Atomwaffen verzichten. Die militärische wie zivile Produktion, Verarbeitung und Verwendung waffenfähiger Spaltmaterialien, einschließlich Tritium, sollen einseitig oder durch einen internationalen Vertrag beendet werden. Die Rolle der OSZE soll insbesondere im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU sowohl in politischer wie finanzieller Hinsicht gestärkt werden.

Opfer der NS-Militärjustiz rehabilitiert

Das Kriegerdenkmal in St. Martin am Tschelsberg oberhalb des Wörthersees verzeichnet den 1920 geborenen Anton Uran als „vermißt“. Doch der Holzarbeiter und Zimmermann wurde 23jährig Anfang 1943 in Berlin-Brandenburg durch das Fallbeil hingerichtet. Dort, hinter einer Gedenktafel an der Hinrichtungsstätte, wurde mittlerweile auch die Urne mit seinen Überresten ausfindig gemacht. Diese soll nun überführt und Uran in seinem Heimatort begraben werden.

Mit 19 trat Uran aus der katholischen Kirche aus und konvertierte zu den Zeugen Jehovas. Der kurz darauf erfolgten Einberufung zur Deutschen Wehrmacht widersetzte er sich mit der Begründung, sein Glaube ermögliche ihm nicht, Wehrdienst zu leisten. Im Februar 1940 wurde er verhaftet, seiner Einheit überstellt und in ein Arbeitslager nahe der holländischen Grenze verschleppt. Uran aber blieb bei seiner Weigerung, in der Wehrmacht zu kämpfen. Am 22. Jänner 1943 verurteilte ihn das oberste Wehrmachtsgericht, das Reichskriegsgericht in Berlin, wegen „Zersetzung der Wehrkraft“ nach § 5 der Kriegssonderstrafrechtsverordnung zum Tode sowie zum „Verlust der Wehrwürdigkeit und der bürgerlichen Ehrenrechte“.

Auf Antrag von Antons Bruder Erasmus erklärte das Wiener Landesgericht unter

Richter Peter Loibl am 3. Juni dieses Jahres das Urteil nach einem sehr kurzem Verfahren gemäß § 4 des Aufhebungs- und Einstellungsgesetzes als „nicht erfolgt“. Dieses Gesetz war im Juli 1945 auf Druck der Alliierten von der provisorischen Staatsregierung erlassen worden. Ähnliche Gesetze verordneten die Alliierten auch in den deutschen Besatzungszonen, wie beispielsweise in Berlin das Gesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts auf dem Gebiet des Strafrechts, auf das sich die Aufhebung des Urteils gegen Jägerstätter gründet. Die Zuständigkeit des Wiener Gerichts im Falle Urans war zuvor vom Justizministerium geklärt worden und gründete sich darauf, daß „aufgrund der Hinrichtung weder ein Wohnsitz noch ein Aufenthalt des Verurteilten besteht“. Man habe sich, so der Landesvorsitzende des ÖGB Kärnten Vinzenz Jobst, der sich drei Jahre lang um die Rehabilitation Urans bemüht hat, ganz bewußt an ein österreichisches Gericht gewandt, denn: „Die Republik soll sich aus so einer Geschichte nicht herauschleichen.“

Die Aufhebung erfolgte ohne Vorliegen des schriftlichen Urteils. Das Urteil gegen den ein halbes Jahr nach Uran hingerichteten Jägerstätter war vor einigen Jahren vom Historiker Norbert Haase im Archiv des Militärhistorischen Instituts Prag, wo die Akten des Reichskriegsgericht lagern, gefun-

den worden. Die Urteile der Monate Jänner bis März 1943 sind aber nach wie vor verschollen.

Als Reaktion auf die Urteilsaufhebung kündigte der Pressesprecher des Landesgerichts Wien, Friedrich Forsthuber, an, die Aufhebung weiterer Urteile von Amts wegen zu prüfen. Das Aufhebungs- und Einstellungsgesetz sieht diese Möglichkeit explizit vor, die Justiz hat von ihr aber noch nie Gebrauch gemacht. Nationalratspräsident Fischer hält es „für durchaus denk-möglich“, auf diese „mutige und richtungsweisende“ Entscheidung eine pauschale Aufhebung aller NS-Unrechtsurteile folgen zu lassen: „Eine politische Diskussion darüber würde ich befürworten.“

Richtungsweisende Entscheidung

Warum reicht nun, wie eingangs behauptet, die Urteilsaufhebung im Falle Urans weiter als im Falle Jägerstätter?

1. Beide waren religiöse Wehrdienstverweigerer. In ihrer persönlichen Motivation zur Verweigerung unterschieden sie sich nur wenig. „Denn ewiges Leben in Gottes Königreich ist wertvoller als ein Leben in der gegenwärtigen sündigen Welt“, schrieb Uran kurz vor seiner Hinrichtung in seinem letzten Brief. Und auch Jägerstätter sah sich, wie Detlef

Nach der lang erwarteten Aufhebung des Urteils gegen Franz Jägerstätter durch das Landegericht Berlin erklärte am 3. Juni auch das Wiener Landesgericht das Todesurteil gegen einen Wehrdienstverweigerer der Deutschen Wehrmacht, den Kärntner Arbeiter Anton Uran, als „nicht erfolgt“. Für die späte Anerkennung derer, die sich dem Vernichtungskrieg der Wehrmacht durch Verweigerung oder Desertion entzogen, ist die erstaunlich souveräne Wiener Entscheidung von weitreichenderer Bedeutung als die Berliner.

VON MARKUS KEMMERLING



Anton Uran, 19jährig, kurz vor seiner Einberufung zur Deutschen Wehrmacht

Garbe festhält¹, „ähnlich wie die Zeugen Jehovas in die Situation des biblischen Endkampfes hineingestellt“. Trotzdem macht es in der öffentlichen Auseinandersetzung einen Unterschied, ob ein Angehöriger einer staatlich anerkannten Religionsgemeinschaft oder ein „Sektenmitglied“ rehabilitiert wird.

Jägerstätter war zuallererst „guter“ Katholik, als solcher „durfte“ er auch den Wehrdienst verweigern, ein Verhalten, daß umgekehrt wieder zum Beleg seiner moralischen Integrität wurde. Das Vorbild Jägerstätter – die „Ikone“, wie es in manchen Texten heißt – eignet sich daher auch als Tableau zur Schuldentlastung einer zum überwiegenden Teil mit dem Nationalsozialismus kollaborierenden Kirche.² Seine Seligsprechung scheint nur mehr eine Frage der Zeit. Bei

den Zeugen Jehovas hingegen wird, wie die jüngste Debatte um ihre staatliche Anerkennung wieder vor Augen geführt hat, Wehrdienstverweigerung als Beleg ihrer generellen Ablehnung des Staates gewertet. Dabei wird natürlich wieder einiges durcheinander gebracht, was hier jedoch nicht weiter erörtert werden soll.

Die Aufhebung von und die Diskussion über NS-Unrechtsurteile darf sich aber, will sie den Motiven der Verurteilten und Hingerichteten gerecht werden, nicht an Sekundärmotiven orientieren.

2. Während Jägerstätter als einer der ganz wenigen katholischen Verweigerer sich mit seinem Handeln in Widerspruch zur Amtskirche setzte, handelte Uran konform dem absoluten Gebot der Gewaltlosigkeit seiner Glaubensgemeinschaft. Neben der kleinen Gruppe der Sieben-Tage-Adventisten waren die Zeugen Jehovas die einzige Gruppe, die im Dritten Reich in ihrer Gesamtheit Kriegsdienstverweigerung propagierte und in ihrer großen Mehrheit auch praktizierte – wobei Kriegsdienstverweigerung hier die öffentlich erklärte Nichtbefolgung der Einberufung bei gleichzeitigem Verzicht meint, sich durch Flucht, Täuschung, Selbstverstümmelung oder ähnliches der Strafverfolgung zu entziehen.³ Etwa 250 deutsche und österreichische „Bibelforscher“ wurden nach kriegsgerichtlichen Urteilen hingerichtet.⁴ Kriegsdienstverweigerung in diesem engen Sinne verstanden war, im Gegensatz zu Desertion und anderen Formen der Gehorsamsverweigerung, während des Zweiten Weltkriegs ein marginales Phänomen, prak-

tisch vollständig auf religiös Motivierte beschränkt und unter diesen wiederum zum überwiegenden Teil auf Zeugen Jehovas⁵. Die Verweigerer stellten zu keinem Zeitpunkt eine Gefahr für die nationalsozialistische Herrschaft dar. Dennoch wurden sie von der NS-Justiz so unerbittlich verfolgt wie keine zweite Gruppe: Nur jeder Dritte entkam einem Todesurteil, respektive dessen Vollstreckung. So wurde, schreibt Manfred Messerschmidt, zum Politikum, was keines war. Die Aufhebung des Urteils gegen Uran bedeutet daher nicht nur die Anerkennung einer einzelnen *exzeptionellen* Verweigerungshandlung, sondern, stellvertretend für die anderen verfolgten und hingerichteten Zeugen Jehovas, die Anerkennung der einzigen *organisierten* Form der Kriegsdienstverweigerung im Zweiten Weltkrieg.

3. Urans Entscheidung zur Verweigerung gründete sich offenbar weniger als bei Jägerstätter auf eine Auseinandersetzung mit dem verbrecherischen Charakter des nationalsozialistischen Krieges als auf die grundsätzliche Ablehnung von Waffengewalt gegen Menschen (wobei sich wohl bei beiden keine strikte Trennung ziehen läßt). Es erscheint unsicher, daß das Berliner Landgericht auch das Urteil gegen Uran aufgehoben hätte. In seiner Entscheidung verweist es ausdrücklich auf die Bereitschaft Jägerstätters, als Sanitätssoldat zu dienen, und mißt diese am derzeit gültigen Grundrecht, „aus Gewissensgründen keinen Wehrdienst mit der Waffe zu leisten“. Es kommt zu dem Schluß: „Eine Wehrdienstverweigerung lag bereits tatbestandlich nicht vor.“⁶

1 Detlef Garbe: „Du sollst nicht töten“. Kriegsdienstverweigerer 1939–1945. In: Norbert Haase und Gerhart Paul (Hg.): *Die anderen Soldaten. Wehrkraftzersetzung, Gehorsamsverweigerung und Fahnenflucht im Zweiten Weltkrieg*, Frankfurt a. M. 1995.

2 Natürlich dürfen die zahlreichen Vorwürfe nicht



Das Wiener Landesgericht argumentiert wesentlich pauschaler. Es hält lediglich fest, daß keine „sonstigen strafrechtlichen Tatbestände“ vorlagen. Zudem sah es davon ab, das nicht mehr auffindbare schriftliche Urteil zu einer Bedingung für dessen Aufhebung zu machen. Das Wiener Erkenntnis läßt damit eine weitaus klarere Einsicht in die Tatsache erkennen, daß es sich bei der NS-Militärjustiz als solche um eine Unrechtsjustiz gehandelt hat, die – abgesehen von den von ihr verfolgten Taten – nicht einmal den minimalen Erfordernissen eines Rechtsstaates genüge (fehlende Verteidigungsrechte, kein Instanzenzug, mangelnde Gewaltentrennung). Schon deswegen können die von ihr verhängten Urteile kein Recht sein.

Gerade aufgrund des letzten Punktes scheint es aussichtsreich, auch in weiteren Fällen von Wehrdienstsverwei-

gerern, Deserteuren und anderen von der NS-Militärjustiz verhängten Unrechtsurteilen eine Rehabilitation zu erreichen – sei es durch Einzelanträge, durch eine Prüfung von Amts wegen oder durch eine pauschale Erklärung durch das Parlament. Es wird Zeit, daß sich auch die österreichische Öffentlichkeit dieser „größten und blutigsten juristischen Verfolgung der ganzen deutschen Geschichte“ (Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann) stellt. Mit der Aufhebung des Urteils gegen Anton Uran hat die Justiz einen erfreulichen Anfang gemacht.

Dank an Vinzenz Jobst für das Zurverfügungstellen von Unterlagen. Im Archiv der Kärntner Arbeiterbewegung erscheint diese Tage eine von Jobst herausgegebene Broschüre „Anton Uran: verfolgt – vergessen – hingerichtet“.

Klimmbacher-Hof, Plankhofen (heute Feldkirchen).
Uran: dritter von rechts.

außer acht gelassen werden, die gegen Jägerstätter noch immer vorgebracht werden, wie beispielsweise, er habe seine Familie im Stich gelassen (ein Vorwurf, der im übrigen eine Mitschuld Jägerstätters an seiner Hinrichtung impliziert). Generell sei darauf hingewiesen, daß das in der Öffentlichkeit – auch von der Friedensbewegung – vermittelte Deserteursbild „mit dem Bild, das uns die Quellen vermitteln, wenig gemein hat“. (Dieter Knippschild, „Für mich ist der Krieg aus“, in: Haase und Paul, Die anderen Soldaten (FN1), S. 124)

3 vgl. Garbe, FN1.

4 Wobei Tausende Zeugen dem sicheren Todesurteil durch die Wehrmachtsju-

stiz nur dadurch „entkommen“, daß sie bereits vor Kriegsbeginn in Konzentrationslager verschleppt worden waren.

5 Angehörige der mitgliederstarken deutschen Friedensbewegung der 20er Jahre versuchten vielfach, sich durch Emigration, Unabkömmlichstellen, freiwillige Meldung zur Sanität etc. sowohl der Teilnahme an Kampfhandlungen als auch der strafrechtlichen Verfolgung zu entziehen.

6 Eine Formulierung, die bereits in sich merkwürdig anmutet: Einen Tatbestand „Wehrdienstverweigerung“ gab es im Dritten Reich ebensowenig wie im heutigen deutschen oder österreichischen Recht.

WARUM LESEN?

ein bericht von der Mainzer MiniPressenMesse 1997

VON ILSE KILIC

Wieso bücher?, fragt Klaus Wagenbach sich u. andere anlässlich des dreißigjährigen jubiläums des Wagenbach verlag. verschiedene schreibende versuchen darauf eine antwort zu geben (erschienen 1994 bei Wagenbach).

wieso bücher, fragen wir uns, halb scherzhaft u. ironisch, aber durchaus an so etwas wie „antworten“ interessiert im zehnten jahr der „Das fröhliche Wohnzimmer-Edition“ 1997, insbesondere im augenblick, als wir, beladen mit rucksäcken u. mit zwei handtaschen auf rädern, das erste zelt der MMPM (Mainzer MiniPressenMesse) betreten.

zwei zelte voller bücher – das ist die MMPM, zu der sich alle zwei jahre kleinverlage, handpressen, fanZines, politische zeitung u. initiativen mit ihren publikationen zusammenfinden. das lesen, wenngleich immer wieder für unzeitgemäß erklärt, kommt anscheinend nicht, oder nicht ganz aus der „mode“. als wir ankommen, sind die meisten tische noch leer u. während wir schon vor unserm vollgeräumten verkaufstisch sitzen, beobachten wir die anderen kleinverlegerInnen beim auspacken, beim hereinschleppen von schachteln, kartons u. reisetaschen, beim schlichten u. stapeln, beim drapieren des – meist bescheidenen – werbematerials. papier papier, wohin das auge reicht ...

WIESO BÜCHER?

wir gehen herum, schauen uns die anderen stände an. viele bieten außer büchern auch anderes bedrucktes material an. der KrashVerlag hat z. b. einen stadtplan von Mainz herausgebracht, in dem die straßennamen dem MMPM-geschehen entsprechend geändert sind: URBAN ROUTES – die stadt als buch. hier finden wir nicht nur das „Fröhliche Wohnzimmer“-gäßchen sondern auch etwa die „Große Staufreunde Straße“, benannt nach einer aktion von Claudia Pütz, die jeden verkehrsstau als (unangemeldete) demo verstanden sehen wollte – und damit sarkastisch auf die große „toleranz“ der verkehrsteilnehmerInnen gegenüber von autos verursachten behinderungen hinwies.

mein zahnarzt (sehr zu empfehlen) fragte mich neulich während der zahnbehandlung,

ob ich glaube, daß es möglich sei, die bücher, die während eines jahres auf deutsch erscheinen, als einzelner mensch tatsächlich zu lesen, wenn man die möglichkeit hätte, das lesen zum hauptberuf zu machen. ich (mit geöffnetem mund, den absauger im mundwinkel) sah mich außerstande zu einer antwort, die mir, im nachhinein jedoch, nicht schwer fällt: sie heißt nein. sie heißt auf jeden fall nein, insbesondere jedoch dann, wenn wir lesen nicht nur als mechanische tätigkeit verstehen und uns im schnellen hinter-sich bringen des lesevorganges üben, wie es neulich in einer studentInnenzeitung den studierenden empfohlen wurde, die – auf der suche nach verwendbaren zitat – den inhalt eines textes nicht unbedingt zur gänze verstehen, sondern nur das auffinden bestimmter stichworte trainieren sollten. statt „der hund ist rund“ würde es außerdem genügen, wenn nur „hund...rund“ wahrgenommen wird. bei solchen tips zur leistungs-, besser: zitatkraftmaximierung wird nicht nur der schriftstellerin in mir ganz mulmig. sind hier nicht mißverständnissen alle türen und gehirnwindungen geöffnet? wird über kurz oder lang damit nicht die sprache wesentlicher eigenschaften, z. b. des darstellens von ambivalenzen beraubt, während der mensch sich in einen lebenden scanner verwandelt? von ästhetischen überlegungen will ich hier lieber schweigen, denn daß ästhetik nicht nur mit design für reiche bürgerInnen zu tun hat, gerät in diesem zusammenhang sowieso in vergessenheit.

WARUM LESEN?

gestern bekam ich per post ein paket „alter“ literaturzeitschriften von einem freund zugeschickt („perspektive“ 1983 bis 1991). hier wird versucht, eine brücke zwischen „engagierter“ literatur und politischem selbstverständnis zu bauen. der damals in linken kreisen geradezu zur pflichtlektüre gewordene Erich Fried hilft dabei mit:

Die Hauptaufgabe der Kunst
(Auszug, zitiert aus perspektive Nr. 13)

Ich hab gesagt:
„Die Hauptaufgabe der Kunst



ist der Kampf gegen Entfremdung und Selbstentfremdung“.

...

Wer nicht Entfremdung in sich bekämpft schon lange bevor er zur Feder greift oder zum Meißel der hat verloren.

ich denke zurück an die literatur und kulturzeitschrift „Pflasterstein“, in deren redaktion ich 3 Jahre lang (1978 bis 1981) mitarbeitete. diskussionen nach der politischen wirksamkeit von literatur waren damals an der tagesordnung. allzu ästhetische ausschweifungen wurden verurteilt, wie auch „ausschweifung“ im allgemeinen nicht gern gesehen war. war sie nicht ausdruck bürgerlichen lebens? ausdruck des lebens von denen, die ihre arbeitskraft nicht verkaufen müssen, beziehungsweise dafür einen „angemessenen“ preis erzielen? daß diese ausschweifungsfeindlichkeit letztendlich u. a. zu doppelmoral und rigidität führte, zählte zu den „unerwünschten nebenwirkungen“ jenes „revolutionären“ (über)eifers.

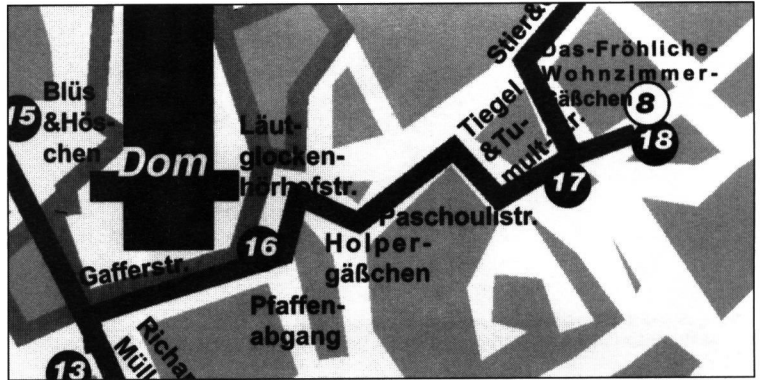
WIESO BÜCHER?

ist literatur-lesen wirklich „nur“ LUXUS, ein luxus, auf den angesichts der steigenden armut und schwierigkeit bzw. unmöglichkeit, sich das lebensNOTwendige zu verschaffen, viele verzichten werden (müssen)?

ein luxus, den die freizeitindustrie aufgrund der tatsache, daß damit relativ wenig zu verdienen ist, immer weiter an den rand der möglichen freizeitaktivitäten stellt. und außerdem: willst du heute einigermaßen mithalten, mußt du deine freizeit dafür verwenden, dich für die verschiedenen märkte, an denen der mensch als tauschobjekt bestehen zu müssen glaubt, in form zu bringen. das heißt: fitness & wellness & welt des schönen scheins. körperliches wohlbefinden steht dabei eben NICHT an erster stelle, das kann nicht oft genug betont werden.

WARUM LESEN?

im gedicht von Erich Fried, aus dem ich weiter oben zitierte, kommt ein hinweis auf die „eigene“ weiterentwicklung vor, ohne die eine gesellschaftliche „weiter“entwicklung unmöglich ist. na gut, das ist ja ein altes argument: ich tu dann schon was gegen den kapitalismus, wenn ich daheim sitze und bücher lese, schreibe usw. das allein kanns ja auch nicht sein, auch wenn ich damit wenigstens keinen größeren schaden anrichte. von der sei-



te der politischen aktivitäten stellt sich die frage, FÜR WEN (?) eigentlich diese ganzen veränderungen angestrebt werden, die (scheinbar) nur eine kleine minderheit angehen oder zumindest nur sie hinter dem ofen, dem fernsehapparat (oder dem BUCH?) hervorlocken. das denk ich mir in erinnerung an meine ersten frauendemo – vor vielen vielen jahren – wo mir eine frau unter der beschimpfung „du hure du“ den kleingeldinhalt ihres geldbörseleins ins gesicht warf. damals: ich, noch jung, naiv, vielleicht – nein ganz sicher – auch „blauäugig“, war entsetzt darüber, daß sie nicht verstand, daß ich ja u. a. FÜR SIE auf der straße stand – und für eine schlecht bezahlte hure hielt sie mich außerdem mit ihrem mickrigen kleingeld, ergänzt mein schon etwas abgebrühteres selbstverständnis rückblickend aus der jetztzeit, wo ich „natürlich“ gelernt habe, auf zweifelnde fragen zweifelnde antworten zu (er)finden.

WIESO BÜCHER?

es wäre besser, wenn die menschen sich mit etwas „wirklich interessantem“ beschäftigen würden, sagt ein freund. dann kommen sie nicht auf blöde gedanken. ist das nun ein argument für oder gegen das lesen?

in der einladung der S.A.R.G.FABRIK zu einem literarischen event wird betont, daß es sich hier NICHT um dichtung aus dem stillen kämmerlein handelt, sondern, um – echt und wahrhaftig – SLAM POETRY, dichtung, die auf der straße, schnell usw. entsteht, wo nicht über ein einzelnes wort stundenlang nachgedacht werden muß, die aus der situation heraus geboren wird und deren autoren und autorinnen nichts mit dem kulturbetrieb am hut haben. leicht verärgert registriere ich, daß das stille kämmerlein offenbar in verruf geraten ist. mal abgesehen davon, daß es sich beim ausdruck stilles kämmerlein um ein ziemlich deftiges klischee handelt, war das „zimmer für sich allein“ auch durchaus etwas, was





z. b. virginia woolf für ALLE frauen als möglichkeit forderte – als möglichkeit, zu sich selbst zu finden, das heißt, sich auch räumlich von den anforderungen der umwelt abzugrenzen. was ist denn dagegen zu sagen, daß jemand über ein wort stundenlang nachdenkt? etwa das, daß er in der zeit „etwas sinnvoller“ (?) tun könnte? kein geringerer als Erwin Chargaff, im augenblick sehr beliebt, um die kritischen argumente gegen die gentechnologie mit kompetenz zu unterfüttern, fordert mehr beschäftigung mit kunst (und/oder ur- und frühgeschichte): dabei werden wenigstens keine entdeckungen gemacht, für die die zeit nicht (aber auch sonst nichts) reif ist, kein größerer schaden wird angerichtet (mittäterInnen bleiben die harmlos beschäftigten natürlich trotzdem: zumindest als konsumentInnen). auf diese art und weise würde jedenfalls vielleicht ein wissen zusammengetragen, das scheinbar sinnlos ist, aber letztendlich doch zu einem – vielleicht – tieferen (auch selbst)verständnis führt, als wenn eine formel die nächste jagt, eine erkenntnis von der anderen abgelöst und vergessen wird, meint Chargaff. warum derselbe Chargaff das – vermeintliche – „verschwinden des reimes aus der dichtung und das ver-

schwinden der melodie aus der musik“ beklagt, ist mir nicht ganz einsichtig, umso weniger der zusammenhang, den er dabei mit dem zustand der naturwissenschaften herzustellen versucht, aber: wie sagte schon der Wolfsmann (einer der berühmtesten Freudpatienten) über den ihn behandelnden Sigmund Freud: er war ein genie. aber auch genies können sich irren.

WARUM LESEN?

ich frage es mich ja selbst angesichts des angebotes der MMPM. was werde ich, was will ich lesen? würde ich, ganz unbefangene mesesebesucherin, bei einem stand stehenbleiben und welches wäre dieser stand? wäre es der stand des Fröhlichen Wohnzimmers? wäre es der stand unserer österreichischen nachbarn, des BLATTWERKS? wäre es der stand von „dichtung und wahrheit“, wo die alten nummern der gleichnamigen zeitung kostenlos verteilt werden. weil ich interessiert dreinschaue, krieg ich gleich noch ein „friedlicht“ dazu: das ist das infoblatt der deutschen friedensgesellschaft (DFG)/vereinigte kriegsdienstgegnerInnen, gruppe mainz. ich blättere das friedlicht durch, HUCH, ehschonwissen, immer das gleiche, unddashörtnichtauf: türkischer kriegsdienstverweigerer im militärgefängnis und im hungerstreik. es geht um osman murat ülke, der in seiner rede unterstreicht, daß er kein soldat werden wird. SEUFZ. man geht immer davon aus, daß es den „betroffenen“ etwas bringt, wenn die „öffentlichkeit“ informiert wird über geschehenes unrecht. ich unterschreibe eine unterschrittenliste und denke mir, daß das osman murat ülke nicht allzuviel bringen wird, hoffe aber, daß meine unterschrift zusammen mit vielen anderen unterschritten undsowweiter. wegen der aufschrift „soldaten sind mörder“ (ein satz von kurt tucholsky) bekam die DFG schwierigkeiten, nicht nur von verschiedenen firmen, etwa dem tassenproduzent schäfer shop, der die tassen ohne Tucholskys signatur nicht mehr herstellen wollte. die Tucholskystiftung (unter vorstandsvorsitzenden Fritz J. Raddatz) erzwang unter androhung eines bußgeldes wiederum die entfernung der signatur. seltsame wirren um einen alten satz von tucholsky ... darf man also ohne querverweis nicht sagen, daß soldaten mörder sind ...?

WARUM LESEN?

„radio quer muß her“ – radio quer hat keine sendeerlaubnis im raum mainz bekommen – wie es halt so läuft ... aber als der interviewer

von radio quer mir die erste frage stellt, hab ich plötzlich das gefühl nicht einem mitarbeiter eines freien radios, bei dem ich doch ein gewisses politisches selbstverständnis voraussetze, sondern einem jungen ahnungslosen möchtegernjournalisten gegenüber zu stehen. er erwischt uns „zum interview“ nach einer etwas verunglückten abendveranstaltung zum thema erotik, die ein mir unbekannter älterer herr mit „philosophischen“ sexistisch-chauvinistischen ERGÜSSEN über „mannsgeile weiber“ eröffnet, wobei einige frauen und männer pfeifen und mißfallensäußerungen von sich geben. immerhin wird nachher ein text von Brigitte Bee mit verteilten rollen vorgelesen, was den schlechten eindruck der ersten darbietung teilweise wettmacht. unter anderem liest auch Fritz Widhalm (mit dem ich gemeinsam im FRÖHLICHEN WOHNZIMMER wohne) aus seinem text „Ein schwarzer Herrenschirm“. wenn Fritz aus diesem text liest, mach ich mir immer sorgen. es ist gar nicht so leicht zu sagen, worum es in dem text geht, eindeutig ist jedenfalls das männliche „ich“ schwul und in der passiven rolle innerhalb einer – vielleicht fantasierten, vielleicht realen – S/M beziehung. das scheint männliche zuhörer einigermaßen zu verunsichern, jedenfalls, so O-ton Fritz, bewirkt sein erscheinen am pissoir dann das zurückweichen der anderen pinkelwilligen an das andere ende der pinkelrinne. nach der lesung ist es mitunter sehr still und mir, die ich das publikum dann immer mißtrauisch beäuge, kommt vor, daß vor allem die männlichen gäste auf fritz schauen und sich gedanken über sein sexualleben machen. das wissen, daß ein „ich“ im text nicht zwangsläufig mit dem autor und schon gar nicht zwangsläufig mit dessen gelebter realität ident sein muß, verschwindet, sobald fritz von lusterlebnissen durch anal-rektale erfahrungen liest. vor diesem hintergrund fragte mich der interviewer also: „bist du lesbisch?“ na klar, er dachte sich, der, den ich bisher für ihren „haberer“ gehalten hab, ist augenscheinlich schwul, also muß sie lesbisch sein.

ich war nicht willens, die frage eindeutig zu beantworten, was natürlich auch an meinen schwierigkeiten liegt, mich zu einer sexuellen orientierung zu BEKENNEN. das hätte nur einen sinn, wenn es nicht hetero ist, weil es dann sozusagen eine FUNKTION gegenüber der heterosexuellen zwangsmoral erfüllt. etwas sträubt sich in mir, zu sagen: nein, ich bin nicht lesbisch, das klingt ja wie ein religionsbekenntnis, also auf jeden fall nach mehr, als



Das Fröhliche Wohnzimmer
mit Enno Stahl

ich meiner heterosexuellen lebenspraxis an gewicht beimessen will. der interviewer ist jedenfalls auf die idee gekommen, ich „könnte lesbisch sein, weil ich so kurze haare hab“ und das, naja, ist ja nun wirklich ziemlich seltsam. Fritz reagiert floter: als er gefragt wird, ob er schwul ist, sagt er, er sei polymorph pervers. haha, lacht da der interviewer: HAHA.

WIESO BÜCHER?

... (frage ich eine freundin, die mir am telefon erklärt, daß eine kontinuierliche beteiligung und auseinandersetzung aller menschen mit dem, was als kunst oder „kultur“ so leicht in den bereich des unNOT-WENDIGen verbannt wird, also auch eine diskussion über NOT & notWENDIGKEIT die welt nachhaltig – sie verwendete das wort nachhaltig – zum besseren verändern könnte – sie blieb beim konjunktiv) ...

„es ist immer eine so wunderbare sache, wenn man ein buch schreibt“, läßt Richard Brautigan in seinem buch „die abtreibung“ eine alte frau sagen, die ihr buch in die große bibliothek der ungelesenen bücher bringt: „ein wuchtiges etikett klebte auf dem umschlag, und auf dem etikett stand mit breitem grünen buntstift der titel: wie man bei kerzenschein in hotelzimmern blumen züchtet.“

und ich widme diesen text allen, die sogenannte „unnötige bücher“ lesen, auch mir, und allen, die in dieser „unnotwendigkeit“ auch etwas notwendiges sehen: eine unnotwendigkeit, die die grenzen des notwendigen (und der NOT?) zeigt und in frage stellt, damit nicht so leicht ALLES und WIR ALLE unnotwendig werden.

Eine Festung für die Polizei

Schengen ist zum Symbol für die Festung Europa geworden. Es ist eine gute Strategie zur Verwirklichung der kühnsten Polizeiwünsche ist, doch nur ein Teil in einer Vielzahl von Polizeikooperationen.

VON MANFRED GMEINER

Kurz nach dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union konnte der Regierung die offizielle Eingliederung in die Festung Europa, deren Musterschüler sie schon jahrelang war, nicht schnell genug gehen. Der damalige Innenminister Franz Löschnak wurde dazu in einem Interview durch den Standard befragt, ob er den Beitritt zum Schengener Abkommen oder die Unterzeichnung der Konvention über die Schaffung der europäischen Polizei Europol für wichtiger halte. Die Antwort ist typisch für den Umgang mit den „Instrumenten der gemeinsamen inneren Sicherheit“ in der Öffentlichkeit. Er ist durchsetzt von Werbefloskeln, unexakten Definitionen und Falschmeldungen. Löschnak antwortete: „Aus der Perspektive des Bürgers ist wahrscheinlich Schengen das wichtigere, weil er davon den völligen Wegfall der EU-Binnengrenze erhoffen kann. Für den Innenminister ist beides gleich wichtig, denn ich will auch die Bekämpfung der internationalen Kriminalität.“

Sind die BürgerInnen der EU zu dumm, um die Gefahren der internationalen Kriminalität zu erkennen und deren Bekämpfung zu wollen, und benötigen sie daher einen fürsorglichen Minister, oder ist es der EU trotz zahlreicher Kampagnen über die Gefahren des organisierten Verbrechens noch nicht gelungen, den BürgerInnen das fürchten zu lehren? Oder wurde und wird das Thema gerade zur innenpolitischen Durchsetzung von Lauschangriff und Rasterfahndung gebraucht und man möchte den/die MedienkonsumentIn nicht mit Europol verwirren?

Der/die BürgerIn soll sich also auf den völligen Wegfall der EU-Binnengrenzen freuen und dazu braucht er/sie Schengen. Doch wozu brauchen wir den völligen Wegfall der Binnengrenzen, was ist damit gemeint? Geht es um die Niederlassungsfreiheit, also die Möglichkeit, innerhalb der EU zu wohnen oder zu arbeiten, wo man will? Diese ist bereits ganz ohne Schengen, meist durch Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), langsam ausgeweitet worden. Weder die Durchsetzung noch der Schutz dieser Freiheit, die einerseits in der Praxis nicht die Bedeutung hat, die ihr zugesprochen wird, und andererseits immer noch bedeutenden Einschränkungen unterliegt, benötigen eine streng kontrollierte Außengrenze, wie sie das Schengener Abkommen als einen der wesentlichen Punkte fordert. Gemeint scheint also der Wegfall der Grenzkontrollen zu sein. In der

Realität bedeutet der „völlige Wegfall“ dieser Kontrollen auch dort, wo er nicht gerade wegen zwischenstaatlicher Streitigkeiten ausgesetzt ist (z. B. Drogenpolitik Holland–Frankreich), daß im Umfeld der Grenze stichprobenweise oder beobachtend kontrolliert wird („Schleierfahndung“). Angesichts dieses Faktums und der kuriosen Tatsache, daß man den BürgerInnen auf der einen Seite – zu einem guten Teil sichtlich erfolgreich – einzureden versucht, der/die gute BürgerIn brauche keine Angst zu haben, zufällig bei einem Lauschangriff oder einer Rasterfahndung mitregistriert zu werden, da er/sie ja nichts verbrochen hätte, und auf der anderen Seite den Wegfall von Kontrollen als wesentlichen Freiheitsgewinn beschwört, reduziert sich der Freiheitsgewinn anscheinend auf größtenteils zu vernachlässigenden Zeitgewinn. Am Flughafen spart man sich die Schlange vor der Paßkontrolle, eine Zeit die sowieso innerhalb der Eincheckzeit und Gepäckwartezeit liegt. Im Zug erspart man sich, nach dem Paß zu kramen und muß mit Wut mitansehen, wie z. B. dunkelhäutige Mitreisende kontrolliert werden. Und im Auto erspart man sich vielleicht einmal den Urlaubsgrenzstau, den man dann an der ersten Mautstelle nachholt.

Ist also Schengen ein großes Stauvermeidungsprojekt oder werden wieder einmal alle in medialer Eintracht für blöd verkauft?



Daß es sich bei Löschnaks Zitat nicht um eine unglückliche Verkürzung der Diskussion in einem wahrscheinlich noch gekürzten Interview handelt, läßt sich an der derzeitigen medialen Diskussion zur „vollen Schengenreife“ ablesen. Die Frage lautet auch hier: „Sind unsere Ostgrenzen dicht genug, damit auch die Deutschen dem Wegfall der Grenzkontrollen zwischen Österreich und Deutschland zustimmen?“

Dieser Zusammenhang zwischen Außengrenzenpolitik und der Schaffung des Binnenmarktes ist auch in zahlreichen weniger oberflächlichen und der Bewertung der entsprechenden Politik verpflichteten Texten wiederzufinden. Selbst in kritischen Texten, die die entsprechende Politik der Schengen- bzw. EU- Länder als Festungspolitik anklagen, wird häufig nur auf die Gefahr verwiesen, daß polizeistaatliche Methoden zur „Außengrenzsicherung“ leicht auch auf EU-BürgerInnen zurückschlagen können. Damit wird aber indirekt die historische Darstellung der Sicherheitspolitik bestätigt, derzufolge die Schaffung des Binnenmarktes mit seinen vier Freiheiten eine stärkere Zusammenarbeit der Polizei in Europa notwendig machte. Dieses Argument ist jedoch nicht nur aus den eingangs erwähnten Überlegungen anzuzweifeln, sondern auch aus historischen Gründen. Aus der Entwicklung der verschiedensten Instrumente der „gemeinsamen inneren Sicherheit“ läßt sich viel eher die These aufstellen, daß Modernisierungsbemühungen der Polizei und eine veränderte Kriminalitätsbe-

kämpfungsstrategie der Auslöser für eine Entwicklung waren, die zivile und bürgerliche Freiheiten der Sicherheit zuliebe einschränkt. Das Schlagwort von den Binnenmarktfreiheiten und der notwendigen Außengrenzsicherung war nur ein ausgezeichnetes Mittel, die Wunschziele rascher zu verwirklichen. Die Gründung der Schengen-Gruppe beschleunigte die Entwicklung zusätzlich, indem sie die Zahl der Diskussionsteilnehmer, die zu einer Einigung kommen sollten, auf fünf reduzierte.

Interpol wurde zuwenig

Der informelle Prozeß zur Schaffung von Strukturen internationaler polizeilicher Zusammenarbeit ging von jenen Einheiten der Kriminalpolizei aus, deren innerstaatlich entwickelte Methoden die Strukturen von In-



terpol sprengten. Bereits in den 70er Jahren begannen europäische Polizeizentralen, bilaterale Kontakte zu nutzen, um über die im Rahmen von Interpol existierenden Möglichkeiten hinaus zusammenzuarbeiten. Einer Zusammenarbeit im Rahmen von Interpol waren vor allem drei wesentliche Beschränkungen auferlegt. Die technischen Möglichkeiten waren nicht schnell genug reformierbar, eine verdeckte Ermittlung über Interpol war kaum möglich und politische Straftaten konnten

EUROPOL

Die Gründung von Europol ist im Unionsvertrag von Maastricht als Ziel im Bereich der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit festgeschrieben. Die Konvention, durch die Europol geschaffen werden soll, ist jedoch nach wie vor nicht ratifiziert.

Europol hat in erster Linie die Aufgabe, Informationen aus den Büros der nationalen Polizeien zu sammeln, in einem eigenen Informationssystem zu verarbeiten und zu analysieren. Die Analyseergebnisse werden wieder den nationalen Polizeien für ihre Ermittlungsarbeit zur Verfügung gestellt.

Die Möglichkeit, Daten zu sammeln, die unmittelbar nichts mit strafbaren Handlungen oder Verbrechen zu tun haben, ist gegenüber dem SIS noch erweitert. Auch hier ist wieder die Speicherung von Daten von Personen, bei denen der

Verdacht besteht, daß sie Straftaten begehen werden, möglich. Zusätzlich können in Analysedateien auch Daten von möglichen Zeugen, Opfern, Kontakt- und Begleitpersonen von Verdächtigen und überhaupt von allen, die Informationen über die betreffenden Straftaten liefern können, gespeichert werden.

Die Speicherung von Daten über Ethnie, politische und religiöse Orientierung, Gesundheitszustand und Informationen über die sexuelle Orientierung ist ebenfalls möglich, wenn sie für die Zwecke eines spezifischen Datensatzes notwendig sind.

Das heißt, Europol darf umfassend überwachen. Auskunftrechte, die nach Grundsätzen des Datenschutzes jedem/er gewährt werden müssen, sind jedoch durch zahlreiche, im Ermessen der Polizei liegende Klauseln, praktisch nicht vorhanden.



nicht verfolgt werden, was dem Hauptziel der Zusammenarbeit der 70er Jahre – der Bekämpfung des Terrorismus – große Schwierigkeiten bereitete.

Technische Beschränkung

Interpol begann sich nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer internationalen Organisation zu entwickeln. 1946 waren erst 17 Länder, davon 14 europäische, Mitglieder der „Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation“ (IKPO) mit dem Kürzel Interpol. 1971 hatte die Organisation bereits 107 Mitglieder, heute gehören ihr 171

Staaten an. Die Mehrzahl der Mitglieder sind Staaten der „Dritten Welt“. Trotzdem wird Interpol in erster Linie von europäischen Staaten genutzt. Auf 20 % der Mitglieder entfiel 1974 70–80 % des gesamten Arbeitsaufwandes des Generalsekretariats, allein 12 % auf das deutsche Bundeskriminalamt. Die Bemühungen der europäischen Mitgliedstaaten, moderne Kommunikationstechnik anzuschaffen, wurde durch die finanzielle Situation der größtenteils armen Mitgliedstaaten gebremst. 1973 waren 59 der 117 Zentralbüros nicht einmal an das Morsefunknetz von Interpol angeschlossen und daher nur telefonisch oder postalisch erreichbar, während 1974 mit der Einführung von Fernschreibfunk-Verbindungen zu einigen wenigen Ländern begonnen wurde. (vgl. Heiner Busch, Grenzenlose Polizei, Seite 300ff)

Als Interpol in den 80er Jahren begann, in der Technisierung aufzuholen, bestanden bereits zahlreiche andere Institutionen polizeilicher Zusammenarbeit in Europa, wie TREVI oder der Wiener und der Berner Klub, in denen Italien, Frankreich, Schweiz, Österreich und die BRD vertreten sind.

Verdeckte Ermittlung

Die Arbeit von Interpol besteht in erster Linie in gegenseitiger Rechtshilfe der Mitgliedstaaten. Das heißt, nach einer/einem in einem Staat wegen Begehung einer strafbaren Handlung Gesuchten kann international gefahndet werden und diese R kann in der Folge an den verfolgenden Staat ausgeliefert werden.

Für die nationalstaatliche Entwicklung in Hinblick auf eine vorbeugende Verbrechensbekämpfung war dies den meisten europäischen Polizeibehörden jedoch zu wenig. Trotz aller Veränderungen der Rechtshilfeverfahren und deren Verlagerung von justizieller auf polizeiliche Zusammenarbeit blieb die Bindung an ein strafrechtliches Verfahren unbestritten. Das Anliegen der Polizei in den 70er Jahren, die neu entwickelten Methoden der verdeckten Ermittlung im Vorfeld von Straftaten auch international anzuwenden, war über die Zusammenarbeit im Rahmen von Interpol nicht möglich. Besonders die Bekämpfung des Terrorismus in den 70er Jahren und die später dazugekommene Bekämpfung des Drogenhandels und der „Organisierten Kriminalität“ bauen jedoch in besonderem Maße auf die Ermittlung in Personenkreisen, gegen die

POLIZEILICHE KOMPETENZERWEITERUNG

Die wesentlichsten Veränderungen im Aufgabengebiet der Polizei, die im Europolabkommen am weitesten verwirklicht sind, sind:

- Die Polizei wird von einer Institution, die der Aufklärung konkreter Straftaten und der Abwehr konkreter Gefahren verpflichtet ist, zu einer Kontrollinstanz, die die staatliche Sicherheit durch Bekämpfung der Kriminalität gewährleisten soll. Wenn Rechtsnormen auf allgemeine Zwecke statt auf Rechtsbrüche oder konkrete unmittelbare Gefahren ausgerichtet werden – wie im Falle von Europol auf Gefahren und Vergehen aller Art – dann entgrenzen sie das polizeiliche Handeln und machen Kontrolle schier unmöglich. Zu den typischen polizeilichen Handlungen auf diesem Gebiet gehört die Vorfeldermittlung, d. h. Datensammlung in bestimmten „verdächtigen“ Milieus.
- Die Grenze zwischen Geheimdienst und

Polizei verschwimmt. Es kommt nicht nur zu einem regen Datenaustausch, sondern die Polizei selbst bekommt geheimdienstliche Befugnisse. Diese sind aber mit rechtsstaatlichen Prinzipien nicht vereinbar, da diese die Kontrollierbarkeit von Macht voraussetzen. Um auf Grundlage der allgemeinen Gefahrenbilder einen konkreten Verdacht zu gewinnen, darf die Polizei unerkannt Straftaten provozieren und unter Umständen sogar begehen. Dabei werden bisweilen jene Kriminelle „geschaffen“, die man zur Verdeutlichung des Sicherheitsdefizits benötigt.

- Durch die Schaffung einer eigenen Polizeieinheit auf europäisch zwischenstaatlicher Ebene konnte sich die Polizei staatlicher institutioneller Kontrolle (z. B. Datenschutzkommissionen, Parlamente, ...) entziehen, ohne daß auf europäischer Ebene eine ähnliche Kontrolle ermöglicht wurde.

noch kein konkreter Verdacht einer strafbaren Handlung vorliegt, geschweige denn ein Haftbefehl.

Verfolgung politischer Straftaten

Besonders die angestrebte Verfolgung des Terrorismus stieß auf eine weitere Schwierigkeit. Nach der Neugründung von Interpol nach dem Zweiten Weltkrieg bemühte sich diese um ein betont unpolitisches Profil. Im Gründungsvertrag wird die Aufgabe von Interpol auf die „gemeinen Straftaten“ beschränkt. Jede Betätigung oder Mitwirkung in Fragen oder Angelegenheiten politischen, militärischen, religiösen oder rassischen Charakters ist der Organisation strengstens untersagt.

Um international im Bereich des Terrorismus zusammenzuarbeiten, mußte man Terrorismus möglichst als gemeine Straftat definieren, während man in der nationalen Gesetzgebung bemüht war, eigene Anti-Terror-Gesetze zu schaffen, die politische Straftaten schufen, die meist von eigenen politischen Polizeieinheiten verfolgt wurden.

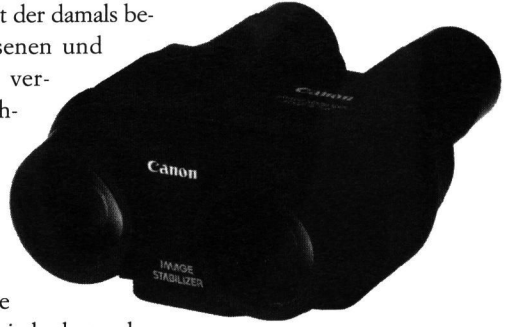
Es lag daher im Interesse der Polizei, neben der Zusammenarbeit über Interpol eigene Strukturen zu schaffen, die den oben genannten Beschränkungen nicht unterlagen.

Einige Gruppen der europäischen Kriminalpolizeien traten daher schon am Beginn der 70er Jahre für die Schaffung einer europäischen Polizeibehörde ein. 1974 erhob der Bund Deutscher Kriminalbeamter auf einer Konferenz unter dem Titel „Europäische Gemeinschaft – auch für die Krimi-

nalpolizei“ diese Forderung erstmals offiziell. Die Utopien reichten sogar bis zu einer Europäischen Polizei mit exekutiven Befugnissen, die einer parallelen Staatsanwaltschaft unterstellt werden sollte. Diese Vorschläge stießen jedoch weder auf ungeteilte Zustimmung, noch waren sie auf der Basis der damaligen EWG-Verträge zu verwirklichen. Zur jetzigen Regierungskonferenz der EU wurden sie aber erneut und wesentlich konkreter von einer Vorbereitungsgruppe hoher Beamter eingebracht. Europol soll, obwohl das Abkommen zur Schaffung von Europol nach wie vor nicht ratifiziert ist, jetzt auch bei Polizeieinsätzen mitwirken oder die Führung übernehmen dürfen. (vgl. State-watch March–April 1997)

Bereits 1971 und 1972 fanden intergouvernementale Treffen zum Thema Terrorismusbekämpfung statt. 1975 schließlich machte der britische Außenminister James Callaghan den Vorschlag, eine Konferenz der Innen- und Justizminister einzuberufen, um den Terro-

rismus in der EG zu bekämpfen. Mit der damals beschlossenen und 1976 verwirklichten Schaffung der Trevi-Gruppe wurde ein bedeutender Schritt in Richtung offizieller Polizeikooperation gesetzt.



TREVI

Diese multilaterale, nur sehr locker in die EU-Strukturen eingebundene Gruppe wurde nach ihren Hauptaufgabengebieten terrorism, radicalism, extremism und violence benannt. TREVI setzte sich bei der Gründung aus fünf Arbeitsgruppen zusammen, die jedoch nicht alle aktiv wurden.

Trevi 1 dient der Bekämpfung des Terrorismus und ist die einzige Arbeitsgruppe, die eine operative Rolle spielt. Die übrigen haben nur koordinierende Aufgaben. Trevi 1 erstellt Analysen, verschafft einen Überblick über

SCHENGENER ABKOMMEN

Das durchführende Schengener Abkommen (Schengen II) regelt die Details der im Schengener Abkommen I vereinbarten Gebiete der Zusammenarbeit. Die wichtigsten Abschnitte sind:

- Asylrecht und Grenzkontrollrecht,
- kriminalpolizeiliche Zusammenarbeit und
- das Schengener Informationssystem.

Im Fremdenrecht sind die wichtigsten Punkte:

- Einheitlicher Visumszwang für alle Nicht-EU-BürgerInnen,
- Einreiseverweigerung auch aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung,

- die Verpflichtung für Transportgesellschaften, die Einreiseberechtigungen zu prüfen und Zurückgewiesene unentgeltlich zur Abflugdestination zu transportieren und
- verpflichtende fahndungstechnische Kontrollen an den Außengrenzen.

Als Voraussetzung für die Einreise werden gültige Reisedokumente, Visum, ausreichende finanzielle Mittel für Aufenthalt und Rückreise sowie keine Eintragung einer Einreiseverweigerung im Schengener Informationssystem genannt. Die Zusammenarbeit der Polizei regelt die Möglichkeit für PolizistInnen, bei Fahndungsaufträgen den Verdächtigen über die Grenze nachzueilen.

Strategie und Taktik zur Abwehr des Terrorismus und schafft die Voraussetzung für eine Kooperation der Spezialeinheiten.

Die Arbeitsgruppe Trevi 2 war verantwortlich für den Informationsaustausch über Polizeiausrüstung (inklusive Computer), öffentliche Ordnung und „football hooliganism“, Polizeiausbildung (inklusive Sprachausbildung), Information über Forschungsprogramme und für Vorschläge zur zentralen Sammlung von Informationen über Drogen, Sprengmittel, Fingerabdrücke und arabische Dokumente. 1987 übernahm die Gruppe die Führung bei der Errichtung eines Systems des permanenten Informationsaustausches unter den EG-Staaten in bezug auf inter-

waren die einzigen der insgesamt fünf geschaffenen Gruppen, die sofort aktiv wurden. Trevi 3 wurde ursprünglich für Sicherheitsbestimmungen im zivilen Luftverkehr geschaffen. Dieser Bereich wurde später von Trevi 1 übernommen. Trevi 3 wurde erst 1985 aktiv, als am Trevi-Ministertreffen in Rom deren Aufgabe neu definiert wurde, indem die Gruppe mit der Bekämpfung schwerer organisierter internationaler Kriminalität beauftragt wurde. In der Folge beschäftigte sich die Gruppe mit Drogenkriminalität, bewaffnetem Raub, Autodiebstählen, Zeugenschutz, Scheck- und Kreditkartenbetrug und mit der Verbrechensanalyse sowie der Erarbeitung gemeinsamer Terminologie, Methoden und

daß alle Mitgliedstaaten eine nationale Drogenpolizei gründen sollten, die später in eine Europäische Drogenpolizei integriert werden sollte. Diese European Drugs Intelligence Unit (EDU) wurde zum direkten Vorläufer der Europäischen Polizei Europol.

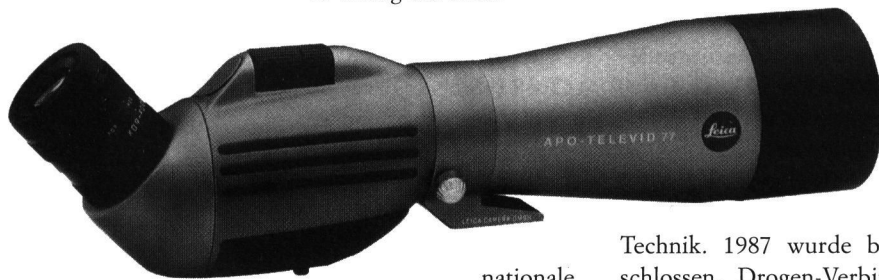
Von 1985 bis 1989 beschäftigte sich die Gruppe auch mit Immigrationskontrollen an den Grenzen, dann wurde dieser Bereich von der eigens zur Vorbereitung auf den Start des Binnenmarkts 1992 geschaffenen Gruppe Trevi 92 übernommen.

Die Arbeitsgruppen 4 und 5 für nukleare Sicherheit und Katastrophenschutz wurden nie aktiv.

Sicherung der Außengrenzen

Die Idee, den Personenverkehr an den innergemeinschaftlichen Grenzen zu erleichtern, wurde in den frühen 80er Jahren geboren. Sie entsprang dem Wunsch, etwas zur Förderung einer europäischen Identität zu unternehmen, und stand in einer Reihe mit Vorschlägen über eine europäische Hymne oder Flagge als Gemeinschaftssymbol. 1981 wurde der Paß nach einheitlichem Muster erfunden. 1984 setzte sich der europäische Rat das Ziel, alle Polizei- und Zollformalitäten an den innergemeinschaftlichen Grenzen im Personenverkehr abzuschaffen.

Ebenfalls 1984 gründeten Frankreich, Deutschland, Belgien, die Niederlande und Luxemburg eine Initiative mit dem Ziel, die Grenzkontrollen an den Binnengrenzen abzuschaffen. Als im Jänner 1985 der Richtlinienvorschlag der Kommission zur Erleichterung der Grenzkontrollen nicht angenommen wurde,



ationale
Bewegungen von
Fußballfans.
Die Arbeitsgruppen 1 und 2

Technik. 1987 wurde beschlossen, Drogen-Verbindungsoffiziere in nicht EG-Länder zu entsenden. 1989 einigte man sich dann darauf,

SCHENGENER INFORMATIONSSYSTEM (SIS)

Im SIS werden folgende Daten gespeichert:

- Personen zum Zweck der Festnahme mit dem Ziel der Auslieferung.
- Drittausländer zur Einreiseverweigerung. Die Entscheidung kann auch aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung getroffen werden. Eine solche ist gegeben, wenn der Verdacht besteht, daß die Person Straftaten begangen hat, bzw. wenn Hinweise bestehen, daß sie solche zu begehen plant.
- Vermißte oder Personen, die vorläu-

fig in Gewahrsam genommen werden müssen.

- Daten von Zeugen oder in einem Strafverfahren Angeklagter, wenn ein Gericht deren Aufenthalt ermitteln will.
- Sachen, insbesondere gestohlene KFZ, Waffen, Blankodokumente.
- Personen und Fahrzeuge zur verdeckten Registrierung. In diesem Fall werden zusätzlich zu den persönlichen Daten auch Begleitpersonen oder Insassen, das benutzte Fahrzeug und die Umstände des Antreffens der Person aufgenommen.

preschte die Fünf-Staaten-Initiative vor und schloß bereits im Juni 1985 in Schengen ein „Übereinkommen zum schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen“ (Schengener Abkommen I). Auch dieses Abkommen hatte bereits einen Vorläufer in einem deutsch-französischen Abkommen zur Abschaffung der Grenzkontrollen. Dieser Alleingang ist wahrscheinlich nicht nur durch Ungeduld begründet, sondern könnte seinen Grund auch in dem Wunsch haben, sicherheitspolitische Interessen verstärkt mit der Binnengrenzabschaffung zu verknüpfen. Anders als in den Kommissionsvorschlägen ist im Schengener Abkommen die Idee des Abbaus der Binnengrenzkontrollen mit Bemühungen um eine verstärkte Kontrolle der Außengrenzen und eine intensivere polizeiliche Zusammenarbeit verknüpft. Schengen I stützt sich unter anderem auf die Erklärung des Europäischen Rates von Fontainebleau vom 25./26. Juni 1984 hinsichtlich der Abschaffung der Polizei- und Zollformalitäten an den Binnengrenzen für den Verkehr von Personen und Waren (siehe Präambel des Übereinkommens). In Artikel 17 heißt es: „Im Personenverkehr streben die Vertragsparteien den Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen und deren Verlegung an ihre Außengrenzen an. Zu diesem Zweck bemühen sie sich zuvor, soweit notwendig, die den Kontrollen zugrundeliegenden Gesetze und Vorschriften hinsichtlich der Verbote und Beschränkungen zu harmonisieren und ergänzende Maßnahmen zum Schutz der inneren Sicherheit sowie zur Verhinderung der unerlaub-

ten Einreise von Personen, die nicht Angehörige von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft sind, zu ergreifen.“ Die Schengener Gruppe entwickelte sich von nun an zum Vorreiter gemeinsamer Sicherheitspolitik. Neben der Verhinderung illegaler Einreise sollen auch die von den Trevi-Ministern formulierten Ziele von den Schengener-Vertragsstaaten vorangetrieben werden. Artikel 18 nennt Ausarbeitung von Vereinbarungen über die polizeiliche Zusammenarbeit im Bereich der präventiven Verbrechensbekämpfung und Fahndung, Verbesserung der Auslieferungsverfahren und die Prüfung neuer Mittel der gemeinsamen Verbrechensbekämpfung unter Berücksichtigung der vorhandenen Kommunikationsmöglichkeiten.

Im selben Jahr, in dem das Schengener Abkommen unterzeichnet wurde, legte sich die EG offiziell auf die Abschaffung der Binnengrenzen im Zuge der Schaffung eines einheitlichen Binnenmarktes fest. Im Jänner 1985 stellte Jacques Delors dem Europäischen Parlament seinen Plan zur Verwirklichung des Binnenmarktes bis 1992 vor. Im Dezember 1985 wurde die Zielmarke 1992 in der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) festgeschrieben. (Jacques Delors, Vorwort zum Cecchini-Bericht)

Die Schengengruppe, der erst nach Abschluß des zweiten Schengener Abkommens nach und nach fast alle übrigen EU-Staaten beitraten, wurde so zum Motor der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der inneren Sicherheit. Die einzelnen Punkte des Schengener Abkommens wurden in die verschiedensten EU-Abkommen übernommen, das von den

Schengen-Ländern aufgebaute Informationsnetz SIS soll von Europol für den Aufbau des eigenen Netzes genutzt werden.

Längst hat sich die polizeiliche Zusammenarbeit wieder von der angeblich so notwendigen Ausgleichsmaßnahme zur Abschaffung der Binnengrenzen gelöst. Zumindest dort, wo dieses Argument nicht mehr zu gebrauchen ist, steigt man auch wieder auf andere um. Die Expertenkommission „Grenzpolizeiliche Personenkontrollen“ in der Schweiz stellte auf einem



Seminar

fest, daß die Schweiz nach dem negativen Volksentscheid zum EWR eine Intensivierung der Sicherheitszusammenarbeit nicht mehr damit erwirken kann, daß sie sich auf die Erklärungen der Regierungen der EU-Mitgliedstaaten und der EFTA-Staaten über die Erleichterung der Grenzkontrollen beruft. Man werde die Argumentation in Hinkunft daher nicht mehr auf den Ausgleich der Sicherheitsdefizite stützen, die auf den Wegfall der Binnengrenzkontrollen zurückzuführen wären, sondern auf die Angst vor einer Isolierung im Sicherheitsbereich und die damit verbundene Gefahr, eine Hochburg der Kriminalität für international agierende Straftäter zu werden. (Ruth Wehner, Schengen und die Folgen, Bern 1995, S. 174)

Vom Rechtsstaat zum Sicherheitsstaat?

Was ist eigentlich so schlimm an den neuen Polizeibefugnissen? Die Warnungen von KritikerInnen werden vielfach nicht ernst genommen. Der Kern des Problems bleibt dabei leider oft unberücksichtigt.

VON MANFRED GMEINER

Die Behauptung der Sicherheitskräfte, man müsse Verbrechen bekämpfen, bevor sie begangen werden, klingt heute bereits nahezu logisch. Warum erst warten bis Schaden entsteht, um dann die TäterInnen zu bestrafen? Dabei ver-schwimmt jedoch bereits die wichtige Unterscheidung zwischen Präventivmaßnahmen zur Verbrechensverhütung und Maßnahmen gegen potentielle StraftäterInnen. Verbrechensverhütende Präventivmaßnahmen gibt es viele. Sie sind keineswegs alle effizient und, da sie häufig auf Verbrechenstheorien psychologischer oder soziologischer Art aufbauen, bisweilen auch bedenklich. Doch sie unterscheiden sich wesentlich von den neuen Ermittlungsmethoden zur „präventiven Verbrechensbekämpfung“, die heute überall für die Polizei erkämpft werden.

Es gibt zwei Möglichkeiten Verbrechen vorzubeugen: entweder das Sozialgefüge so zu gestalten, daß Verbrechen abnehmen, oder die Ökonomie der Verbrechen zu beeinflussen. Für erstere Politik können Maßnahmen zum Abbau großer sozialer Spannungen oder Aufklärung unter Jugendlichen über Drogen als Beispiel angeführt werden. Die zweite Methode ist wesentlich häufiger und besteht darin, entweder die direkten Kosten des Verbrechens durch Sicherungsmaßnahmen zu erhöhen (z. B.: schwer knackbare Schlösser, Bewachung usw.) oder die „Folgekosten“ zu erhöhen, also die Wahrscheinlichkeit der Verbrechensaufklärung zu steigern und drastische Strafen einzuführen. In diesem Sinn wurde auch die klassische TäterInnenverfolgung und Bestrafung immer zum großen Teil als Präventivmaßnahme verstanden.

Mit den neuen Ermittlungsbefugnissen versucht die Polizei im Unterschied dazu jedoch, potentielle TäterInnen zu ergreifen, noch bevor sie etwas verbrochen haben. Ich beziehe mich hier auf alle auf der Wunschliste der Polizei stehenden, wenn auch erst zum Teil und nur in bestimmten Staaten, verwirklichten Ermittlungsbefugnisse. Durch

verdeckte Ermittlung, das heißt PolizeibeamtInnen versuchen sich unter falscher Identität in „verdächtige“ Gruppen zu integrieren, sollen potentielle TäterInnen gesucht werden. Auf dieser Ebene ist in erster Linie auch die sogenannte Rasterfahndung anzusiedeln. Es gibt nämlich derzeit in Österreich keine ausreichende Übereinstimmung der verschiedenen Datenverwaltungen, die eine Suche nach konkreten Personen, die bestimmte Kriterien eines/r mutmaßlichen TätersInnen erfüllen, ermöglichte. Den Behörden geht es daher eher um die Sammlung von Daten über Personen aus „verdächtigen Milieus“. Auch der große und kleine Lauschan-griff liefern eher solche Daten als Informationen über eine konkret geplante Tat.

Da sich jedoch Personen, denen man eine Tat zutraut, allein deswegen noch nicht verhaften lassen, ist der nächste logische Schritt die Provokation einer Tat. Auch dieses Instrument stammt ebenso wie die verdeckte Ermittlung aus dem Repertoire der Geheimdienste. Die Polizei verleitet also jemanden dazu, eine Tat zu begehen, um ihn dann festnehmen zu können. Das geschieht zum Beispiel durch sogenannte kontrollierte Drogenlieferungen, in denen die Polizei selbst, zum Teil unter Ausnützung von zu diesem Zweck vorzeitig entlassenen Häftlingen, eine Drogenlieferung organisiert, um jene festzunehmen, die sich daran beteiligen.

Die letzte Stufe, die bisher noch am seltensten rechtlich gedeckt ist, ist die Beteiligung der verdeckten ErmittlerInnen an Straftaten. Diese soll verhindern, daß der/die verdeckte ErmittlerIn in der Gruppe auffällt.

Daß diese Ermittlungsmethoden weit über die klassischen Aufgaben der Polizei hinausgehen, muß nicht weiter verdeutlicht werden. Vielen scheinen sie jedoch gerechtfertigt, wenn es darum geht, die „ganz großen Verbrecher“ zu überführen. Viele Kritiken konzentrieren sich daher darauf, Fälle aufzuzeigen, bei denen die Falschen erwischt wurden, entweder gänzlich Unbeteiligte oder MitäterInnen, die selber unter massivem Druck standen.¹ Diese Beispiele

1 Siehe ZOOM 4+5/96, *Die Macht der Geheimdienste*.

sind keineswegs unwesentlich. Einerseits geht es um massive Eingriffe in Persönlichkeitsrechte, die zudem Existenzen zerstören können, und andererseits sind diese Fälle sicher keine unglücklichen Ausnahmen, sondern entstehen aus der Logik der Gefahrenbilder und des polizeilichen Handelns heraus.

Die Ermittlungsmethoden stellen aber rechtsstaatliche Prinzipien in Frage, die sich auch dann mit der Rechtsstaatlichkeit nicht vereinbaren ließen, wenn sie durchwegs erfolgreich wären.

Ich möchte mich hier auf zwei wesentliche Punkte konzentrieren.

1. Staatliche Macht über die einzelnen BürgerInnen muß durch klare Gesetze geregelt und kontrollierbar sein.
2. Die Gesetze müssen für alle gleich gelten. Das heißt, niemandem dürfen seine Rechte aberkannt werden.

Dem ersten Punkt widerspricht, daß der Auftrag für die Polizei, der die neuen Ermittlungsmethoden angeblich notwendig macht, die Schaffung einer nicht näher definierten Sicherheit ist. Auch die genannten Verbrechensbereiche, die bekämpft werden sollen, wie die Organisierte Kriminalität, sind sehr unscharf definiert. Das polizeiliche Handeln wird dadurch zwangsläufig unkontrollierbar, da es nicht mehr durch klar definierte Gesetze geregelt ist.

Der zweite Punkt scheint in der öffentlichen Meinung bereits abgeschafft. Wenn es darum geht, schwere VerbrecherInnen festzunehmen, scheinen nahezu alle Mittel recht. In einem Rechtsstaat dürfen aber auch die Rechte der schwersten VerbrecherInnen nur in einem klar definierten Rahmen (z. B. im Strafgesetz) eingeschränkt werden. Wenn aber bereits in der Ermittlung von zum Teil noch nicht einmal begangenen Verbrechen nahezu alles erlaubt ist, werden „potentielle TäterInnen“ ihrer bürgerlichen Rechte beraubt.

Auf dem Spiel steht dabei die Rechtssicherheit in einem Rechtsstaat zugunsten einer nicht näher definierten umfassenden Sicherheit, die es gar nicht gibt. Selbst wenn die Methoden erfolgreich wären und nie die Falschen träfen, was mit Recht bestritten wird, bergen die momentanen scheinbaren Vorteile ein enormes Risiko. Jede unkontrollierte Gewalt erliegt früher oder später der Gefahr unberechenbarer Willkür. Damit wird selbst die „Sicherheit“ jener, die sich heute noch auf der Seite der MachthaberInnen wähnen, trügerisch. ■

**Festung Europa auf der Anklagebank
Dokumentation des Basso-Tribunals zum
Asylrecht in Europa
Basso-Sekretariat Berlin (Hrsg.),
Westfälisches Dampfboot,
Münster 1995, 292 S., öS 145,-**

Bis zuletzt bestand zwischen Deutschland und Österreich ein Streit um den Status als vollwertiges Mitglied beim Schengener Abkommen. Deutschland wollte Österreich diesen Status noch nicht zuerkennen, da die Ostgrenzen noch nicht „sicher“ genug seien. Was sich hinter diesem Wort „sicher“ verbirgt, ist eine seit Jahren betriebene Politik der Festung Europa. Das Basso-Sekretariat Berlin hielt vom 8.-12. Dezember 1994 eine symbolische Gerichtsverhandlung ab, in der die Asylpolitik der Europäischen Union, die bekanntlich in erster Linie von den Schengenländern vorangetrieben wird, angeklagt wurde.

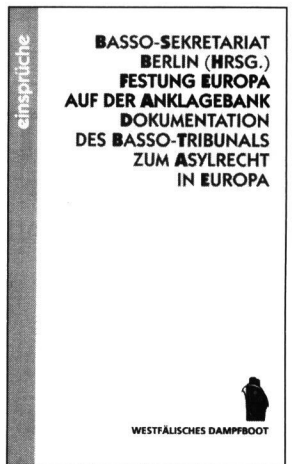
In der vorliegenden Dokumentation des Tribunals kann man/frau die Anklage nachlesen, die sich am Bruch des internationalen Flüchtlingsrechts (in einem eigenen Beitrag dargestellt) und der Menschenrechte durch die gegenwärtige Asylpolitik orientiert. Die Anklage wird untermauert von ZeugInnenaussagen, teils von Flüchtlingen, teils von MitarbeiterInnen von Hilfsorganisationen aus Frankreich, Spanien, Deutschland und der Schweiz.

Expertenberichte gehen den Ursachen von Flucht nach und analysieren die abschottenden Reaktionen der westlichen Länder.

Auch das Plädoyer der Verteidigung ist sehr aufschlußreich in bezug auf die aktuelle Flüchtlingspolitik. Sie betonte einerseits, daß die übermäßig restriktive Auslegung der Genfer Flüchtlingskonvention keinen Rechtsbruch darstelle, da sie sich im Rahmen der international üblichen Praxis bewege, und wies auf die Bemühungen der EU-Staaten hin, gegen Tendenzen des Rassismus vorzugehen. Eine strikte Asylpolitik sei gerade deshalb notwendig, um die Belastung der Bevölkerung in den einzelnen Ländern in Grenzen zu halten.

In seinem Urteil kommt das Tribunal zum Schluß, daß die Abschottungspolitik der EU- und EFTA-Staaten gegen internationales Recht verstößt, zu dem sich die Staaten verfassungsrechtlich verpflichtet haben, und systematisch die Rechte von Asylsuchenden und Flüchtlingen verletzt.

Abgerundet wird der Band durch einen Beitrag zum Asylrecht in Osteuropa und einen systematischen Überblick über die asylrechtlichen Standards in den EU-Staaten. mg



Die Bewegung der Landlosen

„Movimento Sem Terra“

Agrarer Widerstand im größten Staat Lateinamerikas

Seit über drei Jahrzehnten leistet der Movimento sem terra Widerstand gegen die brasilianische Regierung. Wer auch immer regierte, Agrarreformen blieben aus. Mittlerweile findet der MST vor allem im ländlichen Bereich breite Unterstützung. Erst bei den nächsten Wahlen 1998 wird sich zeigen, ob sich die Opposition durchsetzen wird.

VON CHRISTIAN BUTCHER/
SÃO PAULO UND CHRISTIAN
CWIK/WIEN*

Am 17. April 1997 fand eine bis zu diesem Zeitpunkt einmalige Kundgebung politischen Widerstands gegen die vom brasilianischen Präsidenten F. H. Cardoso versprochene Politik statt. Hunderttausend landlose Bauern drückten ihren Protest gegen das Ausbleiben der versprochenen Agrarreform aus, indem sie Demonstrationen in die vom brasilianischen Volk ungeliebte Hauptstadt Brasília unternahmen. Die Demonstranten, die oft mehr als tausend Kilometer zu Fuß die Strapazen auf sich nahmen, um die hohe Politik auf ihre ausweglose Situation aufmerksam zu machen, hinterließen ein für Lateinamerika eindrucksvolles Echo politischen, sozialen und ökonomischen Widerstands.

Die Bewegung MST (Movimento sem terra) gilt heute als erfolgreichste Plattform des Widerstands gegen die Politik aus Brasília. Sie entstand 1964, als Sammelbewegung im Süden Brasiliens (Rio Grande do Sul, Paraná e Santa Catarina) gegen die Agrarpolitik der Militärregierung. Das Kleinbauerntum jener Region wehrte sich gegen die Landenteignung, indem es versuchte, das brachliegende Ackerland zu besetzen und unter größten Schwierigkeiten – gegen brutale Militär- und Polizeieinsätze – zu bewirtschaften.

Im Norden Brasiliens, vor allem in den Bundesstaaten Mato Grosso, Pará (Carajas), Tocantins, in denen die Latifundienwirtschaft wucherte, fand die Bewegung aus dem Süden starken Rückhalt und entwickelte sich über Jahrzehnte zur wichtigsten Opposition nichtstaatlicher Tradition. Während der Militärregierung waren die politischen Artikulationsmöglichkeiten jedoch massiv eingeschränkt und so fristete der MST ein Dasein im Untergrund.

Im Gegensatz zum enteigneten Bauerntum des Südens entwickelte sich der verarmte Norden Brasiliens mit Hilfe der LandarbeiterInnen, aber auch mit migrierten Bauern aus dem Süden, mehr als 30 Jahre nach dem Beginn des agrarischen Widerstands zu einer echten Gefahr für die Oligarchie Brasiliens. Der „êxodo rural“ der südlichen Bauern veränderte nachhaltig die agrarischen Strukturen im Norden, während im Süden die Regierung ihr Programm schließlich durchsetzen konnte. Der MST erzielte eindrucksvolle Erfolge, blieb aber mit seinen Aktionen stets in der Illegalität. So waren die „Agrarrebellen“ den andauernden Repressionen der Latifundiários „Coronéis“ ausgesetzt. Diese wiederum beriefen sich auf das geltende brasilianische Rechtssystem. Von dem Ende der Militärregierungen 1985 versprach sich der MST in erster Linie end-

lich die Umsetzung der versprochenen Agrarreform (reforma agrária) von 1976.

MST und „Demokratie“

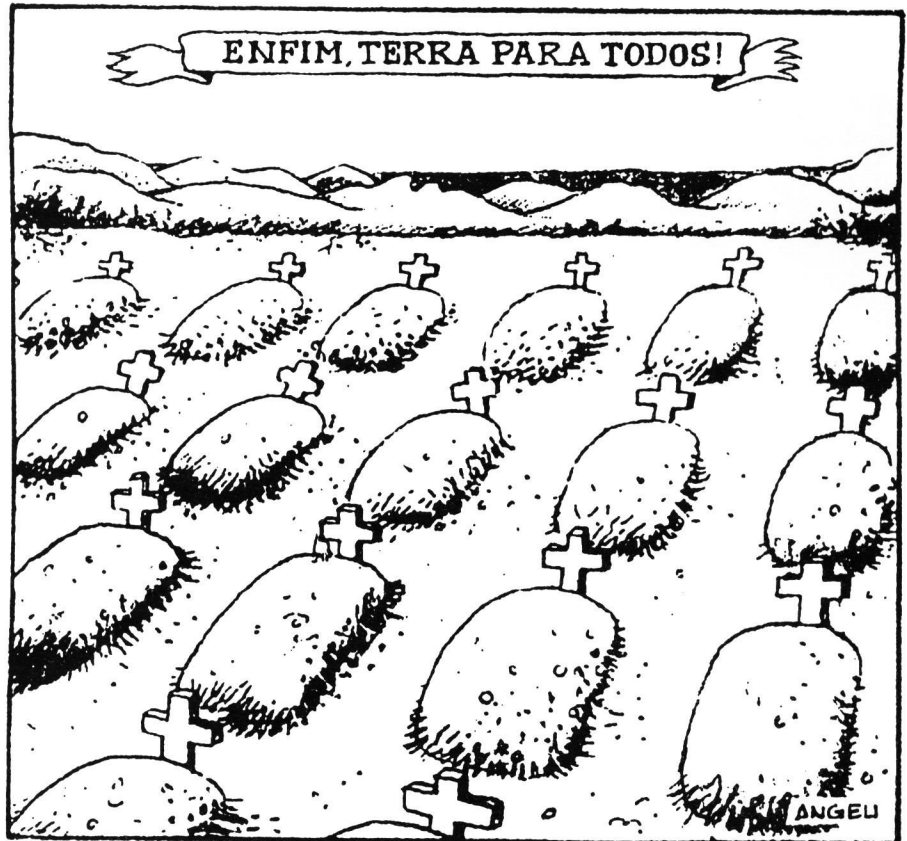
Die ersten zivilen Regierungen von 1985–94 unter José Sarney, F. Collor de Melo und Itamar Franco standen weiterhin unter Druck der einflussreichen Coronéis und so änderte sich nichts an der Agrarpolitik aus Brasília. Mit dem Antritt der Regierung F. H. Cardosos im Jänner 1994 wurde von Seiten des neuen brasilianischen Präsidenten eine Reihe hoffnungsvoller Versprechungen für die landlosen Bauern gemacht. Die von der Regierung eingesetzte Institution INCRA (Instituto nacional de colonização e reforma agrária), die zur Umsetzung der Agrarreform gegründet wurde, blockiert jedoch die vom Staat verordneten Reformen. Cardosos „pädagogisches Institut“ sollte sich um die Ausbildung und die Familienbetreuung der Landlosen kümmern.

Mit Hilfe dieser Institution schob der sozialdemokratische Präsident Cardoso die Schwierigkeiten an einen bürokratischen Koloß ab, der fernab der brasilianischen Realität Modelle ausarbeitete. F. H. Cardosos PSDB (Partido Social Democrata Brasileiro) hatte sich bei den Wahlen 1993/94 gegen den Kandidaten des PT (Partido dos Trabalhadores, Soziali-

* Christian Butcher und Christian Cwik sind Mitarbeiter des Forschungs- und Kulturvereins für Kontinentaleuropa und die Karibik (KonaK).

sten) Luiz Inacio „Lula“ da Silva durchgesetzt, indem er Wahlversprechungen in großem Umfang tätigte. Vor allem große Teile der Linken entschieden sich am Ende des heftig geführten Wahlkampfes doch für F. H. Cardoso, die ehemalige Ikone der Linksintellektuellen der 60er und 70er Jahre in Lateinamerika.

Schon bald erkannte der MST den neuerlichen Betrug und entlarvte die Versprechungen F. H. Cardosos als leere Hülsen, „ausgeführt“ von der mehr oder weniger Scheininstitution der INCRA. Der Präsident schlug einen starken neoliberalen Kurs ein und stellte alle Probleme des Landes hinter sein Jahrhundertprojekt, den Ausbau des MERCOSUR (süd- und mittelamerikanische Wirtschaftsunion), zurück.



Eine nationale Oppositionsbewegung

Der Movimento sem terra wehrte sich gegen die ignominante Haltung des ehemaligen Hoffnungsträgers F. H. Cardosos und ging Kooperationen mit der Dachorganisation der brasilianischen Gewerkschaften CUT (Central Única dos Trabalhadores) ein. Die PT-nahen Gewerkschaften und politischen Organisationen stellten dem MST Know-how zur Verfügung und so entwickelte sich der MST unter ihrem derzeitigen Vorsitzenden José Rainha Júnior in den letzten Jahren zur größten Volksbewegung mit politischer Einflußnahme in ganz Brasilien. Im Gegenzug profitiert der PT von der Popularität des MST, die bereits mehr Mitglieder als der PT haben soll. In anbetracht der heranrückenden Präsidentschafts-

wahlen 1998 stieg Lula in der Wählergunst gegenüber F. H. Cardoso. In erster Linie punktet Lula zur Zeit in den ländlichen Gebieten. Währenddessen versuchen die politischen GegnerInnen einen Keil zwischen PT und MST zu treiben, indem sie über die mächtigen Medienkanäle des Landes die Flügelkämpfe innerhalb des PT forcieren.

Weitere Unterstützung erhielt die Bewegung der Landlosen von der katholischen Kirche, einem wichtigen Großgrundbesitzer, der im Frühjahr 1997 erste Schritte setzte und ca. 60.000 ha Ackerland abgab. Diese Maßnahme war überraschend, hält man die Kirche doch allgemein für einen unbeweglichen Felsblock, deren oberstes Ziel die Beibehaltung ihrer Pfründe ist. Die Regierung gerät nun zunehmend unter Zugzwang.

Seit März 1997 nehmen überall im Land die Demonstrationen des MST, in Kooperation mit der CUT zu. Sogar in Brasiliens größter Metropole São Paulo kam es zu großen Protestmärschen gegen die Agrarpolitik der Regierung. Die DemonstrantInnen marschierten mit ihren Arbeitsgeräten und wurden so für viele BrasilianerInnen zum Symbol des Widerstands gegen die neoliberale Politik. Ihren traurigen Höhepunkt fanden die friedlichen Protestmärsche am 17. April 1997 im sogenannten „Massacre dos Carajás“. Bei Zusammenstößen mit der Militärpolizei Polícia Militar (PM) mußten 50 Menschen ihr Leben lassen. 100.000 DemonstrantInnen erreichten schließlich nach tausenden Kilometern die künstliche Hauptstadt Brasília und versammelten sich vor dem Parlament. Sie forder-

Endlich, Land für alle!



Polícia Militar in Recife

Bürgerrechte & Polizei

Informations-
dienst

NEU CILIP 56!

Bürgerrechte & Polizei

Themen:

CASTOR-Transport
OK-Lagebilder
Berliner Polizeireform
Häusliche Gewalt
 u.a.

Preis Einzelheft: DM 14,--
 Jahresabo (3 Hefte):
 Personen: DM 36,--
 Institutionen: DM 63,--

Bestellungen an die Redaktion:
Bürgerrechte & Polizei/CILIP
 c/o FU Berlin
 Malteserstr. 74-100
 D-12249 Berlin
 Tel.: 030/7792-462
 Fax: 030/775 10 73

ten den Präsidenten lautstark, aber stets friedlich zu Gesprächen auf. In Folge wurden Verhandlungen mit Latifundienminister Raul Jungmann aufgenommen, aber aufgrund seiner Hinhaltetaktik brach MST-Vorsitzender José Rainha Júnior die Gespräche wieder ab.

Die März- und April-Aktionen des MST rüttelten die oppositionellen Kräfte Brasiliens wach und aus den verschiedensten Regionen des Landes hagelte es Unterstützungserklärungen für den politischen Kurs des MST.

Die jüngste Entwicklung in Brasilien

Anlässlich des brasilianischen Feiertags der LandarbeiterrInnen am 25. Juli 1997 gab es mehrere Massendemonstrationen in 20 verschiedenen Bundesländern. Die Aktionen mit dem klingenden Namen „Abra o olho, Brasil“ (Mach die Augen auf, Brasilien) fanden unter der Koordination und Organisation von MST und CUT statt. Die wichtigsten Protestaktionen wurden in Rio de Janeiro und São Paulo abgehalten, wobei in Brasiliens bevölkerungsreichster Stadt ca. 10.000 De-

monstrantInnen über den wichtigsten Boulevard, die Avenida Paulista mit den Konzernhauptquartieren, zogen. Die Demonstrationen in São Paulo endeten mit dem „Willen zum Generalstreik“, der in der zweiten Hälfte des Jahres 1997 abgehalten werden soll.

In Rio versprach sich der Chefkoordinator des MST José Ribamar Alves unter dem Eindruck der Gewaltszenarien aus Recife – dort streikt die PM seit Tagen für besseren Lohn, und Schwerkriminelles tyrannisieren die Stadt –, von einem Abkommen mit der Militärpolizei einen friedlichen Ablauf der Demonstrationen. Während es in Rio ruhig blieb, griffen Einheiten der PM im Süden Brasiliens die dortigen MST-Demonstrationen an. Ribamar Alves bedauerte sein Übereinkommen mit der PM noch am selben Tag.

Verfestigt sich die Bindung zwischen PT und MST, so kann man hinter die Wiederwahl Cardosos ein großes Fragezeichen setzen. Man muß nun abwarten, welche Argumente der brasilianische Präsident zu bieten hat, um vielleicht noch einmal den Spieß umzudrehen.

BAHAMAS

Nr. 23 Sommer 1997

Alpträume der Zivilgesellschaft

Anarchie in Albanien, Sozialfaschismus-
these, Wehrmacht in der Diskussion,
Entschädigung für NS-Opfer, „junge Welt“
in Abwicklung, Nationalcharakter und
instrumentelle Vernunft, Demokratiepreis für
Goldhagen, Dialektik im 20. Jhdt. u.a.m.

Einzelpreis DM 7,50 (Vorkasse / Briefmarken)
 Abonnement DM 22,50 für drei Ausgaben;
BAHAMAS, Postfach 620628, 10796 Berlin
 Fax/Fon: 030 / 623 69 44

Naher Osten

ZOOM: Herr Dr. Bunzl, es ist nun offiziell: Israel und die Türkei haben ein Sicherheitsbündnis geschlossen. Ist das der langgesuchte strategische Partner, der Israel seit dem Sturz des Schah im Nahen Osten fehlte?

BUNZL: Man könnte da mehrere Faktoren aufzählen. Es gab eine traditionelle Konzeption der israelischen Regierungen, besonders in den fünfziger Jahren unter Ben Gurion, sich als eingekreist von den arabischen Staaten in der Region zu verstehen. Um das zu durchbrechen, wurden und werden Beziehungen zu Staaten gepflegt, die außerhalb dieser Region und doch Teil dieser Region sind, konkret zur Türkei, dem alten Iran und dem alten Äthiopien. Das war nur eine Periode lang, aber man hat bestimmte Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der Türkei gewonnen – allerdings in einer ganz anderen internationalen Situation. Durch die Beziehungen zu Ägypten, durch den sogenannten Friedensprozess hat ja Israel Beziehungen zu Jordanien und zu anderen Staaten aufgenommen. Es hat zwar immer Beziehungen zu der Türkei gegeben, aber seit Frühjahr 1996 haben sich diese formalisiert. Von der israelischen Seite aus betrachtet haben diese jetzt schon eine neue strategische Dimension bekommen, die mit der regionalen Konzeption Netanjahus zusammenhängt. Diese hat eine bestimmte, generell antiarabische Stoßrichtung. Syrien ist nun gewissermaßen eingeklemt, aber theoretisch ist natürlich auch der Irak betroffen; auch

der Iran, der Israel als Feind betrachtet. Erstens gibt es also diese regionale Dimension und zweitens bedeutet die Zusammenarbeit eine qualitative Verbesserung der Trainingsmöglichkeiten der israelischen Armee, die diesen Großraum in der Türkei für Manöver und für die Luftwaffe nützen kann, und drittens kann sie Beobachtungsposten in den türkischen Grenzregionen gegenüber Syrien, Irak und Iran einrichten. Ein problematischer Punkt bezieht sich auf die Kurden. Sie sind traditionellerweise auch ein nichtarabischer Faktor, der den „Arabern“ Schwierigkeiten macht. „Der Feind meines Feindes ist mein Freund.“ Daher wurde z. B. Barzani von Israel unterstützt.

Netanjahu will ein strategisches Bündnis mit der Türkei, zumindest für die nächsten Jahre, mit Unterstützung der USA und mit der ideologisch formulierten Stoßrichtung gegen Terrorismus und Islamismus.

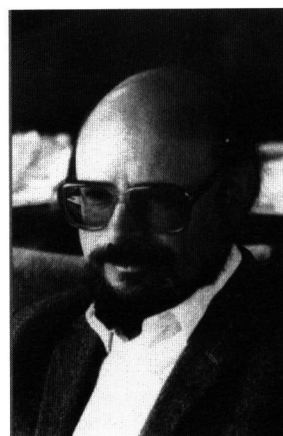
ZOOM: Und die Vorteile für die Türkei?

BUNZL: In der Türkei sind die an einem Bündnis interessierten Kreise vor allem die Militärs. Erbakan war klarerweise nicht sehr begeistert, und in dieser Frage hat sich die Rivalität zwischen diesen Machtgruppierungen widerspiegelt. Für die Türkei hat so ein Bündnis mehrere Vorteile, zumindest kurzfristig: erstens eine Verbesserung der Beziehungen zu den USA, weil diese meist eng mit Israel verbunden sind. Wenn sich die Beziehungen auf Grund von Menschenrechtsverletzungen oder anderen Vorgängen in

der Türkei verschlechtern sollten, kann Israel, das über eine sehr gute Rüstungsindustrie verfügt, eventuell nicht gegebene Rüstungslieferungen ersetzen, türkische Flugzeuge reparieren und warten und einen gewissen technologischen Beitrag leisten. Das ist für die Türkei attraktiv genug. Ein anderer Faktor ist natürlich, daß die arabische Welt den letzten Vormarsch der türkischen Armee in den Nordirak anders beurteilt als die früher stattgefundenen Strafexpeditionen, weil scheinbar auch die Golfstaaten dagegen waren. Diese sind sonst gegen den Irak eingestellt. Syrien fühlt sich bedroht und daher gibt es eine Annäherung zwischen Syrien, dem Irak und auch dem Iran. Scheinbar gibt es eine neue Polarisierung: arabisch-nichtarabisch, islamisch-nichtislamisch. Interessanterweise weiß die Türkei nicht, wohin sie gehört, wohin sie will. Das ist ein Identitätskonflikt, der eine wichtige Rolle spielt. Die Befürworter dieses Bündnisses sind die am meisten säkularisierten, westlich orientierten Kräfte innerhalb der Armee.

ZOOM: Dieses Bündnis hat ja nicht nur in den Nahen Osten hinein ein Gewicht, sondern auch auf die andere Seite hin, ins östliche Mittelmeer, also Zypern und Griechenland. Dazu kommt, daß Griechenland schon früh als Asylland für PalästinenserInnen galt – es ließ sehr früh die Errichtung einer PLO-Botschaft zu etc. All das wurde von Israel als feindlich perzipiert. Griechenland und die Türkei stehen innerhalb der NATO, Griechenland ist außerdem

Im Januar 1997 kam es auf Zypern zu der sogenannten Raketenkrise, als der griechische Teilstaat russische Luftabwehrraketen installieren wollte. Die Türkei drohte, die USA konnten mit stärksten Druck vermitteln. Die Türkei und Israel verkündeten Anfang Mai 1997 eine gemeinsame Verteidigungsdoktrin. Ende Juni 1997 beschlossen Syrien, Ägypten und die sechs Golfstaaten auf syrische Initiative hin, eine Freihandelszone zu gründen. Zu diesen Entwicklungen interviewte Ludwig Csépai Dr. John Bunzl vom Laxenburger Institut für Internationale Politik.



Teil der EU. Deutet sich hier nicht auch eine Konfliktlinie an, die sich förmlich bis Ex-Jugoslawien zieht?

BUNZL: Einerseits steht Israel außerhalb der NATO, andererseits ist es fast ein stiller NATO-Partner in der Region. Die amerikanischen Policymakers sehen in Israel diesen „unversenkbaren Flugzeugträger“. Historisch gesehen gab es eine Situation nach dem Sechs-Tage-Krieg, in der im Rahmen der amerikanischen Vietnam-Erfahrung die strategische Bedeutung Israels für die USA zugenommen hat. Es existierte die Vorstellung, ob sie stimmt oder nicht, daß die USA durch den Faktor Israel Vorgänge entweder blockieren oder fördern und den sowjetischen Einfluß zurückdrängen konnten, ohne eigene Truppen einsetzen zu müssen, was große Schwierigkeiten bedeutet hätte. Im Golfkrieg war das nicht opportun, aber potentiell wird Israel nach wie vor als Reservearmee wahrgenommen. Vielleicht nicht direkt von der NATO, aber sicher von den USA.

Zu dem Komplex Zypern, Griechenland und Türkei, kann ich dem, was Sie gesagt haben, zustimmen. Seit dem Wegfall des kalten Krieges kommen diese ganzen Identitätskonflikte auf. Das Verhalten Griechenlands im jugoslawischen Erbfolgekrieg, die proserbische Haltung, war sicher eine Wiederkehr der Geschichte, nicht so sehr eine Widerspiegelung der NATO-Interessen.

Insofern kann man von den türkisch-griechischen Meinungsverschiedenheiten ausgehend scheinbar überhaupt eine Rückkehr der klassischen Konflikte konstatieren, wie sie vor dem kalten Krieg existierten. Inwiefern

Israel da eine Rolle spielt, ist schwer zu sagen. Es ist mehr ein Symptom. Israel betreibt keine interventionistische Politik zugunsten irgendeiner Seite, das wäre völliger Unsinn. Aber Zypern ist sicher ein wichtiger Fall, weil man das bisher nicht versucht hat zu analysieren. Es gibt ja gewisse Analogien zwischen Zypern und Palästina: die Teilung, zwei Völker in einem Land, die Frage der Anerkennung und Nichtanerkennung. Das wäre faszinierend, diese zwei Konflikte seriös zu vergleichen und daraus bestimmte Lehren zu ziehen.

ZOOM: Der syrische Außenminister ist in den Iran geflogen, dann kam der Gegenbesuch aus Teheran. Syrien wird unterstellt, die PKK zu unterstützen, es gibt auch syrische Landkarten, in denen eine türkische Provinz als Teil Syriens eingezeichnet ist. Seit dem gigantischen Staudammprojekt in der Türkei gibt es einen Wasserstreit, d.h. in Wirklichkeit ist die Lage doch recht explosiv.

BUNZL: Da häuft sich tatsächlich einiges an. Soweit ich weiß, hat der syrische Außenminister gesagt, daß das Bündnis Türkei-Israel die schwerste Bedrohung der Araber seit 1948 sei.

ZOOM: Praktisch seit der Gründung Syriens und Israels.

BUNZL: Aber eben aller arabischer Länder. Das Tragischste dabei ist aber die kurdische Frage. Das Grundproblem scheinen die Interessensverschiedenheiten von Teilen des kurdischen Volkes selbst zu sein, weil sie verschiedenen Staaten angehören, weil sie verschiedene politische Erfahrungen und Perspektiven haben. Keine der kurdischen Parteien glaubt, allein stark genug zu sein, sich der jeweiligen Staaten, in denen sie

lebt, erwehren zu können. Daher brauchen sie immer internationale Hilfe oder die von Nachbarstaaten. Natürlich machen das die Nachbarstaaten nie uneigennützig. Die Türkei kontrolliert nun praktisch diesen Teil Nordiraks, diese „no-go-area“ für die irakische Armee. Das kann mit traditionellen türkischen Ansprüchen auf die Provinz Mosul zusammenhängen. Mosul wiederum ist ident mit Erdöl. Zur Legitimation wurde von türkischer Seite behauptet, daß die PKK im Nordirak Basen unterhalte und vom Iran unterstützt werde. Dazu wurde auch noch gesagt, daß der Iran in der Türkei selbst islamistische Propaganda betreibt. Man hat auch Erbakan vorgeworfen, daß sein allererster Besuch dem Iran galt. Der iranische Außenminister Velajati war in der Türkei. Das alles hat anscheinend die säkularisierten Militärs sehr irritiert. Das ist ein interessanter Fall von Parallelpolitik. Angeblich soll die Invasion in den Nordirak Erbakan erst im nachhinein mitgeteilt worden sein. An Syrien erging der Vorwurf, es würde die PKK in der Bekaa-Ebene trainieren lassen und der Chef der PKK würde in Damaskus Asylrecht genießen. Was genau das wichtigste Motiv ist, ob die Sache der Kurden als Vorwand benützt wird oder ob es wirklich um geostrategische Interessen geht, ist schwer zu sagen. Auf jeden Fall bietet die von Netanjahu und den türkischen Militärs gefundene Formulierung: „gemeinsam gegen Terroristen und Islamisten“ die glaubhaftere Rechtfertigungsstrategie. Die kurdische Frage selbst ist, wie gesagt, eine Tragödie und ein Dilemma. Ich selbst habe mich jahrzehntelang mit ihr auseinandergesetzt und mich



mit den Kurden solidarisiert – vor allem mit jenen im Irak, da sie die reifste politischer Kultur hervorgebracht und alle möglichen Strategien ausprobiert haben. Ich glaube schon, daß dieses Experiment eines halbautonomen Staats „under american umbrella“ doch Chancen hat, einen Einfluß auf die Lage der Kurden in der Region zu haben.

ZOOM: Gibt es Unterschiede zwischen den Vorstellungen von Peres und Netanjahu?

BUNZL: Es gibt qualitative Nuancen in der geostrategischen und globalen Orientierung zwischen Rabin, Peres und Netanjahu. Nicht so sehr in bezug auf die Palästinenser, aber doch in bezug auf die Frage nach dem Verhältnis zur Region und zu den USA. Peres hat eine bürgerlich-kapitalistische Vision eines gemeinsamen Marktes unter amerikanischer Hegemonie. Netanjahu hat eine Vision, die sich eher mit extrem rechten Kreisen in der republikanischen Partei der USA deckt als mit der Clintons. Er hat möglicherweise die Vorstellung, er werde Clinton politisch überleben, und vielleicht würde es dann so gehen, wie er sich das vorstellt. Ich weiß nicht, ob es ein „grand design“ gibt, aber es scheint so, daß es von einem Versuch einer wirklich nicht vornehmen Integration hin zu einer Konfrontation mit der arabischen Welt geht. Auch zu Ägypten hat sich die Atmosphäre unter Netanjahu qualitativ verändert. Es kann natürlich sein, daß das Kalkül folgendes ist: Die militärische und ökonomische Macht mit Hilfe der USA setzt sich letztendlich durch, sozusagen als das bessere Argument, und daß so die Integration eine Folge der Kapitulation ist.

ZOOM: Mit Ehud Barak ist jemand in der Labor Party an die Macht gekommen, der gegen die Visionen von Peres angetreten ist. Würde sich also die Politik bei einem angenommenen Wahlsieg der Arbeiterpartei ändern?

BUNZL: Das kann man jetzt noch nicht sagen. Barak gilt noch als unbeschriebenes Blatt und muß sich erst profilieren. Aber ich glaube, daß er eine andere Beziehung zu den USA repräsentiert, stärker mit Clinton konform geht. Er unterscheidet sich nicht sehr, was die Palästinenser betrifft. Netanjahu hat nun etwa den Allon-Plan plus vorgelegt – und immerhin ist das der Plan der alten Arbeiterpartei. Die Vorstellungen, daß da ein paar unzusammenhängende Kantone geschaffen werden, ist Barak nicht so unsympathisch. Er hat da keine Einwände. Die Arbeiterpartei hat ja auch die Siedlungen in Jerusalem unterstützt und Netanjahu vorgeworfen, daß er sie nicht schnell genug und ohne großen Wirbel implementiert hat. Es ist ein Bankrott auf allen möglichen Seiten.

ZOOM: Da fallen einem natürlich die Golan-Höhen ein.

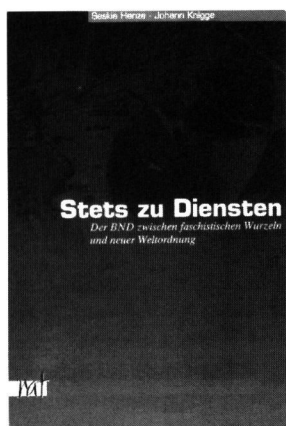
BUNZL: Die sind auf Eis gelegt. Das war auch ein wichtiger Punkt im Wahlkampf Netanjahus: keine Konzessionen. In seiner Regierung ist auch jene Partei, die speziell gegen den Rückzug vom Golan ist. Das heißt noch mehr Konfrontation. Das kann natürlich bedeuten, daß Syrien der Hisbollah noch mehr Bewegungsfreiheit gibt, weil das eines der wenigen übriggebliebenen

Druckmittel ist. Es ist ein *circulus vitiosus*. Netanjahu wird dann sicher beweisen müssen, daß er mindestens so brutal sein kann wie Peres beim letzten Mal.

ZOOM: In der Größenordnung hat sich schon etwas verändert. Es gibt die Sowjetunion als „backup“ für Syrien nicht mehr.

BUNZL: Das war schon bei der letzten brutalen Intervention Israels im Libanon feststellbar. Syrien weiß das und bemüht sich um eine alternative Anbindung. Es versucht auch, mit den USA ins Geschäft zu kommen. Natürlich will es das, was von der Sowjetunion übriggeblieben ist, auch auf seiner Seite haben, aber das Verschwinden der Sowjetunion bedeutet eine Schwächung. Israel hat in dem Zusammenhang den fundamentalen Vorteil, daß es aus amerikanischer Sicht nicht vorstellbar ist, daß es in Israel zu einer Revolution kommen könnte, nach der es dann ein für die USA unangenehmes Regime gäbe. Das ist bei allen arabischen Staaten nicht ausgeschlossen. Überall könnte ein islamistischer Putsch stattfinden. Das ist ein wichtiger Faktor, der die Anhänglichkeit der USA erklärt. Israel, das heißt: „our boys“.





Stets zu Diensten – Der BND zwischen faschistischen Wurzeln und neuer Weltordnung

Saskia Henze, Johann Knigge, Unrast-Verlag, Münster 1997, ca. öS 150,-

Die kleine, aber feine Studie über den Bundesnachrichtendienst (BND) überzeugt schon durch ihren für dieses Genre ungewöhnlich unspektakulären Stil. Henze und Knigge geht es nicht um die Recherche von Skandalen wie den mutmaßlich vom BND selbst eingefädelten Plutoniumschmuggel, durch die sich der westdeutsche Auslandsgeheimdienst zuletzt selbst diskreditiert hat, sondern um eine strukturelle Untersuchung aufgrund der vorhandenen Literatur. Trotz der schwierigen Quellenlage – AutorInnen aus dem rechten bis rechtsextremen Spektrum, gezielt lancierte Informationen und Desinformationen, schwer nachprüfbar Spekulationen und natürlich die Geheimhaltung – ist es möglich, aus dem heterogenen Material gültige Schlüsse über die Funktion von Geheimdiensten und ihren Einfluß auf Politik und Öffentlichkeit zu ziehen. Vieles von dem hier anhand des BND exemplarisch Dargelegten ist ganz allgemein für

Dienste konstitutiv.

Die AutorInnen konzentrieren sich auf die Brüche um die Jahre 1945 und 1990 und betonen insbesondere die Kontinuitäten über diese hinweg. Ab 1942 wurde der BND, damals noch als Abteilung „Fremde Heere Ost“ (FHO) der Wehrmachtsabwehr, von Reinhard Gehlen konsequent zu einem schlagkräftigen Kampfinstrument gegen die Sowjetunion ausgebaut. Dies prädestinierte ihn geradezu für eine Übernahme durch das Counter Intelligence Corps (CIC) des US-Militärs und später der CIA: Die von Gehlen geschaffene Agentenstruktur, die von ihm initiierte Wlassow-Armee, die von ihm forcierte Einbeziehung von Kollaborateuren wie der Organisation der Ukrainischen Nationalisten – all dies wurde zur Keimzelle des europaweiten Stay-behind-Netzwerks. Der antikommunistische Geheimkrieg ab Ende der 40er Jahre ist nicht zuletzt ein Erbe des Ostfeldzugs. Als nationalsozialistische Überlebensstrategie gescheitert, wurde das von der FHO entwickelte „Werwolf“-Konzept unter dem Titel „verdeckte Operationen“ vom Office of Policy Coordination der CIA verwirklicht. Nur so lassen sich die zahlreichen Schnittstellen zwischen Gladio und europaweit agierenden NationalsozialistInnen und FaschistInnen erklären. Die Rekrutierung und Finanzierung antikommunistischer Werwölfe anstelle ihrer strafrechtlichen Verfolgung verschärfte nicht nur den kalten Krieg, sie förderte ebenso den europäischen Rechtsextremismus nach 1945, einschließlich der von ihm verübten Terroranschläge. Wie weit diese Zusammenarbeit reichte, sowie das Ausmaß des

daraus resultierenden politischen „blowbacks“ (Christopher Simpson) ist allerdings erst zum Teil geklärt.

Nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes wurde 1990 erstmals ein eigenes BND-Gesetz verabschiedet, dem mittlerweile eine Vielzahl weiterer gesetzlicher Regelungen folgte. Dies führte aber keineswegs zu einer Kompetenzbeschränkung, sondern vielmehr zu deren Ausweitung. Insbesondere ist dem BND seit 1994 die „gezielte strategische Rasterfahndung“, das massenhafte computerunterstützte Abhören von Telefongesprächen mittels sogenannter „hit words“, gestattet. Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz schätzte die Zahl der gespeicherten Telefongespräche im Jahr 1994 auf 1,5 Millionen. Die Überwachung der „Organisierten Kriminalität“ führt zu einer Durchlöcherung des Trennungsgabots zwischen Geheimdiensten und Polizei, welches 1949 Voraussetzung für die Zustimmung der Westalliierten zum Grundgesetz war.

Diese Erweiterung der Handlungsspielräume durch Ausdehnung des Sicherheitsbegriffs von (vermeintlicher) Bedrohungsabwehr zu (vermeintlicher) Risikovorbeugung ist kein geheimdienstliches Spezifikum, sondern kennzeichnet den gesamten militärisch-polizeilichen Komplex. Beispiel EUROPOL: Noch vor Ratifizierung der Konvention durch die einzelnen EU-Mitgliedsstaaten werden der europäischen Polizeibehörde entgegen der ursprünglich zugesicherten Beschränkung auf Informationsbeschaffung operative Kompetenzen zugeschanzt. Ein entsprechender „Aktionsplan zur Bekämpfung der

Organisierten Kriminalität“ wurde am Gipfel in Amsterdam beschlossen. Mangels anderweitiger Erfolge strichen auch die österreichischen Medien diesen Fortschritt auf dem Gebiet der inneren Sicherheit groß heraus, ohne jedoch auf dessen Inhalt auch nur mit einem Wort einzugehen.

Worin sich Geheimdienste indes von Militär und Polizei unterscheiden, ist ihre „nationalstaatliche Resistenz“ (Erich Schmidt-Eenboom) gegenüber jedem – zumindest offiziellen – supranationalen Bündnis. Die Abwesenheit eines solchen ist angesichts der neuen, vermehrt von nationalstaatlichen Interessen und innerkapitalistischer Konkurrenz geprägten Aufgaben eher ein Vor- denn ein Nachteil.

Zu letzteren zählen insbesondere Wirtschaftsspionage, aber auch Aufklärung über sowie Kontrolle und Abwicklung von Waffengeschäften. Anfang der 90er Jahre rüstete Deutschland unter tatkräftiger Mithilfe des BND die kroatische Armee trotz UN-Embargo massiv auf. Die Geheimdienste des neuen kroatischen Staates wurden, wie der Spiegel schrieb, „nachgerade Pullacher Filialen“. Nichts verdeutlicht besser als dieses Engagement, wie das wiedererwachte deutsche Selbstbewußtsein als eigenständiger Akteur bei der Etablierung der „neuen Weltordnung“ auf seine während des Nationalsozialismus geschaffenen Wurzeln rekurriert. Nach Jahren der Treuhandschaft des CIC und der CIA ist der BND, so das Resümee von Henze und Knigge, „dahin zurückgekehrt, wo er herkam: in den Dienst eines deutschen Nationalstaats“. mk

Gladio – Die geheime Terrororganisation der Nato
Jens Mecklenburg (Hg.),
Elefanten Press, Berlin
1997, öS 182,-

Ähnlich der ZOOM 4+5/96 richten die AutorInnen ihr besonderes Augenmerk auf die intensive Zusammenarbeit zwischen dem Stay-behind-Netzwerk auf der einen und Rechtsextremen auf der anderen Seite. Sie beschränken sich dabei aber weitgehend auf die Situation in Italien, der BRD und Österreich. Dario N. Azzellini faßt das nie in deutscher Übersetzung erschienene Buch „La notte dei gladiatori“ zusammen, ergänzt um einige neuere italienische Entwicklungen. Olaf Goebels Überblick über den „Bund Deutscher Jugend“ (BDJ) ist konzipiert als der Schnellschuß von Leo Müller aus dem Jahr 1991. Österreich ist mit Kurzbiographien jener österreichischen Nationalsozialisten (Höttl, Verbelen, Kowarik, ...) vertreten, von denen wohl bekannt ist, daß sie im Dienst von CIC, CIA und der Organisation Gehlen standen. Alles in allem ist der Sammelband eine brauchbare Ergänzung zur ZOOM-Broschüre über die „Fremden Heere West“ (Markus Perner), aber auch nicht mehr. Auch er läßt zum Teil mehr Fragen offen, als er Antworten gibt.

Die Existenz des Stay-behind-Netzes und seine Verstrickung in Mord und Staatsterror ist nicht mehr zu leugnen, die Faktenlage ist aber – mit Ausnahme Italiens – nach wie vor matt. Auch wenn bei einem Thema wie diesem die Quellenlage nie befriedigend sein wird, sollte es mittlerweile möglich sein, zumindest hinsichtlich der unmittelbaren Nachkriegsjahre zu einem präziseren Bild zu kommen – wie

es etwa Christopher Simpson in bezug auf die Rekrutierung (ehemaliger) Nationalsozialisten durch US-Geheimdienste gelungen ist. Nach wie vor fehlt es an einer zusammenfassenden Darstellung und historisch politischen Interpretation des Gladio-Netzes. Unklar bleibt auch, ob und inwieweit dieses, nach Zusammenbruch des Warschauer Paktes und der Marginalisierung kommunistischer Bewegungen in Westeuropa nutzlos geworden, in veränderter Form und mit neuer Aufgabenstellung weiterexistiert. Oder die Frage, welchen Tätigkeiten sich jene überflüssig gewordenen Gladiatoren zugewandt haben, die ihre Phantasien vom Partisanenkampf, für den sie ausgebildet wurden, nicht realisieren konnten. mk

Der geheime Krieg der Agenten: Spionagedrehscheibe Wien.

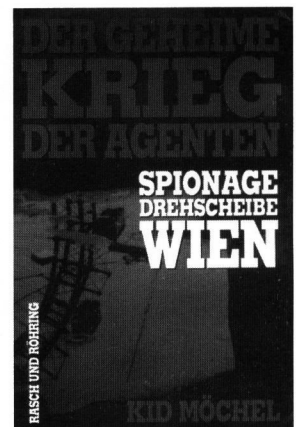
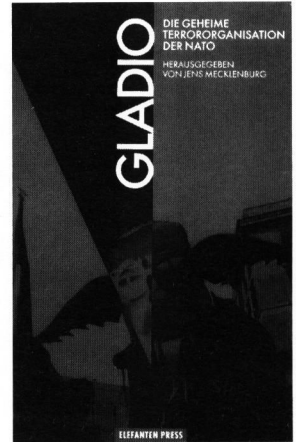
Kid Möchel, Rasch und Rohring, Hamburg 1997,
470 S., öS 321,-

Verspricht die Einleitung auf der Höhe des derzeitigen Wissenstandes über Aktivitäten und Strukturen der Geheimdienste, der österreichischen Zustände und des offiziellen und inoffiziellen politischen Verlaufes des kalten Krieges zu sein, so bleibt davon in der Folge wenig übrig. Bereits die Inhaltsangabe zeigt, daß es sich hier nur um eine halbe Drehscheibe handelt.

Der Autor führt in vielen furchterregenden Beispielen die Machenschaften des KGB und der Geheimdienste der sonstigen ehemals kommunistischen Länder Osteuropas an. Österreich erscheint praktisch als ein den Sowjets und ihren Verbündeten hilflos und willenlos ausgeliefertes

Land, das ohnmächtig zusehen muß, wie die kommunistischen Geheimdienste und deren heutige Nachfolger hier Räuber und Gendarm mit den westlichen Geheimdiensten spielen. Über die westlichen Geheimdienste erfährt man nur, wenn sie Opfer der hinterhältigen Intrigen derer aus dem Osten werden. Ab und zu taucht auch der BND auf, und da räumt der Autor dann doch ein, daß dieser ehemals westdeutsche Geheimdienst Österreich „schon aus Tradition“ so betrachtete, „als wäre es ein weiteres Bundesland“. Ich nehme an, er tut es weiterhin. Aber auch den anderen westlichen Geheimdiensten war Österreich gern gefällig. Zitat: „...der österreichische Staat, schon damals strikt und ‚immerwährend neutral‘, opferte oft und gerne seine Souveränität den Wünschen der westlichen Staatsvertrags-Signatarstaaten.“ Na geh! Aber das war es dann schon, kaum Beispiele von Aktionen westlicher Geheimdienste, nur allgemeine Feststellungen, dafür ein Meer an solchen der östlichen, in dem man schön langsam ertrinkt.

Denn es fehlen die Analyse und die historische Einbettung der Ziele und Aktionen der Geheimdienste, es werden keine Strukturen und Kontinuitäten vermittelt, keine Zusammenhänge von geheimdienstlichen Aktivitäten und politischen Veränderungen aufgezeigt. AgentInnen tauchen auf und verschwinden wieder, was einen spannenden Roman ergeben könnte, hier aber durch das Immergleiche langweilt. Eine konzise Darstellung der österreichischen Politik gegenüber dem Geheimdienstkrieg auf neutralem Boden wäre interessanter gewesen. gl



Weg und Ziel

Marxistische Zeitschrift

Themenschwerpunkte 1997:

Globalisierung
Surrealismus und Psychoanalyse
Klassenkampf
Oktoberrevolution
Pop-Kultur

Unser Angebot zum Kennenlernen: Das Probabo – Sie erhalten die nächsten 3 Ausgaben kostenlos und unverbindlich zugesandt. Bestellung durch Postkarte oder Brief an untenstehende Adresse.

Das
Ende der
Sprachlosigkeit



Trattnerhof 2/14 • A-1010 Wien

druck  grafik
resch & vana

Tel 0222/8932358 Fax 0222/89323584

1150 Wien, Lichtg.10

anarchistischer

Herbst 1997

10.-12.10.97

Alte Feuerwache
Melchiorstraße
Köln

Freitag, 10.10.
Redaktion GWR:
Herausforderungen
an den Anarchismus
am Ende des 20. Jahr-
hunderts

Samstag, 11.10.
→ Anarchismus und
soziale Frage
→ Feminismus und
Staat
→ Anarchismus und
Popkultur/Kunst
→ Herausforderung
neue Technologien
→ Anarchismus und
individuelle
Verantwortung
→ Herausforderung
neuer
Nationalismus
→ Kommunalismus/
Transnationalismus
oder Agenda 21?
→ Libertäre und
Medien

Abends:
Kulturprogramm

Sonntag, 12.10.
Internationale Gäste:
Marianne Enchell,
Lausanne
Rudolf de Jong,
Amsterdam
Claire Auzias,
Paris
Michael Randle,
London

graswurzel
revolution

Fünfundzwanzig

Jahre

Graswurzelrevolution

Außerdem:
→ Büchertische
→ Kinderprogramm
→ Vorbereitungsreader
→ Auswertungsreader
→ Workshops

Anmeldung bis 20.9.
schriftlich an:
Redaktion GWR
Kaiserstraße 24
26122 Oldenburg

AUF EINE FRAUENZEITSCHRIFT
Feministische Analysen in 4 Schwerpunktheften jährlich
AUF-Info: 6x im Jahr geballte Frauen-News und Termine

Ich möchte:
☐ ein Probeheft
☐ ein AUF-Abo (S 210,-)
☐ ein AUF-Info-Abo (S 60,-)

Name: An
Adresse: AUF-Eine Frauenzeitschrift
Postfach 817
Unterschrift A-1011 Wien



PIG



Maßnahmen BEI SiebesTOLLWUT

1. Lagern an luftigem, schattigem Ort, Oberkörper erhöht.
2. Sorge für schnelle Abkühlung durch Entblößen des ganzen Körpers, kalte Umschläge auf Kopf und Brust, besser noch Übergießen mit kaltem Wasser und Zufuhr frischer Luft durch kräftiges Schwenken von Rücken oder Zeltbahnen — ohne den Bewußtlosen zu berühren — 1 bis 4 Helfer!
3. Künstliche Atmung 
4. Laben mit reichlich Wasser, Bohnenkaffee und Tee, aber erst nach Eintritt des Bewußtseins.
5. Abtransport mittels Wagen unter Aufsicht.

Fritz

wo liebe hinfällt, welkt das gras: das gras. man weiß genau woran man ist im film im film am reservierten platz gibt es sie immer noch als bild noch immer ist geblieben. und es ist sicher ungerecht daß immer das geblieben ist, wenn liebe ist was liebe ist, daß jeder weg erst steil bergauf, dann sanft bergab ins butterfaß ins saure raus und wenn und wenn nach langer zeit was ist das nur was bleibt im kopf geschieht die liebe wie sie soll sie ist ein boot ein film verbrennt kein gras und niemand ahnt aus liebe weint ein lied sagt nein: wo liebe hinfällt welkt das gras.

FRITZ WIDHALM

Männerstationen einer österreichtypischen Familienkarriere



Also begab es sich, daß einstmals ein Großvater – unsanft aus seiner Briefträger-tätigkeit gerissen – Uniformen wechseln mußte und sich in der Funktion eines Meldegängers und Aufsehers in einem Kriegsgefangenenlager der Deutschen Wehrmacht wiederfand. Wahrscheinlich war jener Herr ...



... bereits zu alt, um die Bekanntschaft eines jungen NA-POLA-Schülers zu machen, der dann in seiner Eigenschaft als Bürgermeister von Wien dem Sohn des ehemaligen Wächters Jahrzehnte später die Hand schütteln konnte. Dessen Sohn hinwiederum – also der Enkel des Aufsehers des Lagers – ...



... erntete Früchte der institutionellen Anstrengungen, indem es ihm bereits in jungen Jahren vergönnt war, eine Auszeichnung aus den Händen eines Staatsoberhauptes ...



... und später einen Preis vom Präsidenten des Gewerkschaftsbundes entgegenzunehmen zu können.

RAIMUND REISINGER